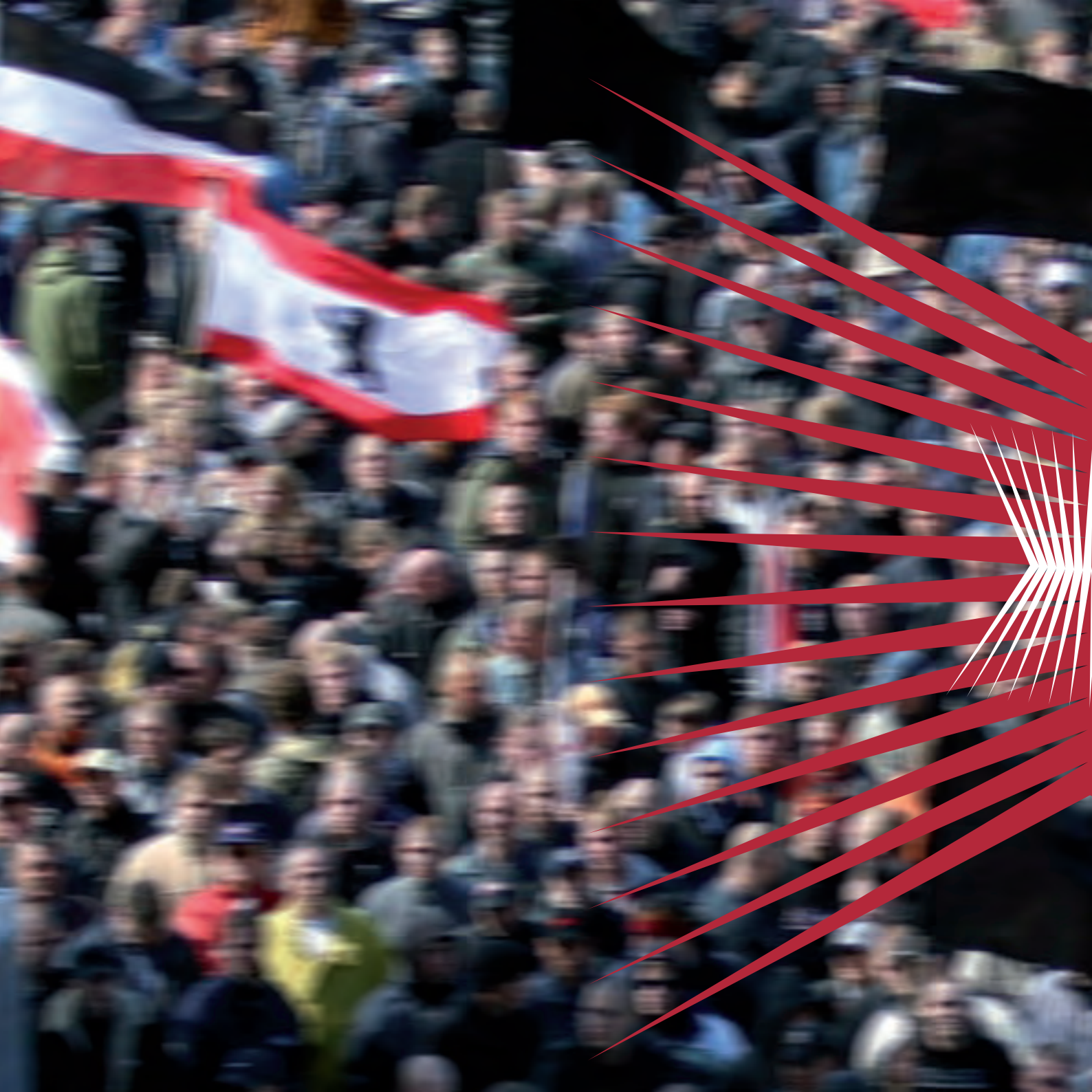


Rechtsabbieger



*Die unterschätzte Gefahr:
Neonazis in Niedersachsen*





»Der Mensch kann nicht aus der Geschichte lernen.«

Zu diesem Schluss kommt der britische Philosoph Sir Karl Popper in seinem Buch »Das Elend des Historizismus«. Er belegt diese Hypothese mit vielen Beispielen und einer scharfsinnigen Analyse menschlichen Verhaltens und Fehlverhaltens. Einen strengen Beweis bleibt er schuldig.

Mehr als 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs aber scheint sich Poppers Aussage auf unheimliche Weise zu bestätigen: Viele Bundesbürger denken fremdenfeindlich, haben Ressentiments gegen Juden oder Vorurteile gegen andere Gruppen wie Muslime, Obdachlose oder Homosexuelle.

Zugleich mehren sich die rechtsextremistischen Aktivitäten: Neonazis schlagen Ausländer zusammen, schüren Judenhass, verspotten Demokraten, schänden Gräber, schmieren Hakenkreuze und schrecken selbst vor gefährlicher Körperverletzung und Totschlag nicht zurück.

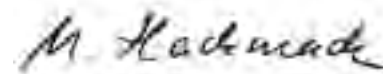
Dabei fängt es so harmlos an: Die »netten Jungs« kümmern sich um Alte und Junge, organisieren Freizeiten, veranstalten Liederabende und Zeltlager. So ziehen sie vor allem Kinder und Heranwachsende in ihren Bann.

Befremdlich die schwache Gegenwehr »aufrechter Demokraten«, peinlich ihr gescheiterter Versuch, die NPD zu verbieten; irritierend die beschwichtigenden Aussagen von Politikern und Verfassungsschützern; beunruhigend das Schweigen vieler Bürger; beängstigend, wie die Akzeptanz dieser Umtriebe in aller Stille wächst. Dabei kann niemand, der sich mit

Geschichte befasst und das menschenverachtende Nazi-Regime studiert hat, diese Entwicklung dulden oder dazu schweigen. Aufklärung tut dringend not.

Der WESER-KURIER informiert seit Jahren sachlich und exakt über den neuen Rechtsextremismus. Er deckt neonazistische Umtriebe auf und stellt ihre Zusammenhänge und Hintergründe dar. So erfüllt er den gesellschaftspolitischen Auftrag einer Tageszeitung, meinungsbildend und demokratiefördernd zu wirken.

In einer beispielhaften Kooperation mit NDR Info ist diese Broschüre entstanden. Sie informiert über die Umtriebe der Neonazis in Niedersachsen, sie stellt dar, welch unmittelbare Gefahr Kindern und Jugendlichen droht, in den braunen Sumpf zu geraten. Sie zeigt aber auch Möglichkeiten auf, sich aus der Umklammerung zu lösen. Und so leistet sie vielleicht einen Beitrag, die pessimistische Hypothese von Sir Karl Popper zu widerlegen.



DR. ULRICH HACKMACK



DR. ULRICH HACKMACK
Verleger
WESER-KURIER
Bremer Nachrichten
Verdener Nachrichten

Rechtsextremismus ist eine Bedrohung für das demokratische

Gemeinwesen. Seine Geschichte verpflichtet den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in besonderer Weise, diese Bedrohung deutlich zu machen. Denn die Überzeugung, dass in Deutschland die rassistische Hetzpropaganda der Nazis nie wieder eine Chance haben darf, ist eine Wurzel des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Mehr als 60 Jahre nach Auschwitz haben wir es heute – auch in Norddeutschland – wieder mit aktiven Rechtsextremisten und Neonazis zu tun, die mit ihren Parolen um Anhänger und Wählerstimmen werben. Dabei haben die braunen Strippenzieher in den vergangenen Jahren taktisch hinzugelernt: Sie kommen nicht mehr in Springerstiefeln und Bomberjacken daher, sondern geben sich bürgerlich in Schlips und Anzug. Ihre braunen Ziele verbergen sie hinter populistischen Parolen und scheinbar eingängigen Phrasen.

Diese gesellschaftliche Wirklichkeit ändert sich nicht, wenn sie verschwiegen wird.

Für Journalisten kommt es in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten darauf an, Parolen und Scheinargumente mit präzisen Informationen zu widerlegen und die verfassungsfeindliche und menschenverachtende Ideologie aufzudecken. Manche Führungskader im rechtsextremen Lager geben sich als Arzt oder Unternehmer ein ziviles Image. In Wirklichkeit aber handelt es sich bei nicht wenigen um Verfassungsfeinde oder Kriminelle. Journalisten müssen deren Biografien durchleuchten, ihre Programme und Parolen überprüfen. Parallelen zur NS-Ideologie müssen eben-

so schonungslos offengelegt werden wie die Nähe brauner Führungspersonen zu rechtsextremistischen Gewalttätern.

Der Hörfunksender NDR Info, das Informationsprogramm des Norddeutschen Rundfunks, stellt sich dieser Herausforderung. Seit Jahren berichtet NDR Info regelmäßig über die braunen Organisationen und die Hintermänner, über ihre propagandistische Wühlarbeit und ihre Hetzparolen. Gerade vor einer Landtagswahl, wie der bevorstehenden in Niedersachsen, ist es wichtig, diese Informationen gebündelt zur Verfügung zu stellen. Die Broschüre »Rechtsabbieger« – entstanden in einer wegweisenden Zusammenarbeit mit dem WESER-KURIER – ist ein Beitrag.



JOACHIM KNUTH



JOACHIM KNUTH
Programmdirektor Hörfunk des
Norddeutschen Rundfunks

Inhalt

1. Reingerutscht

Wie Jugendliche nach rechts abbiegen

Hakenkreuze an der Tafel

Seit mehr als drei Jahren versucht Ulrike Hopf, ihren Sohn aus der Szene zu holen 8

Von Freundschaft ist keine Rede

Was treibt Jugendliche in rechte Cliques?13

Das ist alles eine große Lüge

Martin berichtet, wie er mit 15 Jahren in die Szene gerutscht ist15

Die Clique wird zur Ersatzfamilie

Auf der Suche nach Anerkennung landen viele Jugendliche in der Szene18

Köder für »menschliches Potenzial«

Sven war Neonazi-Anführer, er warb Jugendliche für die Szene 20

Glatze war gestern

»Rechts sein« zieht sich durch viele Jugendkulturen 22

Auf den zweiten Blick

Neonazis tragen ihre Gesinnung nach außen – und umgehen trickreich Verbote . . . 25

Unterwegs im »Weltnetz«

Im Internet findet sich jede Menge brauner Propaganda 28

2. Das rechte Angebot

Wie es sich in der braunen Welt lebt

Musik hetzt Jugendliche in die Szene

Rechtsrock made in Niedersachsen 32

Sammelbecken militanter Neonazis

»Blood & Honour« wurde 2000 in Deutschland verboten 35

Trotz Verbot nicht tot?

Vieles deutet darauf hin, dass »Blood & Honour« in Deutschland weiter existiert . . . 36

Was des militanten Neonazis Herz begehrt

Stefan Silar vertreibt einschlägige Bekleidung und CDs: ein Testkauf in »Norddeutschlands größtem Szeneladen« . . 38

Braune Geschäfte

Auf Einkaufstour durch Niedersachsen41

Keine Lust auf Abwaschen

Lara war ein Jahr lang in einer rechten Clique 43

»Karriere« nicht ausgeschlossen

Die Szene will sich mit Frauen schmücken . . 45

Kindheit in Braun

Ulrike wurde in die Neonazi-Szene hineingeboren 47

»Kämpfer von fanatischer Besessenheit«

Die rechtsextremistische »Heimattreue Deutsche Jugend« drillt den Nachwuchs. . . . 50

Scheinhinrichtung als Freizeitvergnügen

Beim »Wehrsport« lassen Neonazis schon mal jede Maske fallen 52

Schläge von rechts

Neonazis verüben immer mehr Gewalttaten 54

3. Die Strippenzieher

Wer in der Szene das Sagen hat

Der Weichspüler

Andreas Molau versteckt seinen Judenhass hinter einer intellektuellen Fassade 58

Der Lautsprecher

Dieter Riefling spricht nicht, er brüllt 60

Der Dandy

Thorsten Heise ist stets bemüht, sich in Szene zu setzen 62

Der Überzeugungsschläger

»Kameradschaftsanführer« Marcus Winter hat viel Knasterfahrung 64

Vereint im »Kampf um die Straße«

Neonazi-Anführer treffen sich am »Stammtisch Nord« 66

Neonazis ohne »Führer«

Wie die »Kameradschaften« entstanden sind 68

Biedermann aus Buxtehude

Adolf Dammann ist NPD-Gründungsmitglied und gilt als Strippenzieher 70

Gebieten der Schläger

Nach Manfred Börms Pfeife tanzen hartgesottene Gewalttäter 72

Gefährliches »Multitalent«

Rechtsanwalt Jürgen Rieger gilt als fanatischer Rassist 74

Nichts als Pokerspiele?

Neonazis bekunden häufig Interesse an Immobilien. 76

Braune Weisheiten

Kader vermitteln ihrem Nachwuchs zweifelhaftes Wissen. 78

Sie sind nicht »die Niedersachsen«

In ihrem Stammland ist die NPD chancenlos – aber gefährlich 80

Auf dem absteigenden Ast

Die NPD zählt heute bundesweit nur noch knapp 7000 Mitglieder. 82

Das große Versagen nach der Wahl

NPD-Abgeordnete fallen vor allem durch Unwissenheit auf 84

Vom Staat unterwandert

Das Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens blamiert Demokraten 86

Die Kraft des Wortes

Ist es sinnvoll, die NPD zu verbieten? 88

4. Braune unter uns

Wie Neonazis sich in den Alltag schleichen

Nicht brauner als anderswo

Ein Landkreis wie jeder andere: Soltau-Fallingbostal gilt als unauffällig . . . 92

Nur langsam bröckelt die Mauer des Schweigens

Kein Problem mit rechts? Walsrode zwischen Angst und Aufmucken 96

»Sind das noch unsere Jungs?«

Gerd Bücken vom Landespräventionsrat fordert Kommunen zu offenerem Umgang auf 100

»Wir erobern die Städte vom Land aus«

In manchem Dorfbagieren Neonazis weitgehend ungestört 102

Der Menschenfeind wohnt nebenan

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen . . 104

Prinzip »Sündenbock«

Rechtsextremismus ist viel mehr als ein Jugendphänomen. 106

5. Gegensteuern

Was gegen rechts wirkt

Auf dem Wege der Besserung?

Landespräventionsrat spinnt an einem großen Netz gegen rechts 110

Eine Region wehrt sich

Verden zeigt, wie wehrhaft Demokraten sein können. 112

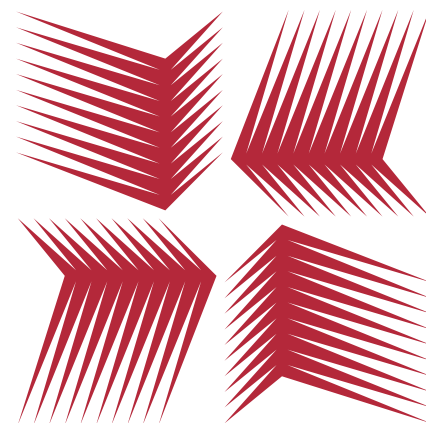
Der Weg aus der Szene ist steinig

Trotz zahlreicher Ausstiegshilfen bleibt Eigeninitiative gefragt. 114

Schocktherapie in der Zelle

Im Knast klärt ein Ex-Neonazi Schüler über seine einstigen »Kameraden« auf. 117

Impressum 119







1. Reingerutscht

**Wie Jugendliche
nach
rechts abbiegen**

Ulrike Hopf* ist eine starke Frau. Eine Frau, die genau weiß, was sie will – und was nicht. Ihre Stimme klingt fest, als sie erzählt, dass sie die Reichskriegsflagge und den ganzen anderen »Neonazi-Scheiß« im Zimmer ihres Sohnes nicht mehr geduldet hat.

»Alles musste er abnehmen.« Irgendwann setzte sie ihren Ältesten sogar vor die Tür. »Dann geh doch zu deinen »Kameraden«, schrie sie ihn an, »wenn die dir so wichtig sind.«

Den Sohn einfach vor die Tür zu setzen, kommt eine Mutter hart an. Ulrike Hopf gibt das zu. Sie wusste sich keinen anderen Rat mehr, als Michael* vor die

Vorbild Neonazi: Michaels kleiner Bruder schmierte schon in der Grundschule Hakenkreuze an die Tafel.



Hakenkreuze an der Tafel

Seit mehr als drei Jahren versucht Ulrike Hopf, ihren Sohn aus der Szene zu holen

Wahl zu stellen: seine Familie oder seine vermeintlichen Freunde. Er zögerte nicht, sich für die »Kameraden« zu entscheiden. Enttäuscht und verzweifelt hätte sie ihn am liebsten durchgeschüttelt, »damit er endlich kapiert, mit was für Dreckskerlen er sich abgibt«. Keine zwei Tage später stand ihr Junge wieder vor der Tür. Sie ließ ihn rein, auch wenn er die »Dreckskerle« immer noch seine Freunde nannte.

Seit mehr als drei Jahren kämpft die 40-Jährige um ihren Sohn – und gegen dessen rechts-extreme Gesinnung.

Gewonnen hat die Mutter bis heute nicht, aufgeben wird sie auch nicht. Mit ihrem Sohn ist sie oft streng gewesen, streng und konsequent. Aber sie hat es auch im Guten versucht. Zum Beispiel, als sie gemeinsam mit Michael und ihrem Lebensgefährten »Schindlers Liste« anschaute und über die Verbrechen der Nazis sprach. Michael grinste nur: »Mama, du weißt es nicht besser. Aber das sind alles Lügenmärchen.«

Damals, vor mehr als drei Jahren, hat Ulrike Hopf erst gemerkt, was läuft. Mit ihrem Lebensgefährten hatte sie sich eine Auszeit gegönnt und war übers Wochen-

ende weggefahren. Als das Paar wiederkam, berichtete eine Nachbarin von dieser Party, die Michael mit seinen Freunden gefeiert hatte. Eine Neonazi-Party mit Rechtsrock und Hitler-Grüßen. »Ich bin aus allen Wolken gefallen«, sagt Ulrike Hopf. »Damit habe ich nie im Leben gerechnet.« Sie stellte ihren Sohn zur Rede, aber der grinste nur.

Ulrike Hopf packt Probleme an. Damals rief sie die Polizei und nannte den Beamten die Namen von Michaels Freunden. »Ein Treffer nach dem anderen«, sagt sie. Die meisten aus der Clique waren den örtlichen Staatsschützern längst als Rechts-extremisten bekannt. Doch helfen konnten die Beamten der Mutter nicht. »Ihrem Sohn ist keine Straftat nachzuweisen«, stellten sie fest, »uns sind daher die Hände gebunden.«

Zusammen mit ihrem Lebensgefährten begann die Mutter dreier Söhne, ihrem Ältesten auf eigene Faust nachzuspionieren. Die beiden folgten dem damals 14-Jährigen: Geht er tatsächlich hin, wo er hinzugehen vorgibt? Sie postierten sich vor Partykellern und Kneipen: Mit wem feiert Michael? Sie machten sich im Internet schlau: Welche Musikgruppen und Bekleidungsmarken sind in der rechten Szene angesagt? Auch Michaels Zimmer blieb nicht tabu: Welche CDs hört er, versteckt er Waffen?

Immer mochten sie auch nicht Nein sagen. Mit Michael fuhren Ulrike Hopf und ihr Lebensgefährte Andreas Fangmann* nach Hannover, weil es unbedingt die Springerstiefel von »Doc Martens« sein

mussten. Fangmann chauffierte Michael nach Fallingbostal in einen Shop, der »Outdoor«-Artikel führt, aber auch Waffen. Angeblich wollte der Jugendliche dort »nur mal stöbern«. Doch heimlich kaufte er sich eine Softairwaffe, die aussah wie ein echtes Gewehr. Seine Mutter fand die Waffe und warf sie in den Abfall. »Mama, dafür habe ich 30 Euro bezahlt«, beklagte sich Michael. Seine Mutter blieb hart.

Ulrike Hopf ging zum Jugendamt: Sie sei mit Michael überfordert. Sie wisse nicht, wie sie mit seiner Gesinnung umgehen und wie sie ihn aus der Szene holen soll. Weg von den »Dreckskerlen«. Schließlich sind da auch noch die Jüngeren, um die sie sich kümmern muss. Markus* war damals erst acht, und Thomas* zwölf. Und Ulrike Hopf arbeitete ganze Tage, weil ihr geschiedener Mann den Unterhalt schuldig bleibt. Der Sachbearbeiter im Jugendamt wusste keinen Rat. Was das Amt denn tun solle, wurde Ulrike Hopf gefragt, Michael wolle doch keine Hilfe. »Aber genau deshalb bin ich doch dahin: Ich wusste nicht weiter.« Ulrike Hopf zuckt die Schultern.

Sie hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass ihr Sohn ein Neonazi ist. Auch auf die Gefahr hin, dass sie schief angeschaut wird in ihrer weniger als 30 000 Einwohner zählenden Stadt.

»Ich kann nichts dafür«, sagt Ulrike Hopf mit fester Stimme. »Ich bin nicht rechts – und schon gar nicht extrem.« Überhaupt hat vorher Politik in ihrem Leben kaum eine Rolle gespielt. Das



Partys mit Hitler-Gruß: So feierte auch Michael mit seinen »Kameraden«, seine Mutter erfuhr es von den Nachbarn.

hat sich gründlich geändert. Heute will sie nicht nur ihren Jungen da raus holen, sie will auch gegen rechts arbeiten.

»Je mehr ich mich mit der Szene beschäftige, umso schockierter bin ich.« Ulrike Hopf hat gelernt, dass Rechts extremismus nicht allein ein Problem von Geheimdienstlern ist, die unter großen Schlapphüten verborgen arbeiten. Rechts extremismus gibt es vor den Haustüren ihrer Kleinstadt – auch dort, wo nicht zu allem Überfluss der eigene Sohn neonazistische Einstellungen vertritt. »Fast noch mehr hat mich die Ignoranz schockiert«, sagt Ulrike Hopf. »Erst seit ich mich auskenne, merke ich, wie viele Jugendliche in Szeneklamotten rumlaufen und an wie vielen Neonazi-Schmierereien ich vorbeigehe.«

Auch die Eltern von Michaels Freunden hat die Mutter angesprochen. »Einige glaubten mir schlicht nicht«, berichtet sie. »Andere schienen es längst zu wissen, aber wollten sich nicht damit beschäftigen.« Da

könne man nichts machen, sagte ihr eine Mutter. Dass das vermutlich »so eine Phase« sei, die von ganz allein vorübergehe. »Wieder andere fanden das halb so schlimm«, berichtet Ulrike Hopf. »Manchmal hatte ich den Eindruck, die denken ähnlich wie ihre Kids.«

Bei Michael ist »die Phase« nicht vorübergegangen. Als an eine Schule im Ort Hakenkreuze geschmiert wurden, geriet er prompt unter Verdacht. In seiner eigenen Schule fiel er durch fremden- und judenfeindliche Sprüche auf. Er weigerte sich an einem 9. November, mit seiner Klasse auf dem jüdischen Friedhof der Kleinstadt der Reichspogromnacht zu gedenken. Mit Lehrern lieferte er sich Wortgefechte. Irgend-



Hitler über dem Bett, das imponiert »Kameraden« – und schockiert Eltern. Wie Michael horten viele rechtsextreme Jugendliche in ihren Zimmern NS-Devotionalien.

wann war das Maß voll: Michael flog von der Hauptschule. Doch seine Mutter wusste ja schon viel früher nicht mehr weiter. »Allein wegen des Kleinen.« Wie viele jüngere Geschwister nahm sich Markus an seinem großen Bruder ein Beispiel. Er war noch keine zehn, als er Hakenkreuze in seine Schulhefte und auch an die Tafel schmierte. »So konnte es nicht weiter gehen.« Ulrike Hopf entschied: Michael muss weg aus der Stadt. Weg von seinen »Kameraden«. Aber damit auch weg von seiner Familie.

Eigentlich sei es Zufall gewesen, sagt Ulrike Hopf heute, ein glücklicher Zufall, dass im Jugendamt ein anderer Sachbearbeiter für sie zuständig wurde. Einer, der »engagierter und sensibler« mit ihren Problemen umging. Vielleicht lag es auch daran, dass sie nicht mehr alleine kam. Sie hatte in einer kirchlichen Stiftung einen Erziehungsberater gefunden, der sich ihrer

Probleme annahm. Mit ihm ging sie wieder und wieder zum Jugendamt, bis die Behörde für Michael eine betreute Wohneinrichtung genehmigte.

»Leicht war das nicht.« Ulrike Hopfs Stimme bleibt fest, auch wenn jetzt Tränen in ihren Augen glänzen. Sie spricht von dem Gefühl, nicht mehr klarzukommen mit dem eigenen Kind. »Michael ist nicht unrecht«, sagt seine Mutter.

»Er kann lieb sein, zuverlässig und hilfsbereit.« Die Suche nach Anerkennung hat den hoch aufgeschossenen dünnen Jugendlichen in die Fänge der Rechtsextremisten getrieben. Davon ist seine Mutter überzeugt.

Hat ihm in seiner Familie Anerkennung

gefehlt? Ulrike Hopf denkt nach. »Michael stand in Thomas' Schatten«, sagt sie. »Sein jüngerer Bruder hatte schon immer mehr Freunde, heute kommt er auch bei den Mädchen besser an.« Dabei sollte doch eigentlich der große Bruder der »Überlebene« sein. Doch Michael sei zeitlebens sehr ängstlich gewesen, nie habe er zu Gewalt geneigt. »Er ist oft gehänselt worden, hat nie ausgeteilt, immer nur eingesteckt.« In der rechten Clique gehörte er endlich dazu. Zu einer Gemeinschaft, noch dazu zu einer, die unter Jugendlichen zweifelhaften »Respekt« genießt. Weil sie brutal zuschlagen kann.

Auch Michael schlug zu. Wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilte das Amtsgericht ihn zu acht Monaten Haft – ausgesetzt auf drei Jahre zur Bewährung. Mit drei weiteren **Neonazis hatte er im Sommer 2006 fünf junge Punks angegriffen.**

Als »Zecken« beschimpften Michael und seine »Kumpels« die Jugendlichen, dann schlugen und traten sie zu. Michael setzte Pfefferspray ein.

Zwei Jugendliche wurden bei der Schlägerei verletzt.

Unter den »Dreckskerlen«, mit denen Michael sich immer noch trifft, sind einschlägig vorbestrafte Gewalttäter. Einige haben lange Strafregister. Richter haben sie gefährlicher Körperverletzung, Nötigung, Volksverhetzung oder Landfriedensbruchs schuldig gesprochen. Michael war nicht nur Angeklagter, auch als Zeuge musste er mehrmals aussagen.

»Er hat immer die Klappe gehalten«, sagt seine Mutter. Aus falsch verstandener »Kameradschaft« – und auch aus Angst, da ist sich Ulrike Hopf sicher. Die Angst ging so weit, dass Michael Taten zugab, die er gar nicht begangen hatte. Jedenfalls ist seine Mutter davon überzeugt: »Die haben ihm gesagt, er soll die mal zugeben, weil er noch minderjährig war.«

Erst mit 17 Jahren ist Michael im März 2007 ausgezogen. Weg aus seiner Heimatstadt und in ein knapp 100 Kilometer entferntes Dorf. Seither lebt er in einer Wohngemeinschaft mit anderen »sozial auffälligen« Jugendlichen und einem Betreuer. Er macht eine Ausbildung zum Landmaschinenmechaniker. »Die Lehre macht ihm großen Spaß«, sagt seine Mutter. Kürzlich sollte er eine Woche frei haben, doch in letzter Sekunde bestellte sein Chef



Sein Faible für Waffen und »Kriegsspiele« teilt Michael mit vielen jungen Neonazis.

ihn wieder ein. Ulrike Hopf klingt ein bisschen stolz. »Michael hat seinem Chef sofort zugesagt. Er genießt das Gefühl, gebraucht zu werden.«

Die Entscheidung, ihren Sohn wegzuschicken, war richtig. »Meinst du nicht auch?« Ulrike Hopf schaut ihren Lebensgefährten an. Der zuckt die Schultern. Dann berichtet er, dass Michael jetzt viel angeln geht. Zwei Mal im Jahr macht die Wohngruppe eine Woche Angelurlaub in Skandinavien. Auch Andreas Fangmann geht am Wochenende dann und wann mit Michael angeln. »Dann vergisst er alles um sich herum.« Ja, auch er glaubt, dass die Entscheidung richtig war, sagt Fangmann. Ulrike Hopf nickt und schöpft Hoffnung.

Die wird immer wieder enttäuscht. Zum Beispiel, wenn sie Michaels Zimmer in der Wohngruppe anschaut. Da hängen sie

wieder, die Reichskriegsflagge, das »Deutsche Reich« in den Grenzen vor 1933 und das Plakat zum »Gedenken« an den einstigen Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß. Ulrike Hopf diskutierte mit Michaels Betreuer darüber. »Wie kann der das durchgehen lassen?«, fragt die Mutter. »Mir sagt er nur: Lassen Sie Ihren Sohn.« Solange Michael sich an die Regeln der Gemeinschaft halte und nichts Illegales an die Wände hänge, sei Einmischung nicht erlaubt. »Das wird schon«, versichere der Betreuer ihr noch, wenn Michael nicht mehr zuhöre. Die Mutter schöpft Hoffnung.

Die ist auch wieder an diesem Sonnabend enttäuscht worden, als ihr Jüngster besonders ungeduldig auf seinen großen Bruder wartete. Als Michael kam, gingen alle drei Brüder in den Wald »zum Spielen«. Ulrike Hopf und Andreas Fangmann kam das merkwürdig vor. Einmal mehr sind sie den Jungs gefolgt.

»Ich dachte, ich sehe nicht richtig«, berichtet Ulrike Hopf. Ihre drei Jungs ballerten mit Softairgewehren in der Gegend rum. »Die haben richtig Krieg gespielt.«

Ihre Mutter war »stinksauer« und hat die Waffen sofort einkassiert.

»Gewaltspirale« ist für Ulrike Hopf kein abstrakter Begriff. »Du guckst dämlich wie dein Nazi-Bruder«, soll einer der jungen Punks, die Michael mit seinen »Kameraden« verprügelte, ihren Jüngsten angepöbeln haben. Wenig später bekam Ulrike Hopf einen Anruf: Thomas, ihr drit-

ter Sohn, soll mit Freunden den Jugendlichen »abgegriffen«, ihn bespuckt und ins Gesicht geschlagen haben. Sie wollten vermutlich den kleinen Bruder rächen. Ihr Ältester sei bei dem Angriff gar nicht dabei gewesen.

Michael verbringt immer noch fast jedes Wochenende zu Hause. Er ruft auch häufig mal unter der Woche an. »Dann will der einfach mit mir quatschen«, berichtet Ulrike Hopf. »Das hat er früher nie getan. Er erkundigt sich auch, wie es seinen Brüdern und seiner Oma geht.« Da ist sie wieder, die Hoffnung. Aber wenn Michael zurück in seiner Heimatstadt ist, gehen auch die anderen Telefonate wieder los. Dann ruft ihr Sohn seine rechten »Kumpels« an, um sich mit ihnen zu verabreden.

»Der läuft denen regelrecht hinterher«, sagt Ulrike Hopf. »Dabei wollen die Michael gar nicht mehr.« Für die Clique sei er allenfalls ein »nützlicher Idiot«, wenn er Geld oder eine Flasche Schnaps mitbringe. Ulrike Hopf kann manchmal hilflos sein. »Was soll ich denn tun? Ich kann dem Jungen doch keine neuen Freunde backen.«

Ihr Sohn hätte viel früher Hilfe gebraucht. Davon ist die 40-Jährige überzeugt. Hilfe, die eine Mutter nicht geben kann, Hilfe von Profis.

»Dann wäre er heute längst raus aus der Szene.« Doch Ulrike Hopf und Andreas Fangmann brauchten mehr als zwei Jahre, bis sie eine Einrichtung gefunden hatten. Sicher, sie stehen zu



Die Szene setzt sich in Szene: In ihrer Clique fühlen sich rechtsextreme Jugendliche stark.

der Entscheidung. Sie wollen nicht zweifeln. Noch besser aber wäre eine Betreuung gewesen, die Fachwissen und Erfahrung im Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen hat. Eine, die Mittel gegen diese »Gehirnwäsche« kennt. Ein anderes Wort fällt der Mutter nicht ein, wenn sie sich fragt, warum Michael die menschenverachtenden Einstellungen der »Dreckskerle« teilt. Sie findet keine Erklärung.

Ulrike Hopf hat eine Odyssee durch Ämter und soziale Einrichtungen hinter sich. Seit drei Jahren lässt sie kaum eine Veranstaltung zu Rechtsextremismus in der Region aus, keinen Vortrag, nicht einmal ein Rockkonzert gegen rechts. Immer in der Hoffnung, dazuzulernen, neue Ansprechpartner zu finden, konkrete Hilfe zu bekommen. Auch eine Selbsthilfegruppe für Eltern will sie organisieren, doch fanden sich noch keine Mitstreiter: »Die Eltern von Michaels »Kameraden« brauchen oder wollen offenbar keine Hilfe.« Ulrike Hopf blieben nur örtliche »Antifa-Gruppen« an Schulen, in Jugendeinrichtungen oder Verbänden. »Die sagen jedenfalls Bescheid, wenn sie mitkriegen, dass Michael wieder Scheiße baut.« Dann kann die Mutter ihren Jungen immerhin zur Rede stellen.

»Du traust dich was«, sagt Michael manchmal. Er meint das nicht anerkennend, er will seine Mutter einschüchtern.

Es wäre nicht das erste Mal, dass in dem Städtchen Autos demoliert werden, deren Besitzer sich gegen Rechtsextremismus engagieren. »Mein Auto haben sie auch nicht ausgelassen«, vermutet Andreas Fangmann: Kurz nach einem heftigen Streit mit Michael waren die Scheiben des Fahrzeugs kaputt. Bislang lässt sich das Paar nicht unter Druck setzen. »Willst du mir Angst machen?«, fragt Ulrike Hopf ihren Jungen. »Schämst du dich für mich vor deinen Kumpels?« Antworten bleibt Michael ihr schuldig.

Sie glaubt nicht, dass ihr Ältester sich je ernsthaft mit Hitlers Ideologie beschäftigt hat. Auch nicht mit der Ideologie der neuen Nazis in NPD oder »Kameradschaften«. Er glaube einfach seinen »Kameraden« und übernehme deren dumpfe Parolen. »Wäre Michael in irgendeine andere Clique geraten, hätte er genauso deren Outfit, deren Ziele und deren Ideale angenommen.« Davon ist Ulrike Hopf überzeugt. Ihr Sohn sei kein Anführer, er sei ein Mitläufer. »Ich will ihn nicht in Schutz nehmen«, beteuert sie. »Zum Anführer hat Michael weder die Intelligenz noch den Charakter.«

Vor kurzem ist ihr Ältester 18 geworden. Die Volljährigkeit liegt der Mutter schwer im Magen. »Jetzt habe ich gar keine Rechte mehr«, sagt sie. »Wenn der Junge Mist baut, erfahre ich es vielleicht nicht einmal mehr.« Sie hat den Kampf unter ihrem eigenen Dach nicht gewonnen, aber aufgeben wird sie nicht. Nicht den Kampf gegen rechts. Und auch nicht ihren Sohn. |

Von Freundschaft ist keine Rede

Was treibt Jugendliche in rechte Cliques?

Reinhard Koch leitet die Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARuG) der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben in Braunschweig. Die Arbeitsstelle hilft ausstiegswilligen rechtsextremen Jugendlichen und berät ihre Angehörigen.

Herr Koch, warum landen Jugendliche wie Michael Hopf in rechten Cliques? Er kommt aus keinem rechts orientierten Elternhaus ...*

... das ist auch längst nicht mehr der »klassische Fall«. Das galt für einen Teil junger Neonazis der »ersten Generation«.

Michael scheint sich aber auch nie für Politik interessiert zu haben oder zu interessieren.

Politik treibt nur wenige Jugendliche in die Szene. Die meisten Jugendlichen suchen Anerkennung. Anerkennung und das Gefühl dazuzugehören.

Können Sie das konkreter sagen?

Fast alle Aussteiger nennen als Motiv für ihren Einstieg: »Ich fühlte mich anerkannt und zugehörig – unabhängig davon, wer ich bin und was ich habe.« Das macht die Szene besonders attraktiv für Jugendliche, die sich anderswo nicht wahrgenommen fühlen.

In der Schule?

Zum Beispiel. Oder im Sport, bei den Eltern, beim anderen Geschlecht ...

Meint Zugehörigkeit die in der Szene viel beschworene »Kameradschaft«?

Das Wort fällt in diesem Zusammenhang immer. Auffällig ist, dass die Aussteiger so gut wie nie von »Freundschaft« sprechen.

Ist »Kameradschaft« nicht einfach das szenetypische Wort dafür?

Keineswegs. Für »Kameradschaften« im Sinne von Freundschaften ist die Szene viel zu aggressiv.

Auch nach innen?

Gerade nach innen. Das Verhalten untereinander ist oft hochgradig feindselig. Obwohl die Szene »Kameradschaft« geradezu zwanghaft idealisiert, ist sie nach innen oft wertlos.

Wie kommt das?

Das gegenseitige Misstrauen ist groß. Fast jeder kennt Straftaten des anderen, aus der Mitwisserschaft resultieren Kontrolle, Drohungen und Gewalt – und im Umkehrschluss natürlich auch Angst. Das schweißt die Szene zusammen. Nicht Freundschaft.

Wenn das so ist, macht das den Zulauf von Jugendlichen noch unerklärlicher.

Nein, denn nach außen bedeutet »Kameradschaft« tatsächlich viel. Sie bringt Macht und Anerkennung. Wenn drei stadtbekannte Glatzköpfe in ihren Springerstiefeln auf dem Bürgersteig gehen, wechseln die Leute die Straßenseite. Das gibt vielen Jugendlichen ein Machtgefühl, wie sie es nie zuvor erlebt haben.

Die meisten Jugendlichen in der Szene sind keine bulligen Glatzköpfe. Michael zum Beispiel entspricht nicht diesem Klischee.

Aber viele wissen: Er gehört dazu, er hat auch solche »Kameraden« ...

... die sitzen aber in der Schule nicht neben ihm.

Im übertragenen Sinne schon. Auch in der Schule kennt ihn plötzlich jeder – als den, »der bei den Neonazis mitmacht«. Jugendliche wie er brauchen in ihrer Klasse kaum Gleichgesinnte, um wahrgenommen zu werden.

Warum nicht?

Ein Beispiel: Der rechte Jugendliche sagt: »Ich möchte darauf zurückkommen, was »Kamerad XY« gesagt hat.« Dann verbittet sich der Lehrer in der Regel den Begriff »Kamerad«. Der Jugendliche fragt nach, was der Lehrer denn gegen »Kameradschaft« habe, und bringt so vielleicht eine Autoritätsperson vor der ganzen Klasse argumentativ ins Schleudern. Das ist ein tolles Machterlebnis für einen jungen Menschen.

Reinhard Koch leitet die ARuG in Braunschweig.



* Name von der Redaktion geändert



Aber reicht das, wenn »rechts sein« keinen Spaß mehr macht, sobald die »Kameraden« unter sich sind?

Innerhalb der Szene sind Misstrauen und Angst nur die eine Seite. Die andere ist die »Erlebniswelt rechts«. Keine andere Jugendszene bietet ein so umfassendes Angebot wie die rechte. Der Jugendliche kann 24 Stunden täglich Neonazi sein.

Wie geht denn das?

Ganz einfach: Rechtsrock zum Wecken, in der Schule mit einem »Thor-Steinar«-Pullover auffallen, am Nachmittag in der Innenstadt die linken »Zecken« mit den Punkfrisuren einschüchtern, abends mit den »Kameraden« saufen, und als »Highlight« am Wochenende vielleicht noch ein Aufmarsch mit zahllosen Polizisten und Gegendemonstranten oder ein hoch konspiratives und daher auch als hoch spannendes erlebtes Konzert.

Sie sprechen immer von jungen Rechtsextremisten, die sich offen als solche zu erkennen geben. Versuchen die meisten nicht, ihre Gesinnung zu verstecken?

Immer weniger spielen noch ihr »Versteckspiel«. Die Jugendlichen treten offensiver auf. Zugleich sind sie geschickter geworden, sie wissen genau, was gerade noch legal und was illegal ist.

»Kameradschaft«, Spaß und Erleben – gibt es weitere Motive, in die braune Szene abzugleiten? Nach unseren Erfahrungen stehen diese beiden Motive ganz vorne. Erst mit großem Abstand folgt das Gefühl, einer »konspira-

tiven Elite« anzugehören, die die »Herkunft des Blutes« eint.

»Herkunft des Blutes« klingt äußerst rassistisch ...

... das ist es ja auch. Die Jugendlichen meinen das aber nicht hochpolitisch, es ist für sie eher eine Phrase, mit der sie rechtfertigen: »Wir sind etwas Besseres und haben besondere Rechte, die wir auch mit Gewalt durchsetzen dürfen.«

So simpel fängt man Jugendliche?

Die Szene ist zumindest vordergründig sehr schlicht strukturiert: Es gibt gut und schlecht – und überhaupt nichts dazwischen. Man muss dabei auch bedenken, dass das Einstiegsalter der Jugendlichen immer weiter sinkt.

Wo liegt dieses Alter heute?

Wir reden über Zwölf- bis 13-Jährige, vor wenigen Jahren lag das Einstiegsalter bei 15 bis 16. Und während damals Jugendliche die »Erlebniswelt rechts« noch eher zufällig kennen lernten, ist es heute sehr wahrscheinlich, dass sie damit zumindest in Berührung kommen.

Die Jugendlichen werden nicht nur immer jünger, es zieht auch immer mehr Mädchen in rechte Cliquen ...

... das stimmt. Aber mit etwa 80 Prozent Jungen und Männern ist die Szene nach wie vor klar männlich dominiert. Machtgefühl, Elitärgehabe und Gewaltbereitschaft sprechen nun einmal vor allem Männer an.

Braune Kader werden oft als »Rattenfänger« dargestellt, die jeden rein- und keinen rauslassen. Aber Michaels Mutter hat den Eindruck, ihr Sohn laufe seinen »Kameraden« geradezu hinterher. Irrt sie?

Für die Analyse einer »rechten Jugendkarriere« muss man neben den Zugfaktoren wie »Kameradschaft«, Erlebnis oder Konspirativität auch Druckfaktoren beachten: Wenn ein Jugendlicher offensiv rechts auftritt, setzt sich das soziale Umfeld von ihm ab und umso wichtiger wird für ihn die Szene ...

... ein Teufelskreis ...

... zumindest eine fatale Situation. Michael dürfte unter enormem Entscheidungsdruck stehen. Das offensive Auftreten seiner Mutter macht ihm ein Doppelleben unmöglich: Auf Dauer kann er nicht Sohn und Neonazi sein, er muss sich entscheiden.

Und fürchtet im Falle eines Ausstiegs Racheakte der Szene?

Vermutlich. Schlimmer ist aber, dass Michael wahrscheinlich das Gefühl hätte, einmal mehr »versagt« zu haben. Motto: »Neonazi sein hat auch nicht geklappt.« Und diese Schlappe müsste er nicht nur sich selber eingestehen, sondern auch vor Familie, Verwandten, Lehrern und Mitschülern zugeben: »Ich habe Riesenmist gebaut.« In dieser Situation noch Kraft zu finden, sein durch sein »rechts sein« weggebrochenes Umfeld wieder aufzubauen, das ist sehr viel verlangt. |

Hier finden ausstiegswillige Jugendliche und ihre Angehörigen Hilfe:

Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARuG) der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben

Bohlweg 55, 38100 Braunschweig

Telefon: 05 31 / 1 23 36 34

E-Mail: info@arug.de

Das ist alles eine große Lüge

Martin berichtet, wie er mit 15 Jahren in die Szene gerutscht ist

Klar steht Martin* bei einigen seiner ehemaligen »Kameraden« auf der Abschussliste. Der 19-Jährige hat schon viele Drohungen aus der rechten Szene bekommen. Er hat deshalb ein unangenehmes Gefühl, das gibt er zu, trotzdem bleibt er gelassen.

»Das ist doch alles heiße Luft«, sagt Martin und grinst. »Von den Führungspersonen abgesehen sind die doch alle total dumm.«

Heute verachtet er die rechte Szene, er sieht keinen Sinn in deren ausländerfeindlichen Aktionen. Als seine ehemaligen »Kameraden« Fensterscheiben in einem Asylbewerberheim eingeschlagen haben, war er nicht dabei. »Ich wollte nicht mit. Das war eine sinnlose Aktion. Was können denn diese Menschen dafür, dass in Deutschland so viel schief läuft?«, fragt er und zieht die Schultern hoch. Er war schon

* Neben den Namen hat die Redaktion zum Schutz des Jugendlichen Details seiner Biografie verändert, die nicht sinnentstellend sind.

immer politisch interessiert. Und in seinen Augen sind die Politiker schuld an allem, was ihm nicht gefällt.

Martin hat in der Szene vieles kennen gelernt, von rechten Cliques bis zu neonazistischen »Kameradschaften«. Auch für die NPD hat er gearbeitet. Heute will er sich keiner Gruppe mehr zuordnen. »Ich fühle mich nicht rechts und auch nicht links«, sagt der 19-Jährige.

Vor vier Jahren haderte Martin mit dem »demokratisch-kapitalistischen System«. Der 15-Jährige wollte sich abgrenzen. In seinem Landkreis seien viele Jugendliche

Ist der Staat schuld? Wie Martin wollen sich viele junge Rechtsextremisten am »System« rächen.



Infostände der Rechtsextremisten bringen nichts, meint Martin. Doch nicht nur das hat ihn frustriert.

rechts. »Linke« gebe es so gut wie keine. Und zu den paar Punks, die den ganzen Tag auf der Straße in seinem Dorf herumlungerten, wollte er sich nicht gesellen. Martin wollte mehr – aktiv sein, auf Demos gehen. »Wenn man etwas gegen den Staat oder das politische System machen will, bieten sich die Rechten eben an«, resümiert der Jugendliche. Die Rechtsextremisten würden als Außenseiter betrachtet, sie seien nicht »angepasst«. Damit wirkten sie wie ein Magnet auf viele Jugendliche, die Orientierung suchen.

Weil es in seinem Dorf so viele rechte Jugendliche gab, »landete ich fast unausweichlich in so einer Clique«. Sein Heimatort zählt rund 5000 Einwohner.

Martin war auf Protest aus, und in der Schule wollte es ihm nicht gelingen, anzuecken. Der einzige Weg »dagegen zu sein«, war für ihn der Weg in die rechte Szene.



Eine neue, die alte Gefahr: Junge Neonazis setzen auf die alte menschenverachtende Ideologie des NS-Regimes.

Martin kommt aus einem gutsituierten Elternhaus und hat einen Bruder, der »mit rechter Gesinnung noch nie was am Hut hatte«.

Martin und seine Freunde hörten gerne »Böhse Onkelz«. Ab und an traf sich die Clique, einfach so, »um abzuhängen oder Playstation zu spielen«. Klar sind »manchmal ausländerfeindliche Sprüche gefallen«, aber gleich danach gingen die Jugendlichen beim Türken um die Ecke einen Döner essen, oder sie demolierten Autos. Nur so aus Frust. »Irgendwann hat mich das hohle Zeug genervt«, sagt Martin. Seine damaligen Freunde nennt er heute dumm.

Eineinhalb Jahre war der Jugendliche in der Clique, als er in einer neuen Schule zwei weitere Neonazis kennen lernte: »Jan trug einen Thor-Steinar-Pulli, da wusste ich sofort, dass er ein Rechter ist. Ich bin einfach zu ihm hin – und schon kurze Zeit später bin ich auf meine erste Demo gegangen«, erinnert sich Martin. Seine Augen

leuchten. Diese rechte Gruppe war keine »Kameradschaft«, aber mehr als »nur« eine Clique mit Jugendlichen, die bloß herumhängen.

Sein Vater war dagegen. Er kritisierte Martins Gesinnung scharf. Doch weil Martin geschickt und clever ist, bot er seinem Vater wenig Angriffsfläche. Er hörte zu Hause keinen lauten Rechtsrock und trug keine Kleidung mit eindeutigen Codes. In seinem Zimmer gab es keine Reichskriegsflaggen oder NPD-Plakate an der Wand. Und er stritt nichts ab, sondern gab offen zu, dass er »bei den Rechten« war.

Auch sein Vater machte keinen Hehl aus seiner Meinung, dennoch hat er Martins Aktivitäten geduldet. »Jedenfalls hat er mich nicht rausgeschmissen«, sagt Martin. »Wenn er mehr Stress gemacht und mir Sachen verboten hätte, wäre ich ganz schnell weg gewesen.« Heute freut er sich, dass er noch Kontakt zu seinem Vater hat.

Mit 17 Jahren lernte Martin bei einer Veranstaltung Neonazis kennen, die einer

»Kameradschaft« angehörten.

Bald war er einer von ihnen.

Weil Martin technisches Know-how und Organisationstalent hat, genoss er rasch viel Ansehen in der »Kameradschaft«. »Deshalb akzeptierten meine »Kameraden« auch, dass ich keine Springerstiefel trug, kein Skinhead war und nicht bei Aktionen mitmachte, bei denen Gewalt im Spiel war. Ich war komplett gegen Gewalt«, sagt Martin mit Nachdruck. Auch mit Waffen will er daher nichts am Hut haben. Trotzdem liegt bei ihm daheim eine Gaspistole in der Schublade. Die habe er sich zu Silvester gekauft, würde sie aber nie bei sich tragen. Sagt er.

Irgendwann fand Martin auch die Aktionen der »Kameradschaft« sinnlos. »Wir haben mit den Demos kaum etwas erreicht, und ich wollte doch politisch was bewegen«, sagt Martin. Deshalb hat er sich von seinen »Kameraden« verabschiedet. »Klar bekam ich Drohungen, aber die haben sich nicht getraut, etwas zu unternehmen«, sagt Martin und grinst. »Sie wissen, dass auch ich für die gefährlich werden kann, wenn ich ihnen die Polizei auf den Hals hetze.«

Das Lächeln verschwindet rasch wieder aus seinem Gesicht. Jetzt schaut der 19-Jährige sehr ernst. »Als ich dann raus war – das war am Anfang Scheiße.« Martin schweigt und denkt nach. »Man ist ja komplett in der Szene, kennt ganz viele Leute. Und plötzlich ist man raus – und hat keine Freunde mehr«, versucht er zu erklären. Er wirkt hilflos, das nimmt ihn mit. »Dann merkt man, dass das gar keine Freunde

waren«, sagt Martin. »Die sind einfach weg danach!«

Dabei hatte er noch Glück. Eine Handvoll Freunde aus der Zeit, bevor Martin in die Szene abglitt, waren noch für ihn da. Sie hatten zwar seine rechte Gesinnung kritisiert, sich aber nicht ganz von ihm abgekehrt. Auch mit einigen aus den rechten Gruppen von damals ist der 19-Jährige weiter befreundet, auch sie sind mittlerweile ausgestiegen. Martin ist vor einigen Monaten zu seiner Freundin gezogen, hat seinen Schulabschluss gemacht und will eine Ausbildung anfangen.

Wenn er über die »Kameraden« von einst spricht, klingt seine Stimme verächtlich: »Das ist alles eine große Lüge. Sie erzählen einem viel, aber sie

leben gar nicht danach.« Deshalb nimmt er die Rechten nicht mehr ernst. Aber er glaubt noch immer, dass das politische System die Wurzel allen Übels ist. Nur mit der rechten Szene will er nichts mehr zu tun haben. »Jeder darf doch seine Meinung vertreten«, sagt er bestimmt. Seine klaren Augen blicken einen Moment starr vor sich hin. Dann fasst er seine Gedanken in Worte: »Wenn es bei uns im Dorf damals eine große linke Clique gegeben hätte, wäre ich wahrscheinlich ein Linker geworden.« |



»Volksbetrüger« nennen Neonazis demokratische Politiker oft. Mit deren »politischem System« hat auch Aussteiger Martin seinen Frieden noch nicht geschlossen.

Es gibt nicht den einen Weg, der Jugendliche in die rechte Szene führt. Nach Ansicht von Wissenschaftlern wirken verschiedene Einflüsse zusammen: Den jungen Menschen fehlt es an Anerkennung in der Schule, in der Familie oder bei Freunden. Sie finden keinen Arbeitsplatz und wissen nichts mit sich anzufangen.

»Sie erleben, dass das gesellschaftliche System sie nicht wirklich braucht. Akzeptanz, Geborgenheit und Verlässlichkeit kennen sie nicht«, sagt Wolfgang Welp, Dozent an der Hochschule Neubrandenburg.

In der Pubertät fragen sich Jugendliche »Wer bin ich?«, »Welchen Sinn hat das Leben?« oder »Wo ist mein Platz in dieser Gesellschaft?«. Ob Konflikte in der Schule, Scheidung der Eltern oder die ersten Erfahrungen mit der Sexualität: Die Jugendlichen erleben die Pubertät als eine Zeit der Unsicherheit und kommen nur schwer mit den emotionalen, körperlichen und sozialen Veränderungen zurecht. Zu dieser Zeit gehen oft altbekannte und sinnstiftende Strukturen verloren, ohne dass überzeugende Alternativen geschaffen werden.

Die Struktur der konventionellen Ursprungsfamilie mit Vater, Mutter und Kindern gibt es

immer seltener – an ihre Stelle treten »Patchworkfamilien«, die das bisherige Leben gehörig durcheinander wirbeln.

Viele Jugendliche hängen sprichwörtlich in der Luft. Wenn Familie, Freunde und

Die Clique wird zur Ersatzfamilie

Auf der Suche nach Anerkennung landen viele Jugendliche in der Szene

Schule ihnen keine Werte bieten, die diese Leere füllen, fühlen sich die Jugendlichen ausgegrenzt.

In dem Forschungsprojekt »Ein- und Ausstiege bei Skinheads« der Fachhochschule Esslingen begleitete Welp als wissenschaftlicher Mitarbeiter drei Jahre lang rechtsorientierte Jugendliche. Viele nannten das Verhältnis zu den Eltern »ganz in Ordnung«. Die Wirklichkeit aber sah oft anders aus: »Tatsächlich reden viele Eltern kaum mit ihren Kindern«, sagt Welp. Gemeinsame Aktivitäten fehlen, die

Beziehungen in der Familie sind emotional oberflächlich und wenig verlässlich. »Viele Familien leben völlig beziehungslos nebeneinander her«, sagt Welp. Er nennt das »System Familie total überfordert«.

Oft würden Eltern ihren Kindern mit Desinteresse begegnen, sich nicht durchsetzen oder seien nicht in der Lage, mit ihrem Nachwuchs angemessen über politische Einstellungen zu diskutieren. In ihrer eigenen Hilflosigkeit bestrafen sie die Kinder oder ignorieren deren zum Teil provozierendes Verhalten vollkommen. Fehlende Kommunikation in der Familie wirkt sich auf das Sozialverhalten aus. Da die jungen Menschen ihre Konflikte verbal meist nicht lösen können, wählen viele Gewalt als Alternative. »Viele müssen Gewalt ausüben, um sich selbst überhaupt noch zu spüren«,

»Erlebniswelt rechts«: Sie bietet Jugendlichen Abwechslung – und das Gefühl, dazuzugehören.



sagt Welp. »Gewalt verleiht Macht und Stärke. Starke Emotionen, die ein Lebensgefühl geben, das alles andere überlagert.«

Diese Gefühle sprechen rechtsorientierte Organisationen, Parteien und Cliquen mit ihrer vermeintlich harmlosen Erlebnispädagogik an – durch Fußball, Zeltlager, Kino- oder Grillabende. Es gehe nicht in erster Linie um politische Arbeit oder Demonstrationen, sondern »um das einzige Angebot, das den Jugendlichen überhaupt gemacht wird«, sagt Welp. Sehr schnell jedoch werden diese Freizeitangebote mit rechtsextremen Inhalten aufgeladen. **Die**

Grenzen zu rechtsextremen Parteien und Gruppierungen sind fließend, denn aus Freundschaft kann schnell eine »Kameradschaft« werden. Die ist hierarchisch gegliedert und von Gruppenzwang und Unterordnung gekennzeichnet. Die Zugehörigkeit zu solch einer Gruppe schließt dabei gleichzeitig andere aus: Linke, Homosexuelle oder Ausländer.

Jugendkulturen sind Beziehungsnetzwerke, die eine soziale Heimat bieten, eine Gemeinschaft der Gleichen, in der Jugendliche ihre Identität suchen. Diese Gruppierungen sind notwendig, um sich von den Eltern zu lösen: Die Clique wird zur Ersatzfamilie, sie füllt die innere Leere vieler Jugendlicher mit Werten und Regeln.

Dabei scheint weitgehend egal zu sein, welche Regeln in der Gruppe gelten. »Wenn Jugendliche auf der Suche nach ihrer Identität sind, ist es fast beliebig,



Nicht alleine im Regen stehen: Die Szene bietet vermeintlichen Schutz.

welcher jugendkulturellen Gruppe sie sich anschließen: einer Musikgruppe, einem Sportverein – oder einer rechten Clique«, sagt Welp. Gefährlich werde es, wenn keine anderen Gruppen, Institutionen oder Instanzen als die rechten da seien, um die Jugendlichen aufzufangen. »Immer mehr junge Leute verbringen ihre Freizeit allein oder haben virtuelle Freunde im Internet«, weiß der Diplompädagoge. Rechte Organisationen und Cliquen aber versprechen ein Gemeinschaftsleben, das die Jugendlichen kaum kennen.

Oft übernehmen Jugendliche kritikallos die Werte und Regeln der jeweiligen Clique. So entfallt die mühsame Arbeit an der eigenen Identität, sagt Welp. Das Kollektiv ersetzt die Individualität – und die Jugendlichen nehmen es dankbar an, nun fühlen sie sich zu einem großen Ganzen gehörig und können auch sich selber »größer« als bisher fühlen. Welp: »Sie haben nie gelernt,

mit Konflikten umzugehen. Sie haben Angst. Wenn dann vermeintlicher Schutz kommt, wird der gerne angenommen.« |



In der Gruppe fühlen sie sich stark: Rechtsextremisten auf einer Demonstration.

Ein erstes gemeinsames Bier auf dem Schützenfest, zusammen Sport treiben, auf ein Konzert gehen oder ein paar Tage zelten: Geschulte Kader ködern Jugendliche für die Szene.

Sie verstricken die jungen Menschen geschickt in die neonazistischen Strukturen. Ihnen gehe es dabei nie um die jungen Menschen, sondern um »menschliches Potenzial«, sagt Aussteiger Sven*. Für seine »Kameradschaftsgruppe« warb er jahrelang Jugendliche.

Viel verraten will Sven nicht – jedenfalls nicht über sich und seine eigene »braune Karriere«. Zu groß ist die Angst vor der Rache seiner ehemaligen »Kameraden«. »In der Szene ist es egal, wie lange man raus ist«, sagt Sven. Habe man zum Kader gehört, könne man »nicht ohne Konsequenzen gehen«. Die reichen von verbalen Drohungen bis zu gewalttätigen Übergriffen.

Plakate kleben für die NPD: Auch dazu ziehen die Neonazi-Anführer Jugendliche heran.



Köder für »menschliches Potenzial«

Sven war Neonazi-Anführer, er warb Jugendliche für die Szene

Seit mehr als einem Jahr gibt Sven sein Insiderwissen über rechtsextreme Anwerbestrategien in Vorträgen und Workshops an Lehrer, Jugendbetreuer, Bewährungshelfer und Jugendliche weiter. Auch wenn er jetzt schon ein paar Jahre »raus« ist, fühlt er sich bedroht. Er überlegt sich genau, wem er sich zu erkennen gibt und durch welche Informationen seine Ex-»Kameraden« ihn identifizieren könnten. Wie einfach es dann wäre, Daten wie Wohnort oder Arbeitgeber herauszufinden, weiß Sven aus eigener Erfahrung. Schließlich hat er einst selbst Menschen hinterherspioniert – meist Mitgliedern der linken Szene, denen die Neonazis »eins auswischen« wollten.

Doch trotz seiner verständlichen Geheimnisse hat Sven viel zu erzählen. Er war kein Mitläufer. In seiner »Kameradschaft« gehörte er zu den Anführern und war bundesweit aktiv. An Aufmärschen und Demonstrationen nahm er nicht nur teil, er organisierte sie auch. Seine wichtigste Aufgabe aber war, Jugendliche für die Szene zu begeistern.

»Ich bin nicht mit der Tür ins Haus gefallen«, sagt Sven. »Das wäre zu riskant gewesen.« Er meint das Risiko, mit Hetzparolen oder Hitler-Gruß die Jugendlichen

zu schockieren statt zu locken. Auch hätten nur wenige Jugendliche mit 13 oder 14 Jahren bereits ein ausgeprägtes politisches Bewusstsein. »Das entwickelt sich erst mit der Zeit«, sagt Sven.

Er selber ist schon mit zwölf Jahren in die Szene gerutscht. »Damals war das noch ungewöhnlich«, berichtet er. Vor wenigen Jahren haben die Neonazis eher die 15- und 16-Jährigen angesprochen. Heute sei es dagegen »gängige Praxis«, auch Jüngere zu ködern. »Zwölfjährige sind in ihrer Entwicklung heute schließlich weiter.«

»Gängige Praxis« sei auch, sich vornehmlich an Jugendliche zu wenden, die mit ihrer Freizeit nichts anzufangen wüssten. Gelangweilte Teenies, die irgendwo rumhängen und die Zeit totschlagen. Vor allem auf dem Land würden die braunen Rattenfänger schnell fündig, berichtet Sven. »Denn da haben viele Jugendliche kaum Gelegenheit, mal aus ihrem Dorf herauszukommen.«

Zunächst laden die Extremisten die Jugendlichen zu gemeinsamen Aktivitäten ein. Ganz unverfänglich.

»Eine der ersten Fragen ist, ob die Jugendlichen Lust haben, zum Beispiel mit zum Fußball zu kommen.« Später bringe man zu einem Treffen wie zufällig eine Rechtsrock-CD oder ein Propaganda-Flugblatt mit, um den Jugendlichen mit der rechten Gesinnung in Berührung zu bring-



Konspirativ organisiert: Mit Rechtsrockkonzerten ködern Neonazis Jugendliche.

gen. Zeige ein Angeworbener über einen längeren Zeitraum Interesse und wolle sich engagieren, werde er übers Wochenende in ein »nationales Zeltlager« oder zu einem Aufmarsch mitgenommen.

Die Konspirativität des Zeltlagers, aber auch das öffentliche Aufsehen des Aufmarsches zeigen oft Wirkung: »Viele Jugendliche sind fasziniert«, sagt Sven. Bald bekommen sie Aufgaben, mit der sie »der Sache auch aktiv dienen« sollen. Sie verteilen Flyer und andere Propaganda. »Viele junge Leute merken gar nicht, dass sie politisiert werden«, sagt Sven.

Noch vor wenigen Jahren spielten die rechtsextremen Parteien beim systematischen Anwerben junger Leute kaum eine Rolle, meint Sven. Heute nennt er das »fast ein Glück«: Solange es keine zentral von den Parteien geleitete Strategie gebe und viele »Kameradschaften« mehr oder weniger autonom agierten, gelinge es den Extremisten nur schlecht, ihre Kräfte zu bündeln. Daher hält er auch für gefährlich, dass seit einigen Jahren NPD und »Kameradschaften« enger und enger zusammenarbeiten. So sind unter ihren Kandidaten zur niedersächsischen Landtagswahl am 27. Januar 2008 auch »Kameradschaftsan-

führer«. Sven dagegen war nie in einer Partei aktiv: »Als ich noch in der Szene war, galt die NPD als eine Partei aus alten Säcken, die nur reden und nicht handeln.«

Für gefährlich hält Sven auch, wie die Szene **um Jugendliche wirbt: Die Extremisten beschränken sich nicht mehr auf bestimmte Gruppen, sondern »fischen« in vielen Jugendkulturen.**

Die braunen Strategen produzieren Kleidung und Musik für jeden Geschmack und verbreiten ihre rechten Botschaften in kleinen Schülerzeitungen wie schicken Hochglanzmagazinen. Das Internet tut ein Übriges zur Streuung rechtsextremistischer Propaganda. Daher kommen immer mehr Jugendliche mit der Szene in Berührung.

Schon deshalb findet Sven seine Präventionsarbeit wichtig. Denn der Szene gehe es »allein um Potenziale«, sagt Sven. »Menschliches Potenzial« für Aufmärsche, zur Demonstration von Stärke und zur Verbreitung rechten Gedankenguts. Schon vor seinem Ausstieg habe er Probleme mit gewissen Teilen der Ideologie gehabt, sagt Sven, beispielsweise mit der Leugnung des Holocausts. »Trotzdem habe ich nie etwas dagegen gesagt – ich habe mich nicht getraut.«

Ausgestiegen sei er letztlich aber nicht wegen solcher Skrupel, sondern weil er eine Familie gegründet hat. Und er steht damit nicht allein: Wie der Einstieg sei auch der Ausstieg vieler Szeneangehöriger nicht politisch motiviert. »Ich habe mich irgendwann gefragt, ob ich meiner Familie ein Leben in der Szene zumuten will.« |

Bei »Wehrsportübungen« predigen Anführer rechten Jugendlichen Gewalt und Militarismus.



»Sie tragen keine Bomberjacken, sind trotz allem national. Gehen zum Fußball oder Partys – ihre Köpfe sind nicht kahl. Man kann nur schwer erkennen, wer sie sind und was sie wollen. Doch wenn es um Deutschland geht, dann hört man sie von weitem grollen: Eine Jugend rebelliert.«

Das propagiert die Gruppe »Sleipnir« 2005 auf der »Schulhof-CD«, produziert von der rechtsextremen NPD. Damit bewirbt sie einen Trend in der Szene: Vor wenigen Jahren war es noch einfach, einen rechten Jugendlichen an seinem Outfit zu erkennen. Heute ziehen sich rechte Einstellungen durch alle Jugendkulturen. »Rechts sein« ist Teil des jugendlichen Mainstreams geworden.

Den Grund für die Entwicklung sieht der Jugendforscher Klaus Farin nicht allein in der jungen Generation. »Wenn ein 13-Jähriger sagt, die Ausländer nehmen ihm den Arbeitsplatz weg, dann muss man sich fragen, woher er das hat«, sagt der Leiter des Archivs für Jugendkulturen in Berlin. Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stif-

Auch die sind rechts: Manchem Neonazi sieht man seine Gesinnung kaum an.



Glatze war gestern

»Rechts sein« zieht sich durch viele Jugendkulturen

tung ist ein Drittel der bundesdeutschen Bevölkerung ausländerfeindlich eingestellt. »Da wäre es ja schon fast merkwürdig, wenn sich das nicht auch in der gesamten Jugendkultur niederschlägt.«

Zwar gebe es keine Hinweise darauf, dass die Zahl rechtsextremer Jugendlicher wachse, »aber drum herum sind hunderte Jugendliche, die in rechtsorientierten Cliquen sind, die rechts denken und auch gerne ›rechts‹ prügeln, die aber mit der organisierten Szene nichts zu tun haben wollen«, meint der Jugendforscher. Deshalb finde man rechtsextremes Gedankengut mittlerweile in allen jugendkulturellen Bereichen – von Hip Hop über Techno bis hinein in die Punkszene.

Beunruhigend ist der gesellschaftliche Rechtsrutsch gerade dann, wenn die Gesinnung nicht offensiv nach außen getragen wird. »Wenn sich ein Jugendlicher eindeutig rechts kleidet und sich auch noch einer rechtsextremen Partei anschließt, begibt er sich in ein gesellschaftliches Abseits«, sagt der Jugendforscher. »Wer aber versteckte rechtsextreme Positionen vertritt, hat noch die Möglichkeit zu wirken.«

Ähnlich drastisch sieht der Bremer Rechts-
extremismusexperte Cornelius Peltz diese Entwicklung. »Wenn ein Jugendlicher auf der Straße menschenverachtende Parolen schreit oder gar Minderheiten angreift, ist es total egal, ob er bekennender Neonazi ist«, meint er.

Wie breit gefächert der rechts-
extreme Lifestyle mittlerweile ist, erlebt Bianca Klose bei ihrer täglichen Arbeit in der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin. Auch ihrer Ansicht nach existieren rechtsextrem mitbestimmte Lifestyle-Bewegungen mit eigener Kulturindustrie und eigener Sprachform in fast allen Jugendkulturen. Es gebe Outfits für fast jeden Geschmack – dazu die passende Musik. »Rechtsextrem orientierte Jugendliche haben inzwischen viele Wahlmöglichkeiten bezüglich ihrer kulturellen Identifikation. Sie können sich für verschiedene Musikrichtungen interessieren, ihre Haare tragen, wie sie wollen, und entscheiden, ob sie ihre Orientierung nach außen tragen oder nicht«, stellt Klose fest. So kann die Gesinnung ausgelebt werden, ohne sich an politischen Aktionen zu beteiligen oder anders öffentlich rechtsgesinnt aufzutreten.

Dabei helfen szenetypische Bekleidungs-
marken wie »Thor Steinar«, die nach außen beteuern, unpolitisch zu sein. So wehren sich die Macher der Marke in ihrem Internetauftritt ausdrücklich gegen ihr »rechtes Image«. Labels wie »Hateware«, »Pro Violence« oder »Sportfrei« sind unter rechten Hooligans beliebt – werden aber

auch von Fußballschlägern getragen, die sich als unpolitisch verstehen. Die Artikel werden nicht nur in Szeneläden verkauft. Sie gehen auch in herkömmlichen Sport- und Militarygeschäften über den Tresen. Dadurch steigt die öffentliche Akzeptanz für die braune Mode.

Diese Entwicklung ist kein Zufall. Laut Peltz hat sich die braune Mode- und Musikindustrie auf die veränderten »Bedürfnisse« ihrer »Kunden« eingestellt. Seit einiger Zeit wird auch Neonazimode angeboten, die sich wie das Label »Rizist« an Hip-Hop- und Skaterstilen orientiert. Dass der Sprössling in der harmlos aussehenden Kapuzenjacke mit Graffiti-Schriftzug und den Beggypants seine braune Gesinnung auslebt, ist für das ungeschulte Auge vieler Eltern nicht mehr zu erkennen.

Das Geschäft mit den »neuen Modetrends« ist nicht nur unauffällig, sondern auch lukrativ: Viele

Auch rechte Fußballschläger lassen sich häufig bei NPD-Veranstaltungen blicken.



Mord als Kult: Weil ihr Sänger einen Menschen zu Tode gequält hat, genießt die Band »Absurd« in der NS-Black-Metal-Szene Kultstatus.

Marken werden von einschlägig bekannten Neonazis produziert oder vermarktet – und die lassen einen Teil ihrer Einnahmen wieder in die rechte Szene fließen.

Wie die Mode bietet auch die rechte Musik mittlerweile viele Facetten. Neben Rock und Punk sind zahlreiche braune Liedermacher etabliert. Allen voran der wegen Volksverhetzung rechtskräftig verurteilte Frank Rennicke, der mit seinen hetzerischen »Balladen« bei rechten Jugendlichen und Erwachsenen gleicher-

maßen Anklang finden. In der Hip-Hop-, Reggae- oder Technoszene hat sich in den vergangenen Jahren ebenfalls eine rechte musikalische Subkultur entwickelt. »Auch wenn sich hier noch keine festen Strukturen herausgebildet haben, muss man aufpassen, wie sich diese Szene entwickelt«, mahnt Peltz.

Den extrem rechten Flügel des Black Metal hat der Rechtsrockexperte Christian Dornbusch untersucht. Seiner Ansicht nach lässt sich hier die größte Schnittmenge einer neonazistischen Mischszenen ausmachen. Während herkömmliche Bands aus dem Bereich Black Metal in der

Regel antichristliche Elemente und Fantasykomponenten aufgreifen, hetzen rechtsorientierte Bands gegen gesellschaftliche »Randgruppen« wie Schwule oder Juden. Häufig werden auch reale Gewalttaten und Morde glorifiziert. Und es bleibt nicht bei der Verherrlichung der Verbrechen anderer: »Immer wieder begehen Mitglieder der Szene auch reale Gewalttaten wie Vergewaltigung oder Totschlag«, sagt Dornbusch. »Und genau dadurch werden sie in ihren Kreisen zu Helden.«

Für gefährlich hält er auch, wie sich Musiker und Szene gegenseitig beeinflussen. So gaben rechtsextreme Skinheads nach brutalen Überfällen an, die Gewaltdarstellungen des Black Metal hätten sie zu ihren Taten »inspiriert«. Umgekehrt holen sich die Musiker ideologisch aufgeladene Texte aus der rechten Szene.

»Es gibt ja viele Musikkrichtungen, die



Sie stehen auf Schwarz – und auf Neonazis: Auch die Dark-Wave-Szene hat einen extrem rechten Flügel.

als extrem gelten. Das ist bis zu einem gewissen Grad eine ganz normale Kunstform«, sagt der Rechtsrockexperte. Wenn die Texte allerdings rassistische oder neonazistische Bilder aufgreifen, werde extreme Musik

ZU rechtsextremer Musik.

Auch Dornbusch sieht Musik und Lifestyle eng verknüpft und bestätigt den Trend zum versteckten Rechtsextremismus. Heute könnten Jugendliche »ganz normal aussehen« und lediglich mit einem kleinen Button am Revers ihre extrem rechte Gesinnung dokumentieren. Erkennbar ist das nur für Szenemitglieder. Andere Jugendliche bleiben außen vor. Die meisten Erwachsenen sowieso. |

Auf den zweiten Blick

Neonazis tragen ihre Gesinnung nach außen – und umgehen trickreich Verbote

Wenn ein Neonazi auf offener Straße den Hitler-Gruß zeigt, eine Hakenkreuzfahne schwenkt oder »Heil Hitler« grölt, macht er sich strafbar. In Deutschland sind diese Symbole, Gesten und Parolen gesetzlich verboten.

Das Strafgesetzbuch (StGB) sieht in Paragraf 86a für das »Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen« eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren vor. Auch Kennzeichen, die Verwechslungen mit NS-Symbolen provozieren, sind gesetzlich verboten.

Die Liste indizierter Zeichen, Parolen und Grußformeln ist lang. Das heißt allerdings nicht, dass sie nicht gebraucht werden. Im Gegenteil: In der Szene gehören sie zum Alltag. Allerdings sind die meisten Neonazis clever genug, sie nur in den eigenen vier Wänden zu zeigen. Auch Nazi-Devotionalien wie die Reichskriegsflagge mit Hakenkreuz oder SS-Uniformen und Tätowierungen, die NS-Zeichen zeigen, werden in der Regel nicht offen zur Schau

gestellt. Im privaten Raum gibt es jedoch keine gesetzliche Handhabe dagegen.

Bei fast keinem Aufmarsch fehlt die Reichskriegsflagge mit Adler und eisernem Kreuz. Sie darf auch heute noch offen gezeigt werden. Allerdings kann die Polizei sie im Einzelfall sicherstellen, wenn die Beamten »konkrete Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung« sehen.

Die Rechtsextremisten lassen sich immer neue Codes einfallen, um ihre braune Gesinnung zu verschlüsseln. Sie nutzen verschiedene Symbole, Zahlen, Buchstaben oder Bekleidungsmarken. Diese Zeichen sind erst auf den zweiten Blick als neo-

Die Buchstabenfolge »nsdap« im Label »Consdaple« zieht Neonazis an.



nazistisch zu erkennen. Beliebte sind germanische Schriftzeichen, so genannte Runen. Viele haben bereits die Nationalsozialisten ideologisch vereinnahmt – so die doppelte Sigrune, die Hitlers Waffen-SS als Zeichen nutzte. Sie ist heute verboten. Nicht strafbar ist dagegen die Triskele, einst Erkennungszeichen einer SS-Division, die einem dreiarmligen Hakenkreuz gleicht. An ein sich drehendes Hakenkreuz erinnert die »Schwarze Sonne«, sie besteht aus zwölf Sigrunen und darf ebenfalls gezeigt werden. Auch das Keltenkreuz und der Thorshammer sind legale Zeichen, die in der Szene neonazistisch umgedeutet werden.

Ebenfalls beliebt sind Zahlen- und Buchstabencodes. Dabei stehen die verwendeten Zahlen für die entsprechenden Buchstaben des Alphabets.

Die 88 für »Heil Hitler« und die 18 für »Adolf Hitler« sind mittlerweile geläufig. Weniger bekannt ist dagegen, dass die 28 in der Szene das in Deutschland verbotene Neonazi-Netzwerk »Blood & Honour« verschlüsselt. Die 14 steht für die »14 Words« des Rechtsextremisten David Eden Lane, das in der Szene zu einer Art Glaubensbekenntnis geworden ist: »We must secure the existence of our people and



»Schwarz-Weiß-Rot« fehlt auf keinem Aufmarsch:
Neonazis wollen das »Deutsche Reich« wiederhaben – auch mit Gewalt.

a future for white children« (»Wir müssen das Bestehen unseres Volkes und die Zukunft unserer weißen Kinder sichern«). Nicht nur mit Ziffern lassen sich eindeutig rechtsextremistische Aussagen verschlüsseln: **Die Abkürzungen WAR und WAW steht für »White Aryan Resistance«, auf Deutsch »Weißer Arischer Widerstand«. WP bedeutet »White Power« (»Weiße Macht«).** Das Kürzel ACAB steht für »All Cops Are Bastards« (»Alle Polizisten sind

Bastarde«), es ist unter Hooligans wie Rechtsextremisten beliebt. Letztere wandeln die Abkürzung auch in AJAB ab. An die Stelle des Wortes »Cops« (»Polizisten«) tritt »Jews« (»Juden«).

Auch durch ihr Outfit tragen viele Neonazis ihre Einstellung ungestraft nach außen. Viele Kleidungsstücke, die in der Szene beliebt sind, entstammen der Jugendkultur der Skinheads. Sie hat ihren Ursprung in der britischen Arbeiterbewegung. Viele Skinhead-Gruppen sind erklärtermaßen unpolitisch oder links. Doch in Deutschland ist die Skinhead-Szene laut Verfassungsschutz klar rechts dominiert.

Gemein ist den »Skins« ihre Glatze. Ihr Kleidungsstil huldigt einem Arbeiter-, Proleten- und Männlichkeitskult: Stiefel von »Doc Martens«, Jacken, T-Shirts und Pull-over von »Lonsdale«, »Fred Perry« oder »Ben Sherman« gehören zu den bekanntesten, in der Szene getragenen Marken.

Einige der Firmen haben sich erfolgreich gegen die Vereinnahmung durch Rechtsextremisten gewehrt. Andere Labels weniger: »Pitbull« und »Troublemaker« sowie der Schuhfabrikant »New Balance« weisen eine Verbindung zum Rechtsextremismus zwar von sich, betonen jedoch

Drehendes Hakenkreuz:
Die »Schwarze Sonne« ist auch unter Rechtsextremisten beliebt.



zugleich, dass sie keinen Einfluss darauf haben, wer ihre Waren trägt. Die brandenburgische Firma »Thor Steinar« wehrt sich gegen ihr – offenbar umsatzförderndes – rechtes Image eher halbherzig.

Die Szene reagiert auf die Gegenrechts-Politik einiger Firmen mit der Produktion eigener Marken. Die Marken »Dobermann«, »Walhalla« oder »MaxH8« sind Beispiele. Beliebte in der Szene ist auch »Consdaple«. Shirts mit dieser Aufschrift

werden gerne unter einer offen getragenen Jacke angezogen, so dass von dem Schriftzug nur »NSDAP« zu sehen ist.

In den vergangenen Jahren kommt rechte Mode auch im »Gangster Style« daher. Sie orientiert sich an der Hip-Hop- und Skaterbewegung. Hier bedienen Marken wie »Hatecore«, »Hate Crime« oder »Risizt« die rechte Käuferschicht.

Viele Rechtsextremisten deuten auch bisher eher in der linken Szene beliebte

Symbole ideologisch um: Mit einem »Palästinensertuch« tragen sie ihren Antisemitismus nach außen. Im Shirt mit dem Konterfei Che Guevaras wollen sie einem »nationalen Volkshelden« huldigen. Daher muss man heute sehr genau hinschauen, um die rechte Gesinnung der Träger solcher Symbole zu erkennen. |



Flaggen und mehr: Die meisten Extremisten wissen genau, was noch legal ist.

Auch verbotene Zeichen wie das Hakenkreuz gehören in der Szene zum Alltag. Sie werden jedoch nur in den eigenen vier Wänden gezeigt – oder anonym im Internet.

»Guten Abend, meine Damen und Herren.« Ein junger Mann im grauen Anzug und mit einem akkuraten Kurzhaarschnitt liest Nachrichten vor einer Kulisse, die von der »Tagesschau« abgekupfert ist.

Er spricht über »Ausländerschwemme«, »Abzocke« und »Arbeitsplätze nur für Deutsche«. Dabei hat der Mann erkennbar Mühe, seine Texte halbwegs verständlich und fehlerfrei vorzutragen.



Braunes Gewäsch macht in Blau: die sogenannte Nachrichtensendung der Rechtsextremisten.

Was als laienhafte Kopie der ARD-Nachrichten via Internet über den Bildschirm flimmert, ist der Versuch, im rechts-extremen Lager eine eigene »Nachrichtensendung« zu etablieren. Zunächst lief die »Sendung« über das Internetportal »YouTube«. Nachdem »YouTube«-Kunden protestiert hatten, packte der Neonazi Christian Müller seine »Nachrichtensendung« kurzerhand auf eine eigene Homepage.

Der gebräuchliche Anglizismus »Homepage« ist unter Neonazis allerdings ebenso unbeliebt wie »E-Mail«. Weil sie sich als einzig wahre Hüter des »Deutschtums«

Unterwegs im »Weltnetz«

Im Internet findet sich jede Menge brauner Propaganda

begreifen, sprechen sie lieber von »Welt-netzseite« und »E-Post«. Was auf den ersten Blick dümmlich, aber harmlos daher-kommt, ist Teil eines weit verzweigten und gefährlichen Netzwerkes rechtsextremer Aktivisten. Das Bundesamt für Verfassungsschutz geht von mehr als 1000 rechtsextremistischen Internetpräsenzen in deutscher Sprache aus.

Über viele dieser Internetauftritte werden gewaltverherrlichende, antisemitische und fremdenfeindliche Inhalte verbreitet. Auf einigen Internetseiten wird der Nationalsozialismus auch offen verherr-

licht oder die Existenz der Konzentrations-lager geleugnet. Ein besonders zynisches Homepage-Logo spricht in Anspielung auf den Massenmord an Juden im »Dritten Reich« von »sechs Millionen zufriedenen Kunden«. Auch zu Gewalt gegen politisch Andersdenkende wird aufgerufen.

Diskussionsforen wie das »Wikinger-Forum« sorgen für den Informationsaustausch und den Zusammenhalt in der Szene. Auch zu konspirativen Treffen wie illegalen Konzerten verabreden sich eingeweihte Neonazis via »Weltnetz« – in Foren, die durch Passwörter abgeschottet sind.

Deutsche Behörden haben meist wenig rechtliche Handhabe: Die Internet-seiten sind häufig in Ländern angemeldet, mit denen die Bundesrepublik kein Rechts-

Verbotene Zeichen für jedermann sichtbar:

Internetseiten, deren Server im Ausland stehen, machen es möglich.





Brauner Humor? Eine rechtsextremistische Internetseite zeigt den verurteilten Volksverhetzer Horst Mahler – vertieft in links orientierte Lektüre.

hilfeabkommen abgeschlossen hat. Polizei und Staatsanwälten sind in diesen Fällen die Hände gebunden.

Auch deshalb warnt der niedersächsische Verfassungsschutz vor der Faszination, die diese rechtsextremistischen Internetangebote für Jugendliche und Heranwachsende haben können. **Denn die Kader der Szene wissen die pubertäre Suche nach Tabubruch und Regelverstoß geschickt für ihre Zwecke zu nutzen.** Wohl auch deshalb tummeln sich ihre »Anwerber« auf beliebten, kommerziellen Internetplattformen wie dem »Studi-VZ« und dessen Jugendableger »Schüler-VZ« – eine riesige Zielgruppe für rechtsextreme Aktivisten. Eher an Erwachsene wendet sich das welt-

weit operierende Netzwerk »altermedia«; Dessen gleichnamiger deutscher Ableger hat sich zum führenden Forum parteigebundener und »autonom« Nationalisten gemausert. Regelmäßige Kolumnen des rechtsextremistischen Vordenkers Jürgen Schwab sind hier ebenso zu finden wie Beiträge des bundesweit aktiven Anführers Christian Worch aus Hamburg. Drahtzieher und offenkundig Finanzier des Netzwerkes »altermedia« ist der selbsternannte »weiße Nationalist« David Duke. Der Ku-Klux-Klan-Anhänger lebt im amerikanischen Bundesstaat Louisiana und hat mehrfach erfolglos für den US-Senat kandidiert. Er hat offenkundig millionenschwere Sponsoren, die auch seine weltweite Propaganda alimentieren dürften.

Weil das juristische Schwert deutscher Strafverfolger im Kampf gegen international betriebene Hetzportale meist

stumpf ist, gehen zivile Initiativen einen anderen Weg: Aufklärung und – wenn möglich – massenhafter Protest lautet beispielsweise das Motto der Organisation »jugendschutz.net« aus Mainz, einer Einrichtung der Landesmedienanstalten. Hier werden Adressen von Internetseiten mit extremistischen Inhalten gesammelt, um gezielt Gegenaktivitäten zu starten. Zu diesem Zweck hat »jugendschutz.net« ein entsprechendes Formular ins Netz gestellt. |

Hier können Internetseiten mit rechtsextremen Inhalten gemeldet werden:
jugendschutz.net
 Wallstraße 11, 55122 Mainz
 Telefon: 06 131/3285-20
 E-Mail: buero@jugendschutz.net
 Internet: www.jugendschutz.net



2. Das rechte Angebot

**Wie es sich
in der braunen
Welt lebt**



Musik dient der rechtsextremen Szene nicht nur zur Unterhaltung – sie ist ihr Propagandamittel Nummer eins. Musik weckt Emotionen und ist eingängiger als politische Parolen. Auch in Niedersachsen verbreiten Rechtsrocker ihre menschenverachtenden Botschaften.

Die Nacht ist dunkel und kalt. Am letzten Wochenende im Januar 2007 haben sich schon an den Zufahrtsstraßen des kleinen Dorfes Grauen bei Schneverdingen Polizisten postiert. Nur einige hundert Meter entfernt stehen im Ort gleich Dutzende Einsatzwagen, die meisten rund um ein altes Bauernhaus. Dort feiern etwa 60 Männer und Frauen angeblich den Geburtstag des Neonazis Marcel S. Aus dem Gebäude dringt kaum wahrnehmbar Musik.

Die Polizei vermutet hinter der »Geburtstagsfeier« ein getarntes Rechtsrockkonzert. Doch sie muss die Extremisten gewähren lassen: Der Besitzer des Hauses

»Musik« unter dem Hakenkreuz: Konspirativ organisierte Rechtsrockkonzerte finden bis heute an fast jedem Wochenende auch in Deutschland statt.



Musik hetzt Jugendliche in die Szene

Rechtsrock made in Niedersachsen

hat nichts gegen die »Party« einzuwenden. Rechtsextremistische Konzerte als »Party« auszugeben, ist ein gängiger Trick in der Szene. Sie will den Behörden keine Chance geben, die Musikveranstaltungen bereits im Vorfeld zu verbieten.

Ähnliche Veranstaltungen finden nahezu an jedem Wochenende irgendwo im Bundesgebiet statt. Die Werbung für die getarnten Rechtsrockkonzerte geht über Mund-zu-Mund-Propaganda, E-Mail oder SMS – und stets nur an eingeweihte Szenemitglieder. Nur sie sind willkommen,

nur vor ihnen können die Neonazis auf der Bühne offen ihre Hetzparolen grölen.

In der Regel wird nicht einmal der genaue Ort verraten, sondern nur ein »Schleusungspunkt«, meist eine Rast- oder Tankstelle. »Erst wenn sich die Veranstalter sicher sind, dass die Ankommenen »Kameraden« sind, verraten sie den genauen Ort«, berichten Aussteiger.

2006 fanden in Niedersachsen mindestens elf Rechtsrockkonzerte statt. Die Zahl der hierzulande ansässigen extrem rechten Bands und Bandprojekte beziffern Experten auf knapp 20. Die niedersächsischen Hetzmusikanten geben sich Namen wie »Agitator«, »Nordfront«, »Terroritorium« oder »Faktor Deutschland« und sind weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Wie viele Bands es genau sind, können selbst Experten nur schätzen. Die Szene ist kaum zu überschauen. Neu gegründete Bands werden meist erst wahrgenommen, wenn sie ihren ersten Tonträger veröffentlichen oder ihr erstes Konzert spielen. »Hinzu kommt, dass sich hinter verschiedenen Bandnamen teilweise dieselben Musiker verbergen«, sagt der Rechtsrockexperte Christian Dornbusch.

Als Beispiel nennt er das Projekt »Gigi und die braunen Stadtmusikanten« um den Meppener Daniel »Gigi« Giese. Mit seiner »Schlagerband« bediente er sich eingängiger Stimmungsmelodien und dichtete darauf rechtsextremistische Texte. Zugleich war er nach Angaben von Szenekennern

Mitglied der Meppener Bandprojekte »Stahlgewitter«, »Saccara« und »In Tyrannos«. Es werden ihm auch Verbindungen zu den »Zillertaler Türkenjägern« nachgesagt.

»Die rechtsextreme Jugendszene definiert sich weitgehend über Musik«, beschreibt Dornbusch die Bedeutung des Rechtsrocks. »Die Musik ist das Bindeglied ihres sozialen Zusammenhangs.« Welche Art von Musik gespielt wird, ist ziemlich egal. Rechtsrock meint keinen musikalischen Stil, sondern Textinhalte. Dornbusch: **»Wenn es rassistische oder antisemitische Fragmente gibt oder der Nationalsozialismus verherrlicht wird, sprechen wir von Rechtsrock.«**

Hunderte Neonazis kommen regelmäßig bei konspirativ organisierten Konzerten zusammen. Die Konzerte sind jedoch nicht nur für den Zusammenhalt innerhalb der Szene wichtig. Musik gilt zugleich als wichtigstes Propagandamittel der Rechten, um Nachwuchs zu werben. »Musik ist das ideale Mittel, Jugendlichen den Nationalsozialismus näherzubringen. Damit kann Ideologie besser als in politischen Veranstaltungen transportiert werden«, sagte Ian Stuart Donaldson, 1993 verstorbener Sänger der britischen Neonazi-Kultband »Skrewdriver« und Mitbegründer des im Jahr 2000 in Deutschland verbotenen Musiknetzwerkes »Blood & Honour«.



Niedersächsische Hetzmusikanten krakeelen auf eigenen Alben und auch auf der NPD-»Schulhof-CD«.

Donaldson nannte Musik das Mittel, »das dem Kampf um das Überleben und Gedeihen der weißen Rasse gewidmet ist«. Die Waffen in diesem »Kampf« sind Schlagzeug und Gitarre. Rechtsrock wird auch die »Einstiegsdroge« der Szene genannt. »Erst werden Emotionen ausgelöst, der Inhalt wird erst später wahrgenommen«, erklärt Dornbusch.

Auch die »Liedermacherin« Annett Müller aus Bad Lauterberg verbreitet die braune Ideologie singend – so rechtfertigt sie beispielsweise Rassismus: »Der Deutsche, so heißt es, ist ein Rassist, doch nein, das ist er wirklich nicht. Wir helfen gern, doch irgendwann ist Schluss, weil auch irgendwann mal das Volk an sich denken muss. Vermischung pur ist das Ende vom Lied und es eine Minderheit an Deutschen in Deutschland gibt.« Müller ist Direktkandidatin der NPD zur niedersächsischen Landtagswahl am 27. Januar 2008 und auf Parteiveranstaltungen ein gern gesehener und gehörter Gast. Die Partei verbreitet zudem Müllers »Werke« auf ihren »Schulhof-CDs«, die sie seit 2004 an Schüler zu verteilen versucht.



Annett Müller ist eine der wenigen Frauen in der deutschen Rechtsrockszene. Mit ihrem Ehemann Michael Müller schlägt sie auch härtere Töne an. »Faktor Deutschland« nennt sich das gemeinsame Projekt, in der die eher ruhigeren Töne der beiden Liedermacher rockigem Sound weichen – mit noch eindeutigeren Texten: »Wille und Sieg, es lebe das Vaterland! Die Straßen frei unseren Bataillonen! Die Stiefel schmettern auf Asphalt! Wille und Sieg, jeder kämpft auf seinem Posten und mag es auch das Leben kosten!«

Als »Faktor Deutschland« trat das braune Paar unter anderem im Oktober 2006 an, als rund 900 Neonazis vor der Justizvollzugsanstalt Berlin-Tegel »Freiheit für Luni« forderten.

»Luni« oder »Lunikoff« nennt sich Michael Regener, ehemaliger Sänger der Neonazi-Kultband »Landser«. Die Band wurde im März 2005 als »kriminelle Vereinigung«

verboten. Unter anderem deshalb ging Regener in den Knast.

»Faktor Deutschland« war nicht die einzige Band, die die »Soli-Demo« musikalisch umrahmten. Auch »Agitator« aus Göttingen spielten. Die 2004 gegründete Band hat sich mit zahlreichen Konzerten zweifelhafte Popularität erworben. Die Musiker sind auch anderweitig in der Szene unterwegs: Schlagzeuger Timo Schubert spielte zuvor in der populären Neo-

nazi-Band »Hauptkampflinie«; Bassist Johannes »Hansel« Wiesemann marschiert bei Demonstrationen oft mit der NPD Göttingen; Sänger Oliver »Olli« Keudel outete sich auf einem 2005 erschienenen Album freimütig: »Ich bin mit Leib und Seele Nazi.« In einem anderen Song singt er von einem »imaginären« Freund, der aus der Szene aussteigen will: »Ja, wir können doch gute Freunde bleiben, hat er zu mir gesagt, leider hatte ich in dem Augenblick die Knarre nicht parat.«

Auch die rechte Hooligan-Band »Kategorie C – Hungrige Wölfe« um den Bremer Hannes Ostendorf gab in Berlin Kostproben ihres zweifelhaften Repertoires. Somit bestritten ausschließlich Rechtsrocker aus Niedersachsen und Bremen das »Soli-Konzert« in der Bundeshauptstadt. Nachdem »Agitator«-Sänger »Olli« ins Mikro gegrölt hatte: »Ich bin stolz, ein Nazi zu sein«, wurde er festgenommen – da war das Konzert allerdings schon vorbei. |

Hetzen gemeinsam auf der Bühne: Hannes Ostendorf, Sänger der rechten Hooligan-Band »KC – Hungrige Wölfe« aus Bremen, und Oliver Keudel, Sänger der Neonazi-Band »Agitator« aus Göttingen.



Sammelbecken militanter Neonazis

»Blood & Honour« wurde 2000 in Deutschland verboten

Schon der Name nimmt Bezug auf das NS-Regime: »Blood & Honour«, zu deutsch »Blut und Ehre«, spielt auf die so genannten »Nürnberger Gesetze« aus dem Jahr 1935 an.

Das »Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre«

war die zynische Konsequenz aus der nationalsozialistischen Rassenlehre. »Blut und Ehre« stand auch eingraviert auf den Fahrtenmessern, die die Mitglieder der Hitler-Jugend bei sich trugen.

»Blood & Honour« wurde 1987 in Großbritannien gegründet. Die Organisation entwickelte sich rasch zu einem Sammelbecken rechtsextremer Skinheads. Eines ihrer Ziele war, Rechtsrockbands zu vernetzen. Ihre Musik sollte die braune Propaganda transportieren. In den folgenden Jahren gründeten sich in anderen Ländern Ableger von »Blood & Honour«.

Während eines Treffens im Oktober 1998 gab »Blood & Honour« Deutschland die Losung aus: »Patrioten verschiedener

Stilrichtungen zu sammeln und zu einer Bewegung zusammenzuführen – nicht nur in der Musik, sondern auch im Kampf«. Mitglieder veranstalteten in der Folgezeit in Norddeutschland paramilitärische Wehrsportübungen.

Die Neonazis lehnten sich allzu offen an den Nationalsozialismus an: Im September 2000 wurden »Blood & Honour – Division Deutschland«, deren »Untersektionen« und »White Youth« verboten. »White Youth« (»Weiße Jugend«) hieß die Jugendorganisation von »Blood & Honour«. |

»Blood & Honour« agiert international – und in anderen Ländern bis heute legal.



Die Stadt im Hintergrund ist zerbombt. Vermummt und mit verschränkten Armen präsentieren sich die Männer der 2001 gegründeten Gruppe »Gladiator – Germania« auf ihrer Internetseite. »Gloria et Patria« (»Ehre und Vaterland«) heißt es da.

Der Begriff »Gladiator« taucht in der braunen Szene auch in anderem Zusammenhang auf. In dem von dem Neonazi-Netzwerk »Blood & Honour« herausgegebenen Pamphlet »The Way Forward« (»Der Weg vorwärts«) ist »Gladiator« die Bezeichnung für »Blood & Honour«-Aktivisten. Nach dem Vorbild der Waffen-SS sollen die »neuen Legionen arischer Gladiatoren« den »Kampf« aufnehmen.

Im September 2000 wurde die »Blood & Honour – Division Deutschland« verboten. Doch noch ein Jahr später organisierte Sebastian St. – Gründungsmitglied von »Gladiator – Germania« und rechte Hand des ehemaligen »Blood & Honour«-Aktivisten Sascha B. – in der Festhalle des Schützenvereins Tostedt ein Gedächtniskonzert für den 1993 verstorbenen »Blood & Honour«-Gründer, Ian Stuart Donaldson.

»Ian-Stuart-Memorial-Konzerte« gelten in der neonazistischen Szene als Highlights. Knapp 500 Rechts-extremisten wurden 2001 zu dem konspirativ organisierten Konzert in Tostedt geschleust, und vermummt Männer bewachten den Eingang. Erst kurz vor Mitternacht versuchten eilig herbeigezogene Polizeikräfte, die Veranstaltung aufzulösen. Da war das Konzert bereits zu Ende.

Trotz Verbot nicht tot?

Vieles deutet darauf hin, dass »Blood & Honour« in Deutschland weiter existiert

Auch andere Kader von »Blood & Honour« blieben nach dem Verbot aktiv. Zwar brach für die Neonazis ein wichtiger Teil ihrer bundesweiten Vernetzung weg, dennoch sind gerade in Norddeutschland ehemalige Aktivisten noch heute im Rechtsrockgeschäft tätig. Und auch bei »Combat 18«, dem »bewaffneten Arm« der verbotenen Organisation.

»Combat 18« wurde zu Beginn der 1990er Jahre im Umfeld von »Blood &

Honour« gegründet. Die Ziffer 18 steht für den ersten und den achten Buchstaben des Alphabets und damit für die Initialen Adolf Hitlers. Die Gruppe wird für eine Reihe von Mordversuchen und Anschlägen auf politische Gegner verantwortlich gemacht. Sie sammelt zudem Informationen über politische Gegner der Neonazis. International in die Schlagzeilen geriet »Combat 18« nach einer Reihe von Anschlägen in London, bei denen selbstgebaute Nagelbomben eingesetzt wurden. Sechs Menschen starben, mehr als 150 wurden zum Teil erheblich verletzt.

In Deutschland durchsuchten Polizisten im Oktober 2003 die Wohnungen von Neonazis – unter anderem im schles-

Die 28 steht in der Szene für »Blood & Honour«.



wig-holsteinischen Landkreis Pinneberg bei Hamburg. Sie beschlagnahmten unter anderem eine Pumpgun, Anleitungen zum Bau von Sprengsätzen und »Steckbriefe« politischer Gegner. Im Visier hatten die Ermittler Mitglieder von »Combat 18 Pinneberg«. Zum Umfeld dieser Gruppe gehörten ehemalige Mitglieder der verbotenen »Blood & Honour Sektion Nordmark«. Auch Hannes F., einst aktiv in der »Blood & Honour Sektion Niedersachsen«, ist mit der Gruppe »Combat 18 Pinneberg« vertraut: In seinem Auftrag soll die Gruppe abtrünnig gewordene »Blood & Honour«-Aktivisten in Niedersachsen abgestraft haben.

Anders als »Blood & Honour« ist »Combat 18« nicht verboten, darf jedoch nicht beworben werden. Auf Hemden und Aufnähern ist der Schriftzug dennoch ein Erkennungszeichen, das Neonazis gerne tragen.

Im Frühjahr 2007 gab es im schleswig-holsteinischen Neufeld ein »Combat 18«-Konzert, für das europaweit geworben wurde. Auf dem Flyer waren neben dem »Combat 18«-Schriftzug zwei Billardkugeln



Auch deutsche Neonazis »gedenken« heute noch »Blood & Honour«-Gründer Ian Stuart Donaldson.

mit der Zahl 28 abgebildet. Die Ziffer codiert die Buchstaben B und H für »Blood & Honour«. Ein großes Polizeiaufgebot verhinderte nur wenige Wochen später ein weiteres Konzert in Neufeld. Doch der Verfassungsschutz scheint dennoch guten Mutes: Es gebe keine erkennbare Fortführung von »Blood & Honour« in Deutschland, heißt es aus der Behörde. |

Das Herz schlägt schnell, der Mund ist trocken. Die Klinke zu drücken, kostet Überwindung. Gibt es nicht doch einen zwingenden Grund, dem eigenen Widerwillen nachzugeben – und einfach umzukehren? Hinter dem abgedunkelten Eingang wartet schließlich eine andere, von Gewalt und Menschenverachtung geprägte Welt. Zu spät. Die Tür gibt nach, die Schwelle ist überschritten. »Hallo, kann ich helfen?«, fragt eine freundliche Stimme. »Wohl kaum«, liegt auf den Lippen. »Ja«, lautet die Antwort. Auftakt eines bizarren Einkaufs.

Tostedt, Ortsteil Todtglüsing: Hier, am Nordrand der Lüneburger Heide, befindet sich »Streetwear Tostedt«. Im einzigen Schaufenster steht eine Puppe in Armeeuniform, dazu liegen ein paar »zivile« Bekleidungsstücke aus. Der Eingang ist mit schwarzer Folie beklebt. In der direkten Nachbarschaft sind keine weiteren Geschäfte zu sehen, Laufkundschaft dürfte daher kaum zum Umsatz beitragen. Von außen wirkt »Norddeutschlands größter Szeneladen«, so die Werbung im Internet, unscheinbar. Doch dem niedersächsischen Verfassungsschutz ist »Streetwear Tostedt« als Anlaufstelle für Rechtsradikale, Skinheads und Neonazis bekannt.

Das Verkaufsgespräch kommt nur stockend voran. Der Wunsch, »ein

Was des militanten Neonazis Herz begehrt

Stefan Silar vertreibt einschlägige Bekleidung und CDs: ein Testkauf in »Norddeutschlands größtem Szeneladen«

möglichst unverfängliches T-Shirt als Geschenk« erwerben zu wollen, irritiert den Verkäufer und Inhaber in Personalunion. »Was heißt hier nicht verfänglich?«, fragte der kurzgeschorene Mittdreißiger mit Tattoo im Nacken. Der Hinweis »irgendetwas mit Fußball« hilft, derlei gibt es gleich am Eingang. An einem Ständer hängen Shirts von »Thor Steinar«. Die Marke ist bei rechten Hooligans und Rechtsextremisten ein gängiges Erkennungszeichen, weshalb sie keineswegs als »unverfänglich« gilt, sondern bei einigen Fußballklubs längst

Von außen eher unscheinbar: der Szeneladen des Neonazis Stefan Silar.



im Abseits steht: Werder Bremen, Hertha BSC Berlin, Borussia Dortmund und der FC St. Pauli verwehren Zuschauern mit »Thor Steinar«-Bekleidung den Zutritt in ihre Stadien. »Thor Steinar« – im »aktionsorientierten Rechtsextremismus beliebt«, wie der Verfassungsschutz Berlin und Brandenburg schreibt – bekam zuletzt auch vom Hamburger SV die rote Karte gezeigt.

Bei »Streetwear Tostedt« hängen trotzdem Poster von HSV-Spielern: Silar ist HSV-Fan, und so entwickelt sich zwischen dem Verkäufer und dem Werder favorisierenden Kunden ein Smalltalk über das nahende Nordderby. Währenddessen schweift der Blick durch die beiden Verkaufsräume: aufgeräumt, zweckmäßig eingerichtet und geräumiger, als die Außenansicht des Ladens vermuten lässt. Welche Gesinnung dahinter steckt, macht auch ein Inter-Mailand-Trikot an der Wand deutlich, auf dem die Nummer 88 prangt. In der Szene steht die Ziffer 8 für den achten Buchstaben des Alphabets, die 88 für »Heil Hitler«.

Dem Unbedarften erschließt sich nicht sofort, um wen und was es bei »Streetwear Tostedt« geht. Das gilt auch für den so hilfsbereiten Verkäufer und Inhaber. Stefan Silar wurde im Jahr 1992 vom Landgericht Stade zu sechs Jahren Haft verurteilt. Mit 19 Jahren

hatte er am Buxtehuder Busbahnhof mit einem weiteren Täter einen Mann erschlagen, der auf Hitler geschimpft hatte. Nach seiner Haftentlassung wurde Silar einer der

Anführer von »Blood & Honour«. Zu dem im Jahr 2000 verbotenen Netzwerk militanter Rechtsextremisten vermerkt der Bundesverfassungsschutz: »Die Organisation versucht, der Zersplitterung der Skinhead-Szene entgegenzuwirken und sie durch neonazistische Musik zu beeinflussen.«

Das Frotzeln über den jeweils anderen Fußballverein ist beendet. Ohnehin kam das Gespräch nur schleppend voran, zu sehr blockiert das Wissen um Silars Gewalttaten und extremistische Aktivitäten. Der wiederum widmet sich nun einem etwa 16-Jährigen. Offensichtlich ist der Jugendliche zum »Abhängen« gekommen, kaufen jedenfalls will er nichts. Die beiden unterhalten sich. »Na, hast du gestern auf die Fresse bekommen?«, fragt Silar. Mehr ist nicht zu verstehen, den Rest des Gespräches übertönt die Musik, die aus Gegröle und brachialem Bearbeiten von Schlagzeug und elektrischen Gitarren besteht. Die passenden T-Shirts »Terroristen mit E-Gitarre – Braune Musik Fraktion« gibt es hier von der Stange.

»Terroristen mit E-Gitarre« nannten sich die »Musiker« der Neonazi-Kultband »Landser«. »Landser« wurde im Jahr 2001 als kriminelle Vereinigung verboten. Ihr

ehemaliger Sänger Michael Regener alias »Luni« verbüßt derzeit eine mehrjährige Haftstrafe, unter anderem wegen Volksverhetzung. Seinem einsitzenden »Blood & Honour«-Kumpanen scheint Silar verbunden, ein Plakat im Ladeninneren fordert »Freiheit für Luni«.

Käme »Luni« Anfang 2008 frei, könnte er in Silar einen Auftraggeber finden. Silar ist laut niedersächsischem Verfassungsschutz »immer wieder als einer der bedeutenderen Veranstalter von Rechtsrockkonzerten in Erscheinung getreten«. Schon deshalb nehme man »seine Aktivitäten aufmerksam zur Kenntnis«, erklärt Behördensprecherin Maren Brandenburger.

Im Sortiment des Tostedters: das bei Rechtsextremisten beliebte Label »Thor Steinar«.



Für den Hausgebrauch solcher Musik verkauft Silar eine Reihe CDs, die direkt neben der Kasse stehen. Eine Liste der Silberlinge enthält der Internetshop von »Streetwear Tostedt«. Bands wie »Kommando Skin« und »Gigi und die braunen Stadtmusikanten« oder Albentitel wie »Eine Prise Terror« und »Weiß und rein« lassen keinen Zweifel am tonangebenden Programm – mit dem sich offensichtlich Geld verdienen lässt: Silars Laden existiert nun schon seit zwei Jahren. Doch »Streetwear Tostedt« habe über den kommerziellen Gesichtspunkt hinaus Bedeutung, sagt Brandenbur-



Alles andere als unverfänglich: Shirts, die für »Combat 18« werben.

ger, etwa als »gewisse Kommunikationsplattform«.

Tatsächlich bietet das Geschäft ideale Bedingungen, um sich ungestört auszutauschen. In die Abgeschiedenheit des 3200 Einwohner zählenden Ortsteils Todtglüsing verirrt sich nur der Kunde, der den Kontakt sucht, sich über den Laden informiert hat und das spezielle Sortiment nachfragt. Silar kann in einem legalen, öffentlichen und doch diskreten Rahmen seine Verbindungen zu Gesinnungsgenossen pflegen. »Streetwear Tostedt« bildet einen Anlaufpunkt, der Struktur und Organisation der rechten Szene zugute kommen dürfte.

Inzwischen hat sich die Kundschaft mit dem Wunsch nach einem »möglichst unverfänglichen« T-Shirt für zwei überaus verfängliche entschieden. Silar ist verwundert. Auf eines der Hemden ist »Combat 18 – Parcel Service« und ein Paket mit Dynamitstangen gedruckt. »Combat 18« wurde als bewaffneter Arm von »Blood &

Honour« gegründet und in England für mehrere Anschläge verantwortlich gemacht – verübt unter anderem mit Briefbomben. Für eine deutsche Combat-18-Gruppe soll Silar abtrünnige »Blood & Honour«-Mitglieder abgestraft und dafür eine Verurteilung wegen Körperverletzung bekommen haben.

Ohne ins Detail zu gehen, weist Silar seine scheinbar unbedarfte Kundschaft fast fürsorglich auf die »Verfänglichkeit« des

Braune Ware aus dem »Weltnetz«: Silar preist seine Artikel auch online an.



T-Shirts hin. Vermutlich werde »Combat 18« bald verboten, deshalb werde er diese Shirts auch nicht mehr nachbestellen. Auf dem zweiten Hemd sind Soldaten bei einer nationalsozialistischen Massenkundgebung zu sehen. Na ja, meint Silar, dazu und zum Aufdruck »Ein Volk... sein Reich!« brauche er ja wohl nichts zu sagen.

Der Kunde besteht auf seiner Wahl, 30 Euro wandern über den Tresen. Erleichtert geht es zum Ausgang. Da ruft Silar: »Kann ich noch mal was sehen?« Schlagartig steigt ein ungutes Gefühl auf, die Schritte zurück zur Kasse sind zögerlich. Fliegt der Testkauf auf? Nein. Der Geschäftsmann hat nur vergessen, die Größen der verkauften T-Shirts zu notieren. Denn Ordnung muss sein. |

Alles andere als ein freundlicher Verkäufer: Stefan Silar nimmt 2007 an einer illegalen NPD-Demonstration in Oldenburg teil und wird in Gewahrsam genommen.



Braune Geschäfte

Auf Einkaufstour durch Niedersachsen

Braune Mode für jedermann. Nicht nur Neonazis verkaufen szenetypische Bekleidung. Auch herkömmliche »Armycenter« oder »Militaryshops« handeln mit braunen Modemarken und NS-Devotionalien. In Niedersachsen ist es ganz einfach, sich szenemäßig einzukleiden.

Björn S. ist Geschäftsmann. Er nennt sich »waschechter Kapitalist«. In seinem »Armycenter« in Zeven verkauft er alles, womit er Geld machen kann: von herkömmlicher Freizeit- und Berufsbekleidung, Camping- und Outdoor-Zubehör über Bundeswehr- und Armeekleidung bis zu Messern und diversen »Accessoires«.

Neben einer Reihe herkömmlicher Marken finden sich in seinem Sortiment auch in der rechten Szene einige beliebte Labels wie »Thor Steinar«, »Lonsdale« und »Fred Perry«, es gibt Aufnäher mit den Schriftzügen »Skingirl«, »Skinhead«, »Odins Volk« oder der Neonazi-Kultband »Skrewdriver«. Der Geschäftsmann weiß sehr genau, wer die Artikel gerne kauft. Angesprochen auf den Absatz dieser Artikel

räumt er ein, dass die meisten von »Leuten aus der Szene« gekauft werden. Ihm ist das egal – solange die Kasse stimmt.

Knapp 60 Kilometer weiter südöstlich wird man im »Militariashop« in Soltau fündig. In dem Geschäft und über einen Online-Versandhandel werden historische Militaria aller Art angeboten – darunter Orden, Abzeichen und Uniformen aus der Zeit des NS-Regimes. Es gibt auch Uniformen von Hitlers Waffen-SS. Nachgemacht oder original.

Für die Devotionalien mit Kultstatus in der braunen Szene muss man tief in die Tasche greifen. Allein eine original Anzughose kostet mehrere hundert Euro. Obwohl laut Betreiber vornehmlich Theater- und Filmproduktionen auf den Fundus zurückgreifen, lässt er zweifellos auch rechte Sammlerherzen höherschlagen. Das ist den Angestellten offenbar völlig klar. Der Verkäufer jedenfalls klärt **die Kunden gerne auf: In den eigenen vier Wänden dürfe man ein ganzes Zimmer voll mit solch »historischen Stücken« haben und »sogar Rechtsrock hören«, ohne sich strafbar zu machen.**

»Unpolitische« Läden wie diese sind profitorientiert. Wer die Sachen kauft, ist den Inhabern gleichgültig. Es gibt in Niedersachsen allerdings auch Geschäfte anderer Qualität – mit guten Verbindungen in die organisierte rechtsextreme Szene. 20 Kilometer östlich von Soltau stößt man in

Munsters Fußgängerzone gleich auf zwei dieser Sorte. Das Tattoo- und Piercingstudio »Bulletproof« mit dem angeschlossenen Militarygeschäft »Dezentral«. Geleitet werden die beiden Läden unter anderem von Hannes K. Er soll dem in Deutschland im Jahr 2000 verbotenen Neonazi-Netzwerk »Blood & Honour« angehört haben.

Offen liegen im Tattooshop Fotoalben mit Bildern der gestochenen Arbeiten und Tattovorlagen zur Ansicht aus. Indi-

Ein Faible für Waffen und Uniformen haben nicht nur Militärfans, auch viele Neonazis teilen diese Leidenschaft.



zien für die Szeneverbindung der Betreiber sind nicht nur die tätowierten heidnischen Götter, germanische Runensymbole oder Bilder von Wehrmachtssoldaten. Eine Mustervorlage ist ein Ausdruck aus dem Internetauftritt der neonazistischen Kameradschaft »Snevern Jungs«. Als Piercer bei »Bulletproof« arbeitet Marcel U. Er soll Verbindungen ins Kampfsportmilieu pflegen. »Fight Nights« mögen nicht nur Kampfsportfanatiker, sie sind auch bei Neonazis beliebt.

Der benachbarte Armyshop »Dezentral« versteht sich als »Der spezielle Laden – für spezielle Ausrüstung« und hat nach eigenen Angaben Ausrüstung »von Soldaten für Soldaten«. Mehr noch: Unter dem Titel »Combat and Survival School« und »Warrior Survival School« bietet der Inhaber neben Überlebenstrainings auch Ausbildungen zum Scharfschützen an. In der Garnisonsstadt soll das offenkundig vor allem Soldaten ansprechen. Aber Mitarbeiter des Armyshops beteiligten sich auch schon an »Wehrsportübungen«, an denen auch Neonazis Interesse zeigten.

Ähnlich wie in Munster wird auch in Seesen die rechte Gesinnung in »Pit's Tattoo«-Studio nicht nur in die Haut gestochen. Über das integrierte Ladengeschäft und den Onlineshop namens »Ragnarök«



Rechtes vom Grabbeltisch: Zu einem guten Teil finanziert sich die Szene durch Merchandising.

verkauft Inhaber Thomas W. zudem rechte Mode. Die Internetseite des Tätowierers ist mit dem Internetshop verlinkt. Darauf ist der Hinweis auf einen zweiten Laden gleichen Namens – im sachsen-anhaltinischen Halberstadt. Dort haben im Sommer 2007 mehrere einschlägig bekannte Neonazis eine Gruppe Schauspieler krankenhaureif geschlagen.

Neben dem eindeutigen Neonazilabel »Hate Hate«, bei dem die Anfangsbuchstaben als Code für »Heil Hitler« gelten, bietet der Inhaber unter anderem Mode

Brauner Geschäftsmann: Marc S. marschiert bei zahlreichen Neonazi-Aufmärschen mit.



des niedersächsischen Labels »Max H8« an. Der Name bedeutet »Maximum Hate« – maximaler Hass. Zugleich verschlüsselt »H8« die Ziffer 88, die in der Szene ebenfalls für »Heil Hitler« steht.

Inhaber der »Textilfirma« ist Marc S. aus Cremlingen bei Braunschweig, der Mode »made in Niedersachsen« produziert und über einen Versandhandel vertreibt. Er bekannte sich in einem Interview für die rechtsextreme Kampagne »Schöner leben mit Naziläden« offen zu seiner Gesinnung. Seine Ware verkauft er mit Hilfe niedersächsischer »Geschäftsmänner« – und via Internet weit über die Landesgrenzen hinaus. Damit ist die braune Mode nicht nur in Niedersachsen angekommen, mittlerweile wird sie hier auch produziert. |

Keine Lust auf Abwaschen

Lara war ein Jahr lang in einer rechten Clique

Man sieht es ihr nicht an. Lara* war ein Jahr lang in einer rechten Clique. Sie ist 18 und stammt aus einem Dorf in Niedersachsen. Keines der gängigen Klischees trifft auf sie zu – im Gegenteil. Mit ihren gefärbten Haaren, ihrem Piercing und den großen Ohrringen könnte sie auch als jemand durchgehen, der eine Partei links der SPD wählt.

»Wir sahen alle ganz normal aus«, berichtet sie. »Keiner hatte kurze Haare oder so.« Auch beim Thema Mutterkult, das für viele rechte Frauenorganisationen eine große Rolle spielt, zuckt sie mit den Schultern. »Das gibt es, ja«, sagt sie, »aber ich hab nur ganz gewöhnliche Mädels kennen gelernt, die auf Partys gingen und einfach ihren Spaß haben wollten.«

* Neben dem Namen hat die Redaktion zum Schutz der jungen Frau Details ihrer Biografie verändert, die nicht sinnentstellend sind.



Ohne Fahne »ganz normal«: Gerade vielen jungen Frauen sieht man ihre rechtsextreme Gesinnung nicht an.

Dabei war ihr Einstieg in die rechte Szene eher der lange Zeit übliche. Noch in den 1990er Jahren gingen Rechtsextremismusexperten davon aus, dass die meisten Mädchen wegen ihres bereits rechts orientierten Partners zum ersten Mal Kontakt zur Szene bekommen. »Das ist das Klischee«, bestätigt die Pädagogin und Rechtsextremismusexpertin Renate Feldmann. »Doch in Wahrheit sind es auch oft Geschwister oder Freunde, die zum Einstieg führen.«

Genau betrachtet ist bei Lara beides richtig. Vor zwei Jahren besuchte sie mit einem ihrer Freunde eine Party. Die Mädchen und Jungen, die sie bis dahin kannte, hatten zwar auch zuvor »teilweise rechte Ansichten, doch keiner von ihnen war poli-

tisch«. Auf der Party lernte Lara eine rechte Clique aus Bremen kennen. In einen der Bremer verliebte sie sich. Von nun an nahm sie an Demonstrationen teil, besuchte das »Pressefest« der NPD-Postille »Deutsche Stimme«. Auf dem alljährlichen Großereignis der Szene gibt es Rechtsrockkonzerte, Infostände und jede Menge Szenepartikel. Lara verteilte auch Aufkleber und Flugblätter. Auch ihre Freunde orientierten sich nun mehr und mehr an den Bremern.

Auch andere Erfahrungen, die Lara gemacht hat, entsprechen Klischees. So die zahlenmäßige Überlegenheit der Männer, Kenner der Szene sprechen von 80 Prozent männlichen Anhängern. **Auch dass die Männer politisch »engagierter«**

seien als die Frauen, bestätigt Lara. Trotzdem wurde Lara bald tonangebend – allerdings nur daheim in ihrer Dorfclique und nicht bei den Bremern. »Es war eine Zeit lang so, dass alle gemacht haben, was ich wollte. Und ich habe immer gemacht, was die wollten.«

Dass ein Mädchen in einer rechten Clique das Sagen hat, ist eher ungewöhnlich. Zwar nehmen viele Männer »das große Potenzial der Frauen« wahr, erklärt Renate Feldmann. »Sie wissen, dass die Frauen eine wichtige Rolle spielen, weil die Szene durch sie stärker wird.« Die Journalistin Alexandra Frank schreibt, Frauen würden bei Veranstaltungen auch bewusst nach vorn gestellt, »weil sie sympathisch aussehen und deeskalierend wirken«. Auch Lara hat rasch festgestellt, dass ihre »Kameraden« sie und ihre weiblichen Kolleginnen gerne vorschickten, wenn es ums Flugblattverteilen ging. »Die haben gesagt, zieht euch einen Minirock an und tragt ein tiefes Dekolletee, das kommt besser an.«

Laras Erfahrung verrät viel über das wahre Frauenbild vieler rechter Männer, vor allem in der Szene der neonazistischen »Kameradschaften«. Sie und ihre Freundinnen seien »bei den Bremern schon eher als Sexobjekt angesehen« worden, berichtet sie. Das Frauenbild spiegelt auch der Rechtsrock wider, so singt die rechte



Unter Machos: Viele Männer in der Szene sehen Frauen nicht als gleichberechtigt an.

Skinhead-Band »Kruppstahl«: »Reene, oh Reene, hast du heute Zeit für mich? Komm vorbei, dann fick ich dich.« Renees ist ein Szenebegriff für weibliche Skinheads.

Feldmann bestätigt die Sexualisierung von Frauen in der »braunen Subkultur«: »In den Liedtexten, die von Männern gemacht wurden, tauchen Frauen überwiegend als Sexobjekte auf.« Frauenbands der rechten Szene texten ganz anders: »Da ist von gleichberechtigten »Kameradinnen« die Rede«, sagt Renate Feldmann.

Als gleichberechtigte »Kameradin« wurde Lara lediglich in ihrer Dorfclique angesehen. Von den Bremern habe sie des öfteren »geh abwaschen« oder »mach was zu essen« zu hören bekommen, erzählt Lara. Sie sei aber selbstbewusst genug gewesen, sich nichts vorschreiben zu lassen. »Mach dir doch selbst was zu essen«, habe sie dann gesagt.

Ihre Eigenständigkeit und ihre Selbstsicherheit haben nicht alle gern gesehen. Bei einer Demonstration habe sie einmal ein Journalist angesprochen, berichtet sie. »Bevor ich den Mund aufmachen konnte, hat mich ein »Kamerad« zur

Seite gerissen. »Du redest mit niemandem«, hat er mir gesagt.« Erniedrigende Szenen weiß sie auch von einer Party zu erzählen, auf der sie mit Bremer »Kameraden« war. »Das Mädchen, das wir besuchten, war nicht sonderlich beliebt. Einer der Männer hat ihr auf die Zahnbürste gepinkelt und in den Kleiderschrank gekotzt.«

Lara hat ein für alle mal genug von der Szene. Vor einem Jahr hat sie den Kontakt abgebrochen. »Ich habe nachgedacht«, sagt sie. »Seit ich in der Ausbildung bin, bin ich nicht mehr dabei.«

Ihre selbstständige Art entsprach ohnehin nicht dem Frauenbild, das viele ihrer »Kameraden« vertraten. Anonym bleiben will sie dennoch. Das habe allerdings nichts mit mangelndem Selbstbewusstsein zu tun. »Ich weiß nicht, ob die mir was tun würden.« Und darauf will sie es nicht ankommen lassen. |

»Karriere« nicht ausgeschlossen

Die Szene will sich mit Frauen schmücken

Der Heimat nur am Herd zu dienen, das war einmal. Für ihr großes Ziel einer »nationalen Revolution« lassen die Neonazis auch Frauen mitmachen. Rechts-extreme Frauenorganisationen versprechen eine politische »Karriere«.

»Es ist Zeit, dass die Frau sich gegen die Emanzen absetzt und ihre natürlichen und geistigen Bedürfnisse in Einklang bringt«, heißt es blumig in dem Artikel »Was sind eigentlich Emanzen?« auf der Homepage der rechtsextremen »Gemeinschaft Deutscher Frauen« (GDF). Die mitgliederstärkste Frauenorganisation in der braunen Szene gilt auch als die aktivste. Sie wurde 2001 als Nachfolgeorganisation des »Skingirl Freundeskreis Deutschland« (SFD) gegründet und zieht vor allem jene rechten Frauen an, die politisches Engagement mit der traditionellen Mutterrolle verknüpfen wollen.

Die Pädagogin Renate Feldmann und die Politikwissenschaftlerin Renate Bitzan beschäftigen sich seit vielen Jahren mit dem Thema Rechtsextremismus und Frauen. Sie

sind sich einig: »Am Thema Mütterlichkeit kommen die rechten Frauenorganisationen nicht vorbei.« Viele Frauen sehen die Mutterrolle als zentral an, und diese Rolle stehe in ihrer Bedeutung den Aufgaben der Männer in nichts nach. In dem Artikel »Stellung der Frau« im Internetauftritt der GDF heißt es: »Mann und Frau sind eine sich ergänzende Einheit. Wo sie zusammen wirken, gedeihen die Sippe und das Volk.«

Dennoch hat sich die Szene verändert. »Sie entwickelt sich weiter – und das schlägt sich in vielen Angeboten nieder«, sagt Renate Bitzan. Mädchen können bei »Mädelringen« und der »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ) mitmachen – da geht es völkisch zu. Die Älteren will die GDF anlocken. »Sie geht in eine ähnliche Richtung, aber Stereotype treten nicht so

Sie kann auch anders: Bei einem Neonazi-Aufmarsch trat Ricarda Riefling als Hetzrednerin auf.



stark auf«, erläutert Bitzan. In der GDF gebe man sich unauffälliger und bürgerlicher. Die Frauen sind in Regionalgruppen aufgeteilt. Auf ihrer Internetseite nennen sie sich etwas »Besonderes«. Die »freiwillige Unterordnung unter die Gemeinschaft und das Volk« sei die zentrale Aufgabe der Frauen. Dazu kommt der Erziehungsauftrag. Seine Bedeutung spiegelt sich auf der Kinderseite der GDF wider, der »Zwergenpost«.

Um die Mutterrolle geht es auch im rechtsextremen »Ring Nationaler Frauen« (RNF). Stella Palau, RNF-Sprecherin und NPD-Bundesvorstandsmitglied, schreibt im Februar 2006 in der NPD-Postille »Deutsche Stimme«, wichtig seien ihr die »altbewährten Werte« des deutschen Volkes. Der RNF wurde 2006 als Frauenorganisation der NPD gegründet und will ein »parteiübergreifender Dachverband für nationale Frauen« sein.

»Die machen auf den ersten Blick einen bürgerlichen Eindruck, wählen eher seriöse Politikformen und würden nicht unbedingt im Trachtenlook rumlaufen«, erläutert Bitzan.

So versteht auch RNF-Frau Ricarda Riefling aus Coppingrave bei Hildesheim ihr Engagement. Die Mutter zweier Kinder ist die Noch-Ehefrau des »Kameradschaftsanführers« Dieter Riefling. Die Mittzwanzigerin ist eine der führenden rechtsextremen



Neonazistinnen im Trachtenlook: Der rechtsextreme »Ring Nationaler Frauen« macht auf bürgerlich.

Aktivistinnen Niedersachsens. Auf den ersten Blick merkt man der mädchenhaften, zierlichen Frau nicht an, dass sie zum braunen Kader gehört. Ganz bürgerlich war sie im Sportverein TSV Coppingrave als stellvertretende Leiterin der Schwimmsparte tätig. Ihr anderes Gesicht zeigte sie unter anderem bei einem NPD-Aufmarsch in Bad Nenndorf, auf dem sie eine Hetzrede hielt.

Sie selbst nennt sich eine »aufgeschlossene und engagierte Mutter«, für die »Themen wie Familie, Bildung und Umweltschutz sehr wichtig« seien. Frauen- und familienpolitisch mitzumischen, sei das Ziel, erklärt auch die RNF-Vorsitzende Gita Schüssler, NPD-Landtagsabgeordnete in Sachsen. 130 bis 150 aktive Mitglieder gebe es. »So genau lässt sich das nicht beziffern, denn wir haben keine Mitgliedsbeiträge. Wir wollen die Hemmschwelle bewusst niedrig halten, um so viele national eingestellte Frauen wie möglich anzusprechen, die bisher noch davor zurückschrecken, in die Partei einzutreten«, wirbt Schüssler für die braune Organisation. Die Frauen im RNF seien »durchschnittliche Frauen mit durchschnittlichen Biografien«. Der RNF wünsche, dass Mutterschaft gesellschaft-

liche Wertschätzung erfahre. Mit Feminismus habe das nichts zu tun, meint Schüssler, jede Frau sei willkommen.

Diese Öffnung der Szene hat auch Expertin Feldmann beobachtet.

»Es gibt zwar den Trend in Richtung Mutterrolle, dennoch wird immer wieder betont, dass jede mitmachen kann.« Daher greifen bestimmte Klischees nicht mehr. Natürlich gebe es noch Skingirls mit kahlasierem Schädel und Stirnfransen.

Auch völkische Frauen, die sich gerne – im Stil von Adolf Hitlers »Bund Deutscher Mädel« – in lange blaue Röcken und weiße Blusen kleiden, sind noch vertreten. Andere Stereotype seien Mädchen mit langen blonden Haaren an der Seite des Mannes oder jene Frauen, die germanische Trachten tragen. Feldmann: »Aber viele rechte Frauen sind äußerlich nicht mehr als solche zu erkennen.«

Rechtsextremismus dürfe nicht mehr als allein männlich dominiertes Terrain gesehen werden, sagt Feldmann. Manche Anführerinnen seien in der Szene Vorbilder geworden – weil sie sich trauen, öffentlich Position zu beziehen und Tabus zu brechen sagt Renate Bitzan: »Es ist etwas anderes, ob eine jüngere, gebildete, seriöse Frau etwas sagt oder ein alter Mann.« Das hätten auch männliche Anführer der Szene erkannt, die Frauen gerne mal ans Rednerpult lassen, weil sie »sympathischer« wirkten. Dennoch drängten die Frauen vor allem aus eigenem Antrieb in die Szene, berichtet Renate Feldmann.

Sicher ist: Die Frauen verändern die Szene. Waren sie einst für viele rechte Männer der Grund zum Ausstieg, tragen sie nun zur Stabilisierung der Strukturen bei. Denn wer innerhalb der Szene sein »Familienglück« findet, muss nicht mehr außerhalb danach suchen.

Über den Frauenanteil in der NPD gibt es unterschiedliche Angaben. Mal ist von 15, mal von 22, mal von 27 Prozent die Rede. Was Frauen an der braunen Szene attraktiv finden, ist schwer zu sagen. Geschlechtsspezifische Gründe scheinen eine untergeordnete Rolle zu spielen. Denkbar ist, dass die Frauen in den Organisationen rasch eine politische »Karriere« machen können. Hinzu kommen die Wünsche nach Macht und Gruppenzusammenhalt. Mit nach Expertenmeinung 80 Prozent bleibt die Szene zwar von Männern dominiert, aber in ihren Nischen machten dort auch Frauen »Karriere«. Denn der Heimat nur am Herd zu dienen, das war einmal. |

Kindheit in Braun

Ulrike wurde in die Neonazi-Szene hineingeboren

Sie war sieben Jahre alt, als sie mit ihrem ein Jahr älteren Bruder zum ersten Mal in ein Zeltlager fuhr. Als ihre Mutter Ulrike fünf Tage später abholte, weinte das Kind. »Mama, da will ich nie wieder hin.«

Morgens um viertel vor sechs hatten Trompeten die Kinder geweckt. Punkt sechs war »Morgenappell«. Antreten in Reih und Glied, die Mädchen links, die Jungen rechts. Morgenlauf, Liegestütze, Kniebeugen, danach waschen, umziehen, frühstücken. Der Ton der »Betreuer« war streng und zackig. Wer aus der Reihe tanzte, musste zusätzliche Liegestütze machen.

Wer mal übermütig »Heil Hitler« brüllte, wurde nicht bestraft. Schließlich war das Lager der rechtsextremistischen »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ) hochkonspirativ organisiert. In diesem entlegenen Winkel des Harzes hörte vermutlich kein Außenstehender die Kinder. Wenn doch, gab es ja noch die »Bewacher«. Junge Männer, die unter ihren Jacken Schlagstöcke trugen, »sicherten« Tag und Nacht das Lager.

Rund zehn Jahre ist das jetzt her. Ulrike war danach noch häufiger mit der HDJ unterwegs. Ihr Bruder brauchte dagegen nie wieder dahin – ihn wollten die HDJ-Kader um den Lüneburger NPD-Anführer Manfred Börm nicht mehr haben. Andreas ist geistig behindert. »Eine Katastrophe« habe Börm Andreas' HDJ-Aufenthalt genannt, erinnert die Mutter sich. Und dass sie »den bloß nie wieder herbringen soll«.

Ulrikes und Andreas' Mutter war lange Neonazi-Anführerin in Niedersachsen und Bremen. Vor eineinhalb Jahren ist Tanja Privenau* aus der Szene ausgestie-

gen. Nach 20 Jahren, in denen sie »Neonazi von Beruf« gewesen sei, räumt die 36-Jährige ein. Der Moment, als sie ihre Kinder aus dem HDJ-Zeltlager abholte, sei einer der wenigen gewesen, in denen sie schon damals an der eigenen braunen Gesinnung gezweifelt habe.

»Ich weiß noch, wie wütend ich war«, sagt die Mutter von fünf Kindern. »Ich dachte, ihr Schweine, am liebsten würdet ihr den Jungen vergasen.« Seit dem Aus-

Völkisch verbrämt: Die »Heimattreue Deutsche Jugend« schwört Kinder und Jugendliche auf den Neonazismus ein.



stieg musste die Familie bereits mehrmals umziehen, zu hoch war der Verfolgungsdruck

der einstigen »Kameraden«, zu hoch waren auch die bürokratischen Hürden, die sich vor der Familie auftürmten.

Ulrike sieht aus wie viele Mädchen mit 17. Sie trägt gerne verwaschene Jeans, enge T-Shirts und angesagte Turnschuhe. Sie liest viel, hört Musik und geht mit Freundinnen aus. Vor dem Ausstieg durfte sie nicht einmal Radio hören. Jeans waren tabu, Hosen generell bei Mädchen nicht gerne gesehen. »Das war oft peinlich«, erinnert Ulrike sich. »Im Trachtenrock zur Schule.«

»Dass du mir keinen Türken oder Neger anschleppst«, sagte ihre Mutter. Immerhin konnte sie mit der überhaupt diskutieren. Anders als mit ihrem Stiefvater. Der Bremer NPD-Aktivist Markus Privenau duldet keinen Widerspruch und keine Diskussion. »Er hat mich mal zusammengebrüllt, weil ich das Klavierstück eines jüdischen Komponisten üben wollte.« In der nächsten Klavierstunde belog Ulrike ihren Lehrer. Sie möge das Stück nicht, daher habe sie nicht geübt. »Die Wahrheit durfte ich ja nicht sagen.«

Eine Kindheit in Braun bedeutet, in zwei Welten zu leben. Den Zwiespalt kennt Ulrike, »seit ich denken kann«. Schon in der Grundschule lernte sie, dass es Dinge gab, die sie verschweigen musste. Jedenfalls vor bestimmten Leuten. Vor anderen nicht: Die meisten Freunde der Familie waren Rechts-extremisten. So gingen Tanja Privenau und ihre Kinder jahrelang bei den Börms in

Lüneburg ein und aus, erzählt Ulrike. Auch mit Udo Pastörs' Tochter hat sie viel Zeit verbracht. Pastörs sitzt heute für die NPD im Schweriner Landtag. Bevor es ihn nach Mecklenburg-Vorpommern zog, lebte er mit seiner Familie im Ammerland.

Auf dem Foto strahlt Ulrike mit ihren Freundinnen um die Wette. Da war sie zwölf Jahre alt, es war ihr letztes HDJ-Lager. Alle Mädchen trugen weiße Blusen zu langen dunkelblauen Röcken. Das war so gewünscht bei der HDJ. Die Kleidung erinnert an die Uniformen von Hitlers »Bund Deutscher Mädel« (BDM), besonders wenn die Mädchen dazu auch noch ihre schwarzen Halstücher trugen. Hart sollten die Mädchen werden, deshalb blieben Strumpfhosen auch im Winter verpönt.

Selbst mehrtägige Wanderungen, bei denen die Kinder ihre Zelte abends auf- und

morgens wieder abbauten, absolvierten Ulrike und ihre Freundinnen in Röcken. Abends machten sie sich am Lagerfeuer ihr Essen und sangen zur Gitarre. Den Tag über marschierten sie im Takt, den Trommeln vorgaben. Bei der HDJ klangen die Tage aus, wie sie begannen: Trompeten befohlen die Nachtruhe.

Ulrikes Mutter war als Jugendliche in der »Wiking-Jugend« aktiv. Die Organisation verstand sich als Nachfolgerin der Hitler-Jugend (HJ) und hat die Verherrlichung des Nationalsozialismus zu offensichtlich betrieben: 1994 hat das Bundesinnenministerium die »Wiking-Jugend« wegen ihrer »Wesensverwandtschaft mit der NSDAP und der Hitler-Jugend« verboten. »In den Lagern der »Wiking-Jugend« hatten wir Jacken mit Gau-Dreiecken«, erinnert sich Tanja Privenau. Während der NS-Zeit haben

Mehr als 150 Kinder und Jugendliche haben laut Verfassungsschutz an einem Zeltlager der HDJ nahe Eschede teilgenommen.



HJ'ler den »Gau«, aus dem sie stammten, von einem Dreieck umrahmt auf Armbinden getragen.

Für die Aussteigerin ist es »gar keine Frage«, dass die »Heimattreue Deutsche Jugend« die Aufgaben der »Wiking-Jugend« in der rechtsextremen Szene übernommen hat. »Je früher Kinder indoktriniert werden, desto wahrscheinlicher ist der ›Erfolg.« Deshalb nehme die HDJ bereits Kinder ab sieben Jahre auf.

Gebetet wurde nicht bei der HDJ. »Vor jeder Mahlzeit musste ein Kind einen ›Tischspruch‹ aufsagen«, sagt Ulrike. Gesammelt sind die Sprüche in HDJ-Publikationen wie »Tischsprüche für Heim, Fahrt und Lager«. In dem braun eingebundenen Büchlein finden sich – inmitten banaler Reime wie »Apfel rot und Apfel rund. Wer ihn ißt, der bleibt gesund« – eindeutige Anspielungen auf eine »germanisch-heidnische« Ersatzreligion. Die haben einst Pseudowissenschaftler im Auftrag des SS-Reichsführers Heinrich Himmler als Teil der nationalsozialistischen »Blut-und-Boden-Ideologie« ersonnen. Die »Tischsprüche« verherrlichen Krieg und Gewalt: »Neben dem Pflug führt das Schwert! Ernten kann nur, wer sich wehrt.« Es geht noch deutlicher: »Boden und Blut – heilig Gut!«

Freizeit gab es kaum im HDJ-Lager. »Allenfalls mal eine Stunde«, berichtet Ulrike. Viele Wettkämpfe wurden ausgetragen.



Vorbild für die rechtsextreme Jugend? Ein »Kameradschaftsanführer« im HDJ-Zeltlager.

Wer schwach war, hatte keine Chance. »Dass mein Bruder gehänselt wurde, war ich gewöhnt«, meint Ulrike. »Aber nicht so bössartig und hartnäckig wie bei der HDJ.« Die »Betreuer« hätten meistens weggeschaut. Standen weder Ausdauersport noch Wettkämpfe auf dem Programm, wurden die jüngeren Teilnehmer mit Basteln, Singen oder Tanzen beschäftigt, während die älteren zum »Unterricht« mussten. In Rhetorik zum Beispiel oder Menschenführung, Lagersicherheit oder Demonstrationsrecht.

Solcher Unterricht blieb Ulrike erspart. Mit zwölf Jahren setzte sie sich durch und brauchte nicht mehr zur HDJ. Aber ihr Leben blieb geteilt. Ihren Freundinnen durfte sie vieles von Zuhause nicht erzählen, genauso wenig deren Eltern, den Nachbarn oder Lehrern. »Warum, wusste ich nicht genau«, sagt Ulrike. »Nur, dass das mit Hitler zu tun hatte, und damit, dass meine Eltern anders über den dachten.« Manchmal hat sie sich auch verplappert. Zum Beispiel als es bei ihrer Freundin daheim Schoko- mit Vanillepudding gab,

habe sie das »Rassenschande« genannt – und sich anschließend auf die Zunge gebissen. »Klar, dass das niemand witzig fand.«

Die 17-Jährige führt zwei Jahre nach dem Ausstieg ihrer Mutter noch immer ein Doppelleben. Heute muss Ulrike sich mit ihrer Familie vor den ehemaligen »Kameraden« verstecken und darf auch Freunden und Lehrern nichts von ihrer Vergangenheit erzählen. »Ich muss immer noch aufpassen, was ich sage, aber die Gründe finde ich viel besser.« Am liebsten würde sie nach dem Abitur für eine Organisation arbeiten, die Aussteigern aus der rechten Szene hilft. |

* Zum Schutz Tanja Privenaus und ihrer Familie wurden Details ihrer Biografie verändert, die nicht sinntstellend sind.

Die rechtsextremistische »Heimattreue Deutsche Jugend« (HDJ) ist nahezu bundesweit aktiv. An fast jedem dritten Wochenende findet irgendwo in Deutschland ein »Jugendlager« der HDJ statt.

Auf der Internetseite heißt es: »Wir sind die aktive, volks- und heimattreue Jugendbewegung für alle deutschen Mädels und Jungen im Alter von sieben bis 25 Jahren.« Mit der deutschen Sprache allerdings hat auch diese rechtsextremistische Organisation so ihre Probleme – so heißt es weiter: »Jedes Jahr gibt es bei uns tolle Unternehmungen: von Sommerzeltlager bis Schwimmbadbesuchen und vielem mehr reicht die Palette.«

Was oberflächlich betrachtet als Freizeitorganisation daherkommt, ist in Wahrheit eine knallharte Kaderschmiede. Deren Ziele formuliert die verbandseigene Zeitschrift »Funkenflug« so: »Wir brauchen eine Jugend, die hart ist. Wir brauchen Kämpfer von fanatischer Besessenheit und zäher Ausdauer.« An anderer Stelle heißt es: »Wenn unsere Jugend wieder zur Bewegung werden soll, um einst das Ruder herum zu reißen, dann muss sie in die Mitte des Volkes hinein.«

Allein in Niedersachsen gab es 2007 mindestens zwei solcher »Jugendlager«: zu Pfingsten auf dem Gelände eines Bauernhofes in der Nähe von Eschede und wenig später ein weiteres nahe Georgsmarienhütte bei Osnabrück. Das Pfadfinderimage ist Tarnung: Fahnenappelle im Fackelschein stehen auf dem Programm, Kinder im Grundschulalter schwören der deutschen Wehrmacht und Angehörigen von Hitlers Kriegshelden die Treue. So zeigen interne Bilder einen nächtlichen Appell, bei dem im Fackelschein nach

»Kämpfer von fanatischer Besessenheit«

Die rechtsextremistische »Heimattreue Deutsche Jugend« drillt den Nachwuchs

Art der Fahnenweihe im »Dritten Reich« Minderjährige »vereidigt« werden.

Gerhard Bücken vom Landespräventionsrat Niedersachsen beobachtet die HDJ seit langem. »Ich kenne Aufnahmen von Lagern, bei denen auf Zelten Aufschriften wie »Führerbunker« und »Großdeutschland« zu lesen sind. Ich denke, das ist eine ziem-

lich eindeutige Sprache. Das ist die Sprache der Nationalsozialisten – und macht deutlich, wes Geistes Kind die Führungskräfte der HDJ sind.«

Wes Geistes Kind die HDJ-Führer sind, offenbart einer von ihnen ganz offen bei einer »Feier« in Brandenburg. Der 44 Jahre alte Aktivist Ralph Tegethoff ruft den Mitgliedern vor der Fahne der HDJ zu: »Dieses System hat keine Fehler – es ist ein Fehler. Und wir sind angetreten, es durch einen freien deutschen Volksstaat zu ersetzen.« Bestrebungen, einen Staat nach dem Vorbild des »Dritten Reiches« zu errichten, sind bei Strafe verboten – und damit auch Vereine, die solches im Schilde führen.

Neonazistische Aufbauarbeit: Anhänger der HDJ errichten Zelte.



Noch sind es nur einzelne, die sich für ein Verbot der HDJ stark machen. Zu ihnen gehört der Berliner Innensenator Erhard Körting (SPD). Er forderte, die Gruppierung zu untersagen, weil sie »ein Weltbild vertritt, das mit unserer freiheitlich, demokratischen Grundordnung in keiner Weise vereinbar ist, und weil sie neonazistische Tendenzen vertritt.«

Ähnlichen Organisationen wie der HDJ ist es so ergangen, zum Beispiel der »Wiking-Jugend« (WJ). Sie wurde 1952 als Nachfolgeorganisation der Hitler-Jugend gegründet. In ihrer Zeitschrift »Wikinger« propagierte die regional in »Gau« unterteilte Organisation eine rassistisch geprägte »Nordland-Ideologie«. 1994 verbot das Bundesinnenministerium die »Wiking-Jugend« wegen ihrer Wesensverwandtschaft mit NSDAP und Hitler-Jugend. »Auch die »Wiking-Jugend« hat mit uniformähnlichen Teilen und mit Maßnahmen gearbeitet, die die Abenteuerlust der Jugend wecken soll«, sagt Bückner vom Landespräventionsrat. »Und das ist nach ganz vielen Veröffentlichungen eben das, was die HDJ heute auch tut.« Im Erlass des Bundesinnenministeriums zum Verbot der »Wiking-Jugend« heißt es: »Es ist verboten, Ersatzorganisationen zu bilden.«

Nicht nur die Aktionen und das Erscheinungsbild der HDJ sprechen dafür,



Harmlose Jugendfreizeit? Die HDJ gilt als Kaderschmiede der Szene.

dass sie eine Nachfolgeorganisation der »Wiking-Jugend« ist, sondern auch die Tatsache, dass manch führender Kopf der WJ heute eine maßgebende Rolle bei der HDJ spielt. Wie der Bauunternehmer Manfred Börm aus Handorf bei Lüneburg. Das NPD-Bundesvorstandsmitglied Börm war »Gauführer Niedersachsen« der »Wiking-Jugend«. Wegen eines Überfalls auf ein NATO-Waffenlager verbüßte er eine lange Haftstrafe. Heute ist er in der HDJ-Einheit Niedersachsen aktiv. |

Scheinhinrichtung als Freizeitvergnügen

Schaut man in die Wohnzimmerschränke von Neonazis findet man vor allem eines: Bücher zum Thema Krieg und Waffen. Doch graue Theorie ist manchem Rechtsextremisten offenbar zu wenig. »Wehrsportübungen« erfreuen sich in der Szene großer Beliebtheit. Nicht nur Erwachsene, sondern auch Kinder und Jugendliche lassen sich durch teils martialische »Kriegsspiele« auf Gewalt und Militanz trimmen.

So auch in Wilsum im Juli 2006. In der Grafschaft Bentheim findet in jenem Sommer eine groß angelegte »Wehrsportübung« statt. Schon an der Zufahrtsstraße zum Zeltlager steht ein Wachtposten mit einem Schlagstock. Über ein Feldtelefon hält er Kontakt mit dem »Hauptquartier«. Sollten unerwünschte Besucher auftauchen, würde er vermutlich die »Kameraden« informieren und Unterstützung aus dem Lager anfordern. »Das Leben ist Kampf« heißt das Motto des Treffens. Es ist ein »nationales Jugendlager«, zu dem Neonazis aus den Regionen Vechta, Osnabrück und dem Münsterland eingeladen haben. Nur die Szene weiß davon – warum, wird schnell deutlich: Schriftzüge und Wegweiser huldigen in aller Deutlichkeit dem NS-Regime.

So prangt auf vielen Zelten der Schriftzug »Hitler-Jugend«. Andere Zelte tragen die Bezeichnung »Leibstandarte« – benannt nach einer Einheit der SS, die Hitler besonders treu ergeben war. Im Zentrum

Beim »Wehrsport« lassen Neonazis schon mal jede Maske fallen

des Quartiers ist ein Zelt mit der Aufschrift »Führerhauptquartier« aufgebaut. Hier weht die schwarz-weiß-rote Reichskriegsflagge. In unmittelbarer Nähe steht ein Fass mit der Aufschrift »Entlausungsmittel«. Die Anspielung ist besonders perfide – mit dem Entlausungsmittel »Zyklon B« wurden in den Gaskammern der Konzentrationslager Millionen Menschen ermordet.

Die Beschriftungen sind Programm. Die etwa 25 Teilnehmer des Lagers sollen »eintauchen« in die rechte Erlebniswelt, deren Vorbild die Jugendarbeit des »Dritten Reiches« ist. Dazu gehören auch die paramilitärischen Übungen: In einem nahen Waldstück werden Erdbunker und Trittfallen ausgehoben, in der »AG Luftgewehr« der Umgang mit Schusswaffen gelehrt. Die besten Schützen erhalten Urkunden. Auf denen wird deutlich, wo für die Neonazis »der Feind« steht: Die Urkunden zeigen antisemitische Karikaturen.

Am späten Nachmittag steht militärischer Drill an: Die Teilnehmer treten

Brauner Humor? Offenbar zum Vergnügen stellen junge Neonazis Hinrichtungen nach.





Schilder zeigen deutlich, in welcher Tradition sich die »Wehrsportler« um Christian Fischer sehen.



Führungsfigur: Der NPD-Landtagskandidat Christian Fischer aus Vechta soll für die HDJ Zeltlager organisieren.



Antreten in Reih und Glied: Paramilitärischer Drill ist angesagt.

in Zweierreihen an, einige brüllen Parolen. »Nachtübungen« runden das Programm ab, vereinzelt wird dabei im Schutz der Dunkelheit mit Leuchtpurmunition geschossen um Angriffe auf das Lager zu simulieren. Als »Freizeitausgleich« stellen die »Camper« Hinrichtungen nach – und täuschen für Fotos Enthauptungen mit Macheten vor.

Zu den Führungsfiguren des Sommerlagers 2006 gehört der Neonazi Christian Fischer aus Vechta. Als Organisator begrüßt er die Teilnehmer, die zwischen 16 und 48 Jahre alt sind, unter ihnen sind auch zwei junge Frauen. Fischer gilt in der Szene als Militärfan und Waffennarr.

Das Lager in Wilsum ist nicht das erste »Wehrsportlager«, das Fischer organisiert haben soll. Seit Jahren ist er Mitglied der rechtsextremistischen »Heimattreuen deutschen Jugend« (HDJ), die bundesweit »Zeltfahrten« veranstaltet. Hier werden Kinder und ganze Familien an Ideologie und Lebensentwürfe der Neonazis herangeführt. Bei so genannten »Pimpfenlagern«, benannt nach der NS-Nachwuchsorganisa-

tion für die Jüngsten im »Dritten Reich«, ist Fischer regelmäßig als Betreuer tätig.

Vor einigen Jahren hat Fischer die neonazistische »Kameradschaft Freie Nationalisten Vechta« mitgegründet. Und auch auf Bundesebene ist er aktiv – als Mitglied der zwielichtigen Einsatztruppe der NPD, den die Partei »Bundesordnerdienst« nennt.

Fischers Sommerlager im Juli 2006 in der Grafschaft Bentheim beschäftigt neun Monate später Polizei und Staatsanwaltschaft: Es gibt eine Razzia mit Hausdurchsuchungen bei allen Teilnehmern. Zuvor hatten Ermittler Fotos von dem Sommerlager gefunden. Bei der Razzia stellen die Beamten

ein ganzes Waffenarsenal sicher: ein Kleinkalibergewehr, Pistolen, Luftgewehre, eine Panzerfaust und Munition für Maschinengewehre. Dazu Softairwaffen, Macheten, Wurfsterne, Baseballschläger, Schlagringe, Totschläger, eine Armbrust, mehrere Stahlhelme und ein Abzeichen der SS-Totenkopfverbände.

Einige der Waffen unterliegen dem Kriegswaffenkontrollgesetz. Verstöße können mit Haftstrafen zwischen einem

und fünf Jahren geahndet werden. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Bildung einer bewaffneten Gruppe und Verstößen gegen das Waffengesetz. Drei Monate nach der ersten Razzia folgt im Juli 2007 eine weitere. In den Landkreisen Steinfurt und Osnabrück suchen die Polizeibeamten nach einer Rohrbombe, nachdem sie zuvor Bauanleitungen entdeckt hatten.

Der niedersächsische NPD-Spitzenkandidat Andreas Molau hat zu Beginn seines Wahlkampfes Mitte September 2007 erklärt, er werde keine Gewalttäter unter den NPD-Kandidaten dulden. Zur niedersächsischen Landtagswahl am 27. Januar 2008 steht Christian Fischer auf Platz 18. |

Schläge von rechts

Seit der Wende sind in der Bundesrepublik Deutschland durch rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten 136 Menschen gestorben. »Rechte Gewalt ist ein Problem, das uns alle angeht«, sagt Uwe Karsten Heye, Vorsitzender der Aktion »Gesicht zeigen« und ehemaliger Regierungssprecher.

Heye hat 2006 den Begriff »No-Go-Areas« geprägt. So bezeichnete er Gegenden, die Menschen ausländischen Aussehens besser nicht betreten – weil sie dort um ihre Gesundheit oder gar um ihr Leben fürchten müssen. Ausgerechnet zur Fußballweltmeisterschaft – unter dem Motto »Zu Gast bei Freunden« – hatte Heye damit eine Diskussion entfacht, die nach den Vorfällen von Mügeln im Sommer 2007 erneut aufflackerte und eine Hauptursache

Neonazis verüben immer mehr Gewalttaten

dafür sein dürfte, dass sich die Stimmen für ein Verbot der NPD mehren.

Auch wenn die Statistiken des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Jahr 2006 keinen Toten unter den Opfern rechtsextrem motivierter Gewalt ausweisen, ist das Risiko weiter gestiegen. Das gilt für die alten Länder ebenso wie für die neuen. Statistisch betrachtet wurde im Jahr 2006 dreimal täglich irgendwo in der Bundesrepublik ein Mensch von Rechtsextremisten geschlagen, getreten oder anders gewalt-

sam misshandelt. Die Bundesverfassungsschützer weisen in ihrem Jahresbericht 2006 insgesamt 1047 rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten aus. Mehr als die Hälfte der Taten waren ausländerfeindlich oder antisemitisch motiviert. Die übrigen braunen Schläger suchten sich ihre Opfer unter vermeintlichen oder tatsächlichen politischen Gegnern.

Mit 138 Taten liegt Niedersachsen im bundesweiten Vergleich an zweiter Stelle hinter Nordrhein-Westfalen. Unter Einbeziehung der Einwohnerzahlen relativiert sich das. Aber mit 1,73 Gewalttaten pro 10 000 Einwohner belegt Niedersachsen immer noch Platz sieben. Fachleute sind beunruhigt: Unter den westdeutschen Flächenländern schlagen die Braunen nur in Schleswig-Holstein noch häufiger zu. In Bundesländern wie Hessen, Bayern oder Rheinland-Pfalz dagegen werden deutlich weniger Taten verzeichnet.

Der niedersächsische Verfassungsschutz hält in seinem Jahresbericht 2006 eine »unerfreuliche Zunahme rechter Gewalt« fest, die überwiegend auf öffentlichen Straßen und am Wochenende verübt werde. Zugleich kommt er zu der Erkenntnis, dass vor allem unter Jugendlichen und Heranwach-

Niedergeschlagen: Junge Neonazis greifen Gegendemonstranten an.



senden die Gewaltbereitschaft insgesamt wächst, das gelte auch für junge Straftäter aus dem rechtsextremen Milieu. Zwei besonders drastische Fälle beschreibt der Verfassungsschutzbericht. Beide Taten wurden in Dorste im Landkreis Osterode verübt. Das macht deutlich, dass die Harzregion offenkundig ein massives Problem mit rechter Gewalt hat – entgegen mancher Äußerung von Politikern. Im ersten Fall schlugen die Täter während einer öffentlichen Festveranstaltung einen deutschen Staatsbürger nieder und drückten eine Zigarette in seinem Gesicht aus. Im zweiten Fall machte ein aggressiver Mob unter »Heil Hitler«-Rufen Jagd auf ausländisch aussehende Personen, mehrere Menschen wurden bei dem Übergriff verletzt.

Das Landesamt bestätigt auch, dass die Rechtsextremisten immer aggressiver auftreten – auch gegenüber Polizeibeamten. Die Entwicklung geht mit einer Militarisierung der Szene einher: Im Herbst 2007 fanden Ermittler bei Thorsten Heise, einem der Anführer der Szene in Niedersachsen, ein Maschinengewehr, eine Maschinenpistole und eine Faustfeuerwaffe.

Die Waffen waren laut Staatsanwaltschaft schussbereit. Bei anderen Neonazis fanden

die Beamten 2007 ganze Arsenale aus Messern, Macheten und Schlagwerkzeugen.

Experten befürchten, dass die Zahl der rechts motivierten Gewalttaten auch im Jahr 2007 zumindest statistisch weiter gestiegen ist. Das bedeutet allerdings nicht zwingend eine größere Gefährdung.

Nicht nur in Niedersachsen, betont der Verfassungsschutz, wachse die Anzeigebereitschaft der Bevölkerung. Im Klartext: Immer weniger Menschen sind bereit, ihnen kriminell erscheinende Handlungen von Rechtsextremisten zu »übersehen« oder zu tolerieren, und zeigen sie bei den Behörden an. Da

die Statistik nur bekannt gewordene Taten erfasst, kann das zu einem Anstieg führen, ohne dass die Braunen tatsächlich häufiger zugeschlagen haben. Das kann aber auch bedeuten, dass bisher überhaupt nur die Spitze des Eisbergs rechter Gewalt bekannt ist. |



Ganze Waffenarsenale stellt die Polizei bei Rechtsextremisten sicher.



Militarismus und Gewalt sind in der Szene angesagt.



Noch nicht mal ironisch gemeint: Die NPD macht Stimmung gegen Gewalttäter.





3. Die Strippenzieher

**Wer in der Szene
das Sagen hat**

Der Weichspüler

Andreas Molau Waffe im Kampf für die rechte Gesinnung ist das Wort: Der 1968 geborene Spitzenkandidat der NPD in Niedersachsen schreibt viel – in »intellektuellen« Blättern der »Neuen Rechten« oder der »Nationalzeitung« des rechtsextremistischen Millionärs und Verlegers Gerhard Frey. Und Molau schreibt nicht nur, er redet auch gern. Wie am Nachmittag des 1. Dezember 2007 in der Gaststätte »Alte Schmiede« in der Gemeinde Heinigen nahe Wolfenbüttel.

Das Hinterzimmer der »Alten Schmiede« hat gewiss schon bessere Zeiten gesehen. Aus dem offenen Sicherungskasten an der Wand kringeln sich blanke Drahtenden, die vergilbten Tapeten zieren zwei große Ölgemälde. Motiv des einen: »Röhrender Hirsch ohne Bergsee«, Motiv des anderen: »Bergsee ohne Hirsch«. Etwa 20 Personen haben an den abgestoßenen braunen Kneipentischen Platz genommen. Wahlkämpfer Molau ist der Gastgeber. Ausnahmsweise hat er zwei Journalisten hinzugebeten. Ihnen will er zeigen, wie erfolgreich der Wahlkampf der Neonazis in Niedersachsen angeblich funktioniert. Bei den Geladenen, so wirft sich Molau in die Brust, handle es sich ausschließlich um Interessenten, die erst durch den Wahlkampf auf die NPD aufmerksam geworden seien. Eine Legende, wie an diesem Nachmittag schnell deutlich wird.

Mancher, der da angestrengt den aufmerksamen NPD-Neuling gibt, ist schon

Andreas Molau versteckt seinen Judenhass hinter einer intellektuellen Fassade

bei vielen einschlägigen Demonstrationen dabei gewesen und offenkundig nicht erst durch den Wahlkampf auf die NPD aufmerksam geworden. Eine ältere Dame, früher war sie Buchhalterin, heute erteilt sie Schülern privat Nachhilfe, kann Teile von Molaus Rede nahezu wörtlich mitsprechen – sie ist nach eigenem Bekunden kein Neuling in NPD-Kreisen. Die anderen »Gäste« sind es offenbar auch nicht: »Die kenne ich alle von Veranstaltungen«, sagt die Frau freimütig.

Rund 30 Minuten redet Molau an diesem Nachmittag – vor allem über seine Lieblingsthemen Geschichte (»60 Jahre nach Kriegsende muss Schluss sein mit dem Schuld-Kult.«) und Schule (»Wir werden eine Volksinitiative starten zur Trennung von deutschen und ausländischen Kindern im Unterricht.«). In diesen Themen kennt Molau sich aus. Der studierte Historiker war von 1996 bis 2004 Lehrer für Deutsch und Geschichte an der Waldorfschule in Braunschweig. Dann gab man ihm wegen seiner geplanten Aktivitäten für die NPD-Landtagsfraktion in Dresden den Laufpass. Nicht so textsicher ist der NPD-Spitzenmann an diesem Nachmittag, wenn es um Fragen des größten Arbeitgebers in Niedersachsen geht: um VW.

Wortreich polemisiert Molau gegen die ausländischen Standorte des Konzerns. Als er sie benennen will, verliert er sich in einem hilflosen »Äh, äh, ...«. Auch Molaus »Experte« für VW-Fragen, der Wolfsburger Michael Knobloch, hat seine »Hausaufgaben« offenbar nur unvollständig erledigt. Als Knobloch eilfertig mit dem Zwischenruf »Rio« weiterhelfen will, beweist er Unwissenheit. Im brasilianischen Rio des Janeiro hat es noch nie ein VW-Werk gegeben – wohl aber in der Nähe von São Paulo.

Immer für ein Schwätzchen zu haben: Andreas Molau redet viel und gern.



Knobloch ist es auch, der wenig später durch sein Verhalten das angebliche »Interessententreffen« als Inszenierung entlarvt. Auf die Frage, wie sich die Partei zum VW-Gesetz zu verhalten gedenke, holt er einen Zettel hervor und liest seine Replik Wort für Wort vom Blatt vor. Das kann nur jemand, der vorher genau weiß, welche Fragen ihm gestellt werden.

Das angebliche »Interessententreffen« des Andreas Molau ist offenkundig die Inszenierung eines Spitzenkandidaten, der Erfolge nachweisen muss, obwohl er weiß, dass ihm im Wahlkampf die Felle davonschwimmen. Zwar gehen seriöse Meinungsforschungsinstitute unisono davon aus, dass seine rechtsextremistische Partei keine Aussichten hat, in den Landtag von Hannover einzuziehen. Im Oktober 2007 aber präsentiert Molau auf der Internetseite der NPD angeblich »geheime Zahlen« aus dem Meinungsforschungsinstitut Forsa, die genau das Gegenteil belegen sollen. Forsa spricht von einer glatten Fälschung und zwingt Molau mit juristischen Mitteln, diese Behauptung von der Internetseite zu nehmen.

Doch solche Tricks sind nicht die einzigen im Landtagswahlkampf des Andreas Molau. Aufmerksamkeit um jeden Preis scheint sein vorrangiges Ziel zu sein.

Er hat in seiner Wahlkampfmannschaft mehrere Dutzend »Freier Kameraden« unter anderem aus Berlin, Schles-



Alles nur Show: Die NPD inszeniert ihren Wahlkampf mehr, als dass sie ihn führt.

wig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern versammelt. Mit ihrer Hilfe will er bis zum Ende des Wahlkampfes rund eine Million Wahlzeitungen verteilen, etwa 300 Infostände bestreiten und mehr als 20 000 Plakate aufhängen. Die Wahl seiner Themen ist nach Expertenmeinung »populistische Propaganda in Reinkultur«. Molau schürt Ängste vor Globalisierung (»Hier geht es um Sein oder Nicht-Sein unseres Volkes.«) und Ausländern (»Was hier passiert, ist eine fremde Landnahme. Deshalb stehen wir als NPD hier, um unsere Heimat zu verteidigen.«).

Vor allem aber weiß Molau, sich mit gezielten rhetorischen Regelverstößen und Geschmacklosigkeiten am Rande der Legalität (»Ich lasse jede Rede von einem Juristen überprüfen.«) in den Medien Gehör zu verschaffen. So wie bei seiner verbalen Entgleisung gegen den Zentralrat der Juden in Deutschland am 15. September 2007 in Hannover: »Wenn die NPD die Richtlinien der Politik in diesem Lande bestimmt, Frau Knobloch, dann ist es vorbei mit dieser Sonderbehandlung, dann ist Schluss mit dem Extra-Geld.« Das Wort »Sonderbehandlung« wurde im »Dritten Reich« als Code für den millionenfachen Mord an Juden benutzt.

Das neue Dokumentationszentrum in der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen kommentierte Molau mit den Worten, hier seien »enorme Summen verschleudert« worden, um eine »schädliche Gegendkultur in Niedersachsen zu verstärken«.

Die Sätze haben dazu geführt, dass sich die Stimmen für ein Verbot der NPD auch in Niedersachsen mehren.

Den Spitzenkandidaten ficht das nicht an. Als stellvertretender Chefredakteur des Parteiorgans »Deutsche Stimme« und Vorsitzender der rechtsextremen »Gesellschaft für Freie Publizistik« hat er gelernt, wie er seinen Bekanntheitsgrad um nahezu jeden Preis erhöht. Die Sprecherin des Landesamtes für Verfassungsschutz, Maren Brandenburger, nennt Molau einen »intellektuellen Kopf der rechtsextremistischen NPD Niedersachsen, der seine Fremdenfeindlichkeit hinter der Fassade von Ethnopluralismus verbirgt«.

An Intelligenz und rhetorischer Gewandtheit ist er den meisten seiner Parteifreunde weit überlegen. Dennoch sind sie in der Lage, seine Parolen jederzeit kritiklos zu wiederholen. Wie sehr Molaus Mannschaft dessen Slogans verinnerlicht hat, macht ein »Wahlhelfer« nach dem »Interessententreffen« im Gasthof »Alte Schmiede« unfreiwillig deutlich. Als er sich von den beiden Journalisten verabschiedet, rutscht ihm ein besonders zynischer NPD-Slogan heraus, mit dem die Partei gegen Ausländer hetzt: »Gute Heimreise.« |

Der Lautsprecher

Dieter Riefing ist ein kleiner Mann. Die meisten seiner »Kameraden« überragen ihn bei Demonstrationen um Haupteslänge. Doch Riefing weiß, wie er sich bei seinen Gesinnungsgenossen Gehör verschafft.

Was dem 39-Jährigen an Körpergröße fehlt, gleicht er durch Lautstärke wieder aus. Vermutlich auch deshalb hat er stets sein Megaphon dabei, wenn er für »die Bewegung« auf die Straße geht. Der in Coppingrave bei Hildesheim lebende Riefing ist im Wortsinn »Lautsprecher« der rechtsextremistischen Szene. Wenn er die Flüstertüte vor seinen Mund hält, spricht er nicht, er brüllt. Verzerrt und kaum verständlich sind die Sätze, die er mit sich überschlagender Stimme hervorpresst. Sätze, die keinen Zweifel an seiner Gesinnung lassen: Riefing träumt von der Wiederauferstehung des »Dritten Reiches«.

Deutlich macht er das einmal mehr bei einem Neonazi-Aufmarsch im Sommer

Dieter Riefing spricht nicht, er brüllt

2007 in Lüneburg: »Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, unsere Vorposten im Reich, werden sich mit uns vereinigen. Und dann wird die BRD wieder das, was sie völkerrechtlich schon immer ist – das deutsche Reich in den Farben Schwarz-Weiß-Rot.« In den beiden neuen Bundesländern sitzt die NPD bereits im Landtag.

Der äußerlich unscheinbare Riefing gehört zu den führenden Köpfen der Neonazi-Szene in Niedersachsen. Seine Sprache ist schlicht, die Grammatik auffallend fehlerhaft. Dennoch ist Riefing ein bun-

desweit in der Szene gern gehörter Redner. Seine kriminelle Karriere verschafft ihm unter Gesinnungsgenossen Geltung und Anerkennung. Zehn Monate verbrachte er wegen Körperverletzung im Gefängnis, auch wegen Aufstachelung zum Rassenhass, Volksverhetzung und Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen wurde er verurteilt. Schon als Jugendlicher war er in der Szene, gehörte zum Kader der 1995 verbotenen »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP). Auch im Umfeld der mittlerweile verbotenen »Blood & Honour«-Bewegung war Riefing aktiv. Der gebürtige Nordrhein-Westfale unterhält gute Beziehungen zu bundesweit tätigen »Kameradschaftsanführern« wie NPD-Bundesvorstandsmitglied Thorsten Heise und dem Hamburger Neonazi Christian Worch.

Der niedersächsische Verfassungsschutz widmet Riefing in seinem Jahresbericht 2006 einen ganzen Abschnitt. Riefing gilt als Gründer der »Bürgerinitiative für Zivilcourage Hildesheim« (BFZ), die auf ihren Internetseiten zum Hass gegen Ausländer aufstachelt und Propagandamaterial und Flugblätter zum Herunterladen bereitstellt. Für die Flugblätter zeichnet Riefings Ex-Frau presserechtlich verantwortlich. Die Internetseite, meint man in der Behörde, sei geschickt inszeniert: Wegen des »unaufdringlich gestalteten Auftritts und der Bürgerengagement vortäuschenden Bezeichnung« sei sie erst auf den zweiten Blick als rechtsextremistisch zu erkennen.

Kleiner Krakeeler: Unter Rechtsextremisten ist Riefing als Redner beliebt.





Geltungssüchtig? Riefing genießt offenbar, dass man ihn in der Szene kennt.

Riefings Verhältnis zur NPD ist gespalten. Wie sein Hamburger Mentor Christian Worch ist auch er der Meinung: »Die Bewegung braucht keine Parteien.« **Wie Worch träumt er von einer rechts-extremistischen Revolution – gewaltsame Machtergreifung**

eingeschlossen. Die NPD, die sich im niedersächsischen Landtagswahlkampf bürgerlich geben will, ist beiden zu angepasst und bieder. Man braucht sich dennoch gegenseitig: Für die NPD ist Riefing Bindeglied zu den gewaltbereiten und besonders extremistischen »Kameradschaften«, Riefing braucht die NPD-Anhänger als Beifallspender für seine Hetzreden.

An seinem Fanatismus wäre 2006 beinahe der NPD-Landesverband Niedersachsen zerbrochen. Weil er es mit der öffentlichen Verherrlichung des Nationalsozialismus wieder einmal zu weit getrieben hatte, verpassten ihm Funktionäre einen Maulkorb. Sie verhängten ein Rede-

verbot auf Parteiveranstaltungen. Es kam zum Machtkampf. Dessen Verlauf machte deutlich, wie stark der Einfluss der ultra-extremistischen Zirkel auch in der rechts-extremen Partei ist: Nicht nur »Freie Kameradschaften« solidarisierten sich damals mit Riefing, auch NPD-Kreis- und Stadtverbände sowie die radikale NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« stellten sich hinter ihn.

Riefing gewann den Machtkampf. Beim NPD-Parteitag im April in Scharzfeld wurde er als Direktkandidat für den niedersächsischen Landtag aufgestellt. Von einem Auftrittsverbot ist längst nicht mehr die Rede. Beim Wahlkampfauftakt der Partei im September in der »Eilenriedehalle« in Hannover durfte Riefing Grußworte sprechen.

Sechs Minuten dauerte seine abgelesene Ansprache, in der er zwar wieder einmal »deutsche Interessen« betonte, zugleich aber deutlich machte, wie schwer er sich mit der deutschen Sprache und ihrer Grammatik tut.

»Nur gesunde, nationale Menschen können in dieses unseres Land eine nationale Politik gestalten«, sagte der Neonazi und fügte hinzu: »Die Bauern sind das Rückgrat unseres schönes Heimatlandes.« Dieter Riefing ist – vermutlich nicht nur – für Deutschlehrer ein hoffnungsloser Fall. |

»Im Namen des Volkes ergeht das folgende Urteil: Der Angeklagte ist schuldig im Sinne des Gesetzes!«

Bei vielen Menschen, die einmal verurteilt worden sind, hinterlässt der Richterspruch bleibende Wirkung. Thorsten Heise gehört offensichtlich nicht dazu. Die Zahl seiner Verurteilungen ist mittlerweile zweistellig. Trotzdem oder vielleicht gerade deshalb ist der aus Göttingen stammende Rechtsextremist in seinen Kreisen einer der angesehensten Aktivisten.

Das wird auch beim Wahlkampfauftakt der NPD am 15. September 2007 in Hannover deutlich. Der beginnt pünktlich um zehn Uhr vormittags, doch Thorsten Heise weiß: Wer zu spät kommt, wird mehr beachtet. Also kommt Heise zu spät und hat es gar nicht eilig damit, sich wie alle anderen einen Platz in den Stuhlreihen zu suchen.

Der Dandy

Thorsten Heise ist stets bemüht, sich in Szene zu setzen

Schon vor der Eingangstür hält er »Hof«. Leichter Sommermantel in hellem Beige, grau glänzender Anzug aus teurem Stoff, dunkle Markensonnenbrille – so steht er da, die Hände in die Hüften gestemmt, die Brust aufgebläht. Ein brauner Dandy. Heise weiß um seine Geltung in der Szene. Er genießt es offensichtlich, dass die in weiße Hemden gekleideten NPD-Türsteher aus-

nahmsweise ihre Posten verlassen, um ihm die Hand zu schütteln. Er quittiert die Geste jedenfalls mit breitem Grinsen.

Heise ist ein Multifunktionär. Schon als 15-jähriger Skinhead fasst er im rechtsextremen Lager Fuß. Seine Karriere beginnt in der »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP), einer etwa 1000 Mitglieder zählenden Gruppierung, die offen für den Nationalsozialismus wirbt. 1992 bringt er es bis zum FAP-Landesvorsitzenden in Niedersachsen. 1995 wird die Partei verboten. Fortan sucht Heise andere Wege, Führungsqualitäten zu beweisen: bei der als besonders radikal geltenden »Kameradschaft Northeim« und als Veranstalter von Rechtsrockkonzerten. Sein wohl größtes Event veranstaltet er am 21. Oktober 1995 in Northeim. Rund 1000 Neonazis und Skinheads kommen, unter ihnen Mitglieder der rechtsextremistischen Terrorgruppe »Combat 18«.

Rechtsextremistische Musik wird Heises Haupteinnahmequelle. In Northeim gründet er 1998 einen »Großhandel für Bild- und Tonträger und Militärbekleidung«, den er später »WB Versand« (»Witwe Bolte Versand«) nennt. Im Angebot hat er nicht nur Musik, sondern auch Schlagstöcke und schusssichere Westen aus dem Sortiment der Polizei-Elitetruppe GSG9. 1999 kauft er in Eichsfeld nahe dem thüringischen Fretterode ein Landgut mit dreistöckigem Herrenhaus im Fachwerkstil und Stallungen. Seither trägt er Schlips und Kragen statt Bomberjacke und Sprin-

Treusorgender Familienvater? In Heises Haus fanden die Ermittler Waffen.



gerstiefel. Im Rechtsrockbusiness gilt der Ex-Skinhead als tonangebend.

Seine Geschäfte laufen bombig – mit legalen und offenbar auch mit illegalen Mitteln. 2003 leitet die Staatsanwaltschaft Frankfurt Ermittlungen gegen Heise ein. Der Vorwurf: Aus Thailand soll er 6000 illegale Rechtsrock-CDs eingeführt haben. Bei einer Durchsuchung seines »WB Versand« finden die Beamten rund 950 CDs, eine gebrauchsfähige Handgranate sowie Munition.

Heises Know-how im rechtsextremen Musikgeschäft und seine Verbindungen in die »Kameradschaftsszene« macht sich auch die NPD zunutze. Nach Kontakten zum Bundesvorsitzenden Udo Voigt im Jahre 2003 tritt Heise in die Partei ein. Andere bundesweit aktive »Kameradschaftsanführer« folgen – wie Thomas Wulff aus Hamburg oder Ralph Tegethoff aus Nordrhein-Westfalen. 2006 wird Heise in den NPD-Bundesvorstand gewählt. Dort ist er zuständig für den Kontakt zu den neonazistischen »Freien Kameradschaften« und soll dafür sorgen, dass der Neonazi-Traum von der »Volksfront von rechts« Wirklichkeit wird.

Die Realität ist für Heise nüchterner: Am 30. Oktober 2007 wird sein Gelände abermals durchsucht.

Für die Ermittler des Bundeskriminalamtes erweist sich die Aktion als Volltreffer. Sie finden erneut rechtsextremistische Musik



Nicht nur mit Rechtsrock macht Heise Geschäfte, er handelt auch mit Polizeiausrüstung.

und scharfe Waffen: Im Haus sind ein Maschinengewehr, eine Maschinenpistole und eine Faustfeuerwaffe versteckt.

Das teilt die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main mit. Nach erster Prüfung vor Ort sollen die Waffen gebrauchsfähig sein. Für den illegalen Besitz von Kriegswaffen wie Maschinengewehr oder Maschinenpistole sieht das Gesetz ein bis fünf Jahre Gefängnis vor.

Das sind Aussichten, die den knasterfahrenen Heise – mindestens zweimal war er unter anderem wegen Körperverletzungsdelikten in Haft – am Tag der Hausdurchsuchung nicht zu schrecken scheinen. Seine Eitelkeit ist ihm wichtiger: Zwar ist er Stunden zuvor noch im Trainingsanzug im Dorf herumgelaufen, aber als die Kriminal-

beamten anrücken, wirft er sich in Schale. Während die Spezialisten mit Sprengstoffhunden und Metallsonden sein Anwesen filzen, gibt er den treusorgenden Familienvater und posiert im grau glänzenden Anzug vor Fotografen. Den Anzug kennen viele Pressevertreter schon aus Hannover. Nur die Krawatte ist neu – und die Babyflasche in Heises Hand. |

Der Überzeugungsschläger

Gewaltsam stoßen die Täter den Mann in das Auto und verschleppen ihn. Auf einem Feldweg wird er aus dem Fahrzeug gezerrt, die Täter prügeln auf ihn ein. Immer mehr Schläge muss der »politische Gegner« einstecken – ein Baseballschläger geht dabei zu Bruch.

Das Opfer überlebt das Martyrium vermutlich nur, weil einer der Peiniger in letzter Minute einen Rückzieher macht. Die Täter verfrachten den Mann wieder ins Auto, die Fahrt geht weiter. Erst eine Polizeistreife beendet die Entführung.

Von dieser Tat »Winnys« im Jahr 2002 berichten Neonazis gerne. »Winny« heißt eigentlich Marcus Winter und ist einer der Überzeugungstäter unter Norddeutschlands Rechtsextremisten. Nach der Tat taucht er unter. Ein Richter erlässt drei Tage später Haftbefehl. Doch seine »Kameraden« gewähren ihm Unterschlupf, NPD-Aktivisten aus Achim planen, ihn nach Tschechien zu schleusen. Doch der Plan scheitert: Einige Monate später nimmt die Polizei Winter fest. Da sind seine Komplizen den Ermittlern bereits ins Netz gegangen.

Im folgenden Prozess wird Winter Anfang 2004 unter anderem wegen Freiheitsberaubung und gefährlicher Körperverletzung zu zwei Jahren Haft verurteilt. Die nächste Zeit verbringt er in der Justizvollzugsanstalt Hameln. Die kennt er zur Genüge: Sieben Jahre zuvor hat er bereits eine dreijährige Haftstrafe kassiert – unter anderem ebenfalls wegen Körperverletzung.

Bei Haftantritt 2005 ist Winter Führungsaktivist der militanten »Kameradschaft Weserbergland«. Im Gefängnis

»Kameradschaftsanführer« Marcus Winter hat viel Knasterfahrung

agiert er weiter. Über die neonazistische »Hilfsgemeinschaft nationaler Gefangener« (HNG) hält er den Kontakt zu seinen »Kameraden«. Auch hinter Gittern findet er rasch Gleichgesinnte. Neonazis wie Roman Greifenstein oder Marco Siedbürger. Szenekenner nennen sie »tickende Zeitbomben«. Siedbürger sitzt unter anderem wegen »gemeinschaftlichen Totschlages«, Greifenstein wegen »gefährlicher Körperverletzung« und »Verstoßes gegen das Waffengesetz« ein. Gemeinsam gründen sie die »Knastkameradschaft Hameln«.

Nach seiner vorzeitigen Haftentlassung Anfang 2005 macht Marcus Winter weiter wie bisher. Zu seinen Bewährungs-

Auch gegenüber Polizisten treten Winter und seine »Kameraden« aggressiv auf.



aufgaben gehört die Auflösung der »Kameradschaft Weserbergland«. Winter gründet kurzerhand die »Nationale Offensive Schaumburg« (NOS). Unter seiner Führung versammeln sich dort erneut gewaltbereite Neonazis. In den folgenden Monaten erwirbt sich die Gruppe den zweifelhaften Ruf militanter Hardliner.

Trotz – oder gerade wegen – seiner schweren Straftaten macht die NPD »Winny« im Bundestagswahlkampf 2005 zu ihrem Kandidaten. Der Extremist, der zur Bewährung auf freiem Fuß ist, meldet jetzt regelmäßig rechtsextremistische Kundgebungen oder Aufmärsche in Norddeutschland an. Auch auf dem Gelände des Heisenhofes in Dörverden ist er häufig zu Gast.

Aus seiner Gewaltbereitschaft macht Winter, der in Stadthagen nahe Hannover wohnt, kein Geheimnis. Als Anfang 2007 in Rotenburg Polizisten ein Konzert der radikalen NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« auflösen, meldet sich Winter kurze Zeit später zu Wort.

Unter dem Pseudonym »Winterzeit« legt er in einem rechtsextremistischen Internetforum sein Verständnis von politischem Vorgehen dar. Erst wenn »die ersten Helme und Visiere brechen, werden sie merken, dass Widerstand zu jeder Zeit und an jedem



Rechtsextremisten marschieren durch Bad Nenndorf, Winter organisierte die Demo.

Ort möglich ist«, lautet sein Kommentar zu dem Polizeieinsatz.

Im Juli 2007 werden Winters Aktivitäten gebremst. Nach der Veröffentlichung eines volksverhetzenden Artikels auf der Internetseite der NOS wird er erneut verurteilt. Dieses Mal zu neun Monaten Haft ohne Bewährung. Gegen das Urteil legt er Revision ein. Kurze Zeit später wird das »Winterhilfswerk« gegründet – als Hilfsorganisation für »nationale Gefangene«.

»Winterhilfswerk« spielt nicht nur auf Winter an. So hieß auch eine Unterorganisation des NS-Propagandaministeriums im »Dritten Reich«. Das »Winterhilfswerk« betreut unter anderem den Neonazi Kai Diesner. Er gilt militanten Neonazis als »Held«: Mit einer abgesägten Schrotflinte schießt er 1997 auf ein PDS-Mitglied. Bei der anschließenden Flucht tötet er einen Polizisten und verletzt einen weiteren schwer. Als Kontaktadresse gibt das »Winterhilfswerk« das Postfach der »Jungen Nationaldemokraten« an. |

Neonazi mit Schlagkraft: Winter ist einschlägig vorbestraft.



Die Tätowierung bleibt bedeckt. Am übersichtlichen Lüneburger Bahnhof würde die von Flammen gesäumte Schrift auf dem kahlrasierten Schädel womöglich auffallen. Andreas Nickel ist lange genug dabei. Er weiß, wie man sich unauffällig verhält. Aufmerksamkeit könnten ihn und seine beiden Begleiter in Schwierigkeiten bringen.

Nickel stammt aus Klötze in Sachsen-Anhalt. Ihn hat es an diesem Freitag im August 2007 nicht zufällig nach Lüneburg verschlagen. In der Nähe trifft sich heute der »Stammtisch Nord«. Hier wird nicht in Bierlaune politisiert, hier wird nüchtern Politik gemacht. Die menschenverachtende Politik militanter Neonazis. Hier tauschen die Rechtsextremisten Demonstrationstermine aus, sprechen über Aufmärsche und die Werbung für Veranstaltungen. Die hier zusammenkommen, eint der »Kampf um die Straße«. Am »Stammtisch Nord« wird dieser »Kampf« strategisch geplant.

Nicht immer bleibt die Tätowierung bedeckt: der Neonazi Andreas Nickel.



Vereint im »Kampf um die Straße«

Neonazi-Anführer treffen sich am »Stammtisch Nord«

»Stammtisch« klingt harmlos, und das soll es auch, denn Begriffe wie »überregionales Arbeitstreffen« würden Polizei und Verfassungsschutz unnötig aufmerksam machen. Die Neonazi-Anführer aus Norddeutschland wollen ungestört sein. Mittlerweile reisen zu den monatlichen Treffen Extremisten aus fünf Bundesländern an: Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt.

Nickels Tätowierung ist Teil seines politischen Programms: »Blood & Honour« steht säuberlich in seine Haut gestochen. »Blood & Honour« ist ein internationales Netzwerk militanter Neonazis, das vor allem rechte Skinhead-Konzerte veranstaltet, und dessen deutscher Ableger im September 2000 vom Bundesinnenminister verboten wurde. Seither existiert die Organisation hierzulande nicht mehr – jedenfalls nicht in der Öffentlichkeit.

Ihre Mitglieder hatten bereits vor dem Verbot konspirativ agiert. Konzertbesucher mussten sich an Tankstellen oder Autobahnraststätten einer »Überprüfung« unterziehen, bevor sie den genauen Veran-

staltungsort erfuhren – denn Polizei oder Presse sollten nichts von den Konzerten mitbekommen. Viele Anführer machen auch nach dem Verbot im Rechtsrockgeschäft weiter, nur firmieren sie nicht mehr offen unter »Blood & Honour«.

Vom Lüneburger Bahnhof fährt Nickel an diesem Augustabend mit dem Auto weiter. Auf dem Parkplatz einer Fast-Food-Kette werden er und seine »Kameraden« schon erwartet. Von hier geht es ins benachbarte Reppenstedt zu einer Gaststätte. Bis 20 Uhr kommen noch viele weitere Fahrzeuge mit Gleichgesinnten dort an.

Nickels Gruppe kümmert sich vor allem um Konzerte. Im kleinen Tespe, nur wenige Kilometer von Reppenstedt entfernt, hatte sie 2006 ein Konzert organisiert. Die »Sicherheitsleute« trugen rote Hemden und nannten sich »Saalschutz Nordmark«. Ihr Chef war Stefan Silar aus Tostedt im Landkreis Harburg. Bis zum Verbot von »Blood & Honour« soll er deren »Sektion Nordmark« geleitet haben.

Auch am »Stammtisch Nord« sitzen Neonazis aus der »Nordmark«. Der Begriff ist der Gebietsaufteilung des »Dritten Reiches« entlehnt, die »neuen Nazis« nennen das nördliche Niedersachsen, Hamburg und das südliche Schleswig-Holstein bis heute so.

Für die Region Hannover-West sitzt Dieter Riefling am »Stammtisch«. Der »Kameradschaftsanführer« aus dem Leinebergland soll ebenfalls für »Blood & Honour« aktiv gewesen sein. In einer

Erklärung »ehemaliger Aktivisten« aus dem Frühjahr 2006 wurde Riefling gar als »politischer Leiter« der verbotenen Organisation bezeichnet. Riefling schätzt Stammtische offenbar sehr: Mit seiner Noch-Ehefrau Ricarda organisierte er im heimischen Hildesheim ein solches Treffen für die »Nationalen Kräfte« der Region.

Am »Stammtisch Nord« bereiteten die Neonazi-Kader auch die »Sonnwendfeier« 2007 der norddeutschen »Kameradschaftsszene« vor. Cheforganisator waren Dennis Bührig von der »Kameradschaft Celle 73« und »befreundete Kameraden« der »Nationalen Offensive Schaumburg« (NOS). Die NOS gilt als besonders gewaltbereit. Zum »Festprogramm« der »Sonnwendfeier« auf dem Gelände eines rechtsextremen Landwirts in Eschede im Landkreis Celle gehörten Bogenschießen, Speer- und Baumstammwerfen. »Ordner« bewachten die 30 Kinder und knapp 150 Neonazis. Am Abend entfachten die Extremisten ein Feuer und marschierten mit brennenden Fackeln durch die Dunkelheit. Das niedersächsische Innenministerium prüft derzeit ein Verbotsverfahren gegen die Gruppe aus Schaumburg.

Der »Stammtisch« gilt längst als Knotenpunkt der parteiunabhängigen Neonazi-Szene im Norden. Hier vernetzt sich, was vorher nicht vernetzt war. Auch der Ort der Versammlung im Reppenstedter Gasthaus ist nicht zufällig gewählt. Die kleine Gemeinde liegt zentral für die beteiligten Funktionäre. Die »Kameradschaft Lüneburg / Sturm 16« ist in der Region zu Hause und an diesem Abend für den »Wachdienst«



Tragende Rolle in der Szene: Aktivisten des »Stammtisches Nord« bei einem neonazistischen »Heldengedenken«.

zuständig. Fünf Männer sichern den Eingang der Gaststätte, zuvor waren sie bereits beim »Herschleusen« der Fahrzeuge behilflich.

Mit der 16 bezieht sich die »Kameradschaft« – genau wie die »Kameradschaft Celle 73« – auf die NS-Diktatur: 16 war die Nummer der SA-Einheit in Lüneburg, 73 die der SA-Einheit in Celle.

Die »Kameraden« empfangen in Reppenstedt einen Gast: Andreas Molau, den NPD-Spitzenkandidaten für die niedersächsische Landtagwahl 2008. Er will in der militanten Neonazi-Szene um Unterstützung für seinen Wahlkampf werben. Erst zu später Stunde verlässt er den Saal wieder – geschäftig, die Aktentasche unter dem Arm. Molau kann seinen Auftritt offensichtlich als Erfolg verbuchen: Kurze Zeit später kündigen mehrere Mitglieder der am »Stammtisch Nord« vertretenen Kamerad-

schaften an, für die NPD als Direktkandidaten antreten zu wollen.

Uneigennützig ist die NPD-Wahlhilfe nicht. Die »Kameradschaften« des »Stammtisches Nord« kassieren offenbar Bares für ihre Wahlkampfhilfe. Von fünfstelligen Beträgen ist die Rede. Das Geld soll nach der Landtagwahl in die Kassen der »Kameradschaftsgruppen« fließen. Mit Hilfe der Partei sollen auch die militanten Ansichten der Neonazis in den Landtag Einzug erhalten. Was das für Ansichten sind, lässt sich in der Begründung des Verbotes von »Blood & Honour« nachlesen. Da heißt es unter anderem: Die Organisation »bekennt sich zu Hitler und anderen führenden Nationalsozialisten«, »strebt eine Überwindung der verfassungsmäßigen Ordnung an« und »respektiert nur Völker, die der weißen Rasse angehören«.

Kaum etwas fürchten Rechts-extremisten so sehr wie ein Verbot ihrer Organisationen. Vor allem in den frühen 1990er Jahren kam für zahlreiche neonazistische Vereinigungen das Aus.

Spektakulär waren 1995 das Verbot der »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) und fünf Jahre später des »Blood & Honour«-Netzwerkes. Die rechte Szene reagierte und bildete rasch neue Organisationen: »Freie Kameradschaften«, die weitgehend auf schriftlich festgelegte Statuten verzichten. Damit haben die Behörden wenig Handhabe, gegen sie vorzugehen.

Die Idee stammt von dem in Hamburg lebenden, bundesweit aktiven Rechtsextremisten Christian Worch. Er entwarf Anfang 1993 das Modell »leaderless resistance«, den »führerlosen Widerstand« – in Anlehnung an die irische Terrorvereinigung IRA und an das Selbstverständnis der »Autonomen in Deutschland«. Nach dem Motto »Alle machen mit – und keiner ist verantwortlich« wollte Worch braune Massen mobilisieren. Umgesetzt wurde das Konzept jedoch nicht von ihm, sondern von seinem damaligen Freund und Gesinnungsgenossen Thomas Wulff.

Es war schlichter »Ideenklau«: Als Worch Mitte der 1990er Jahre wegen »Fortführung einer verbotenen Vereinigung« zwei Jahre lang ins Gefängnis musste, ging Wulff mit Worchs Konzept in Neonazi-Kreisen hausieren. Wulff nannte »sein« Konzept »Freie Nationalis-

Neonazis ohne »Führer«

Wie die »Kameradschaften« entstanden sind

ten«. Vor allem in Norddeutschland und den neuen Bundesländern fand die Idee rasch Anhänger. Bundesweit werden heute mehr als 150 »Kameradschaften« gezählt. Allein in Niedersachsen gibt es mehr als 20 solcher Gruppierungen mit insgesamt etwa 350 Mitgliedern. Zu den aktivsten zählen die »Snevern Jungs«, die »Kameradschaft 73 Celle« und die »AG Wiking« im Raum Wilhelmshaven.

Während sein »Kamerad« Worch im Knast saß, ging Thomas Wulff mit dessen Ideen hausieren.



Das durchschnittliche Einstiegsalter in die Szene liegt bei etwa 16 Jahren, die meisten »Kameraden« sind zwischen 20 und 25 Jahren alt. Der Frauenanteil beträgt nach Angaben des Verfassungsschutzes in Niedersachsen etwa zehn Prozent. Ideologisch halten die Gruppen ihr Bekenntnis zum historischen Nationalsozialismus und ihre Ablehnung des parlamentarischen Systems der Bundesrepublik Deutschland zusammen. Experten bescheinigen einzelnen Mitgliedern hohe Gewaltbereitschaft. Die »Kameradschaften« treten vor allem auf Demonstrationen und Kundgebungen öffentlich in Erscheinung. Die überregionale Koordination übernehmen »Aktionsbüros«, die über Internet und Handy die Mobilisierung leiten. Diese arbeiten zum Teil hoch konspirativ, damit »politische Gegner« und Behörden ihre Aktionen möglichst nicht stören oder verhindern.

Zur NPD haben die »Freien Kameradschaften« ein gespaltenes Verhältnis. Zwar eint sie der Kampf gegen »das System«, doch über den Weg gibt es Differenzen. Während die NPD zumindest formal weitgehend die Regeln der Demokratie befolgt, phantasieren viele »Freie Kameraden« diffus von einer – auch gewaltsamen – Revolution von rechts. Das führte in den vergangenen Jahren dazu, dass sich innerhalb der Szene die lose Gruppierung der »autonomen Nationalisten« bildete. Sie orientiert sich stark an Erscheinungsbild und Auftreten »linker Autonomer«. Die »autonomen Nationalis-



Stand im Regen: »Kameradschaftsanführer« Christian Woch in Hamburg.

ten« tragen in der Regel schwarze Kleidung, nutzen Symbole der linken Alternativbewegung und machen bei Demonstrationen aus ihrer Gewaltbereitschaft auch gegenüber Polizeibeamten keinen Hehl.

Trotz aller **Differenzen arbeiten NPD und »Kameraden« eng zusammen.** Im Bundesvorstand und allen Landesvorständen gibt es Beauftragte, die für den Zusammenhalt mit den »Freien Kräften« sorgen. In Wahlkämpfen übernehmen diese einen erheblichen Teil der Arbeit auf der Straße. Bei NPD-Kundgebungen stellen sie einen Großteil der Teilnehmer. Zudem baut die NPD darauf, durch die Agitation der »Freien Kameradschaften« und den von ihnen verkörperten »rechten Lifestyle« neue Mitglieder zu gewinnen. |



Neonazistische »Freie Kräfte« dominieren rechtsextreme Aufmärsche längst auch in Niedersachsen.

Auf der Fensterbank des hellbraun gekachelten Bades liegt »Der Spiegel«. Aufgeschlagen ist ein Artikel über Postchef Klaus Zumwinkel. Die fettgedruckte Schlagzeile lautet: »Jeder kämpft für sich.« Das könnte Adolf Dammanns Lebensmotto sein.

Der 1939 geborene Dammann gehört zum NPD-»Urgestein« – nicht nur in Niedersachsen, sondern bundesweit. Zugleich gilt er als einer der Strippenzieher der rechtsextremistischen Partei zwischen Stade und Göttingen.

Gutbürgerlich ist die wohl treffendste Bezeichnung für sein Zuhause. Dicke Teppiche über abgeschabtem Stäbchenparkett im Wohnzimmer, ein fünftüriger Wohnzimmerschrank aus dunklem Nussbaumholz mit abgestoßenen Füßen, auf der Fensterbank eine kleine Porzellanente mit rotem Schal, an den Wänden goldgerahmte Bilder mit gestickten Landschaftsmotiven und eine Zinnmedaille des »Männergesangsvereins Mittelnkirchen von 1844«, überreicht zur Silberhochzeit. So sieht es aus in Adolf Dammanns dunkel verkleinertem Einfamilienhaus in Buxtehude. Hier empfängt er Gäste, Parteifreunde und an einem finsternen Novembertag ausnahmsweise mal einen Reporter der »Systemmedien«, wie er die freie Presse nennt.

Hinweise auf die andere Seite des Adolf Dammann hängen als Kohlezeichnungen in seinem Arbeitszimmer. »Wer nicht für die Freiheit sterben kann, der ist der Kette wert«, heißt es darauf.

Adolf Dammann liebt eingängige Sprüche wie diesen. Vor Gericht nannte er sich einmal einen »Meinungsverbrecher«. Vorbestraft ist er allerdings nicht. Gerhard

Biedermann aus Buxtehude

Adolf Dammann ist NPD-Gründungsmitglied und gilt als Strippenzieher

Bücker vom Landespräventionsrat nennt ihn einen »Meinungsführer in der nationalen Szene« Niedersachsens. Für Bücker ist Dammann ein »verbaler Brandstifter«, der seine Gesinnung mit dem »Kleid des Biedermannes tarnt«.

In seinem geräumigen Haus ist von der kämpferischen Seite des Adolf Dammann kaum etwas zu spüren. Höflich bietet er in seinem Wohnzimmer den Platz mit der besten Aussicht an. Wer in den mit hellbeigem Veloursstoff bezogenen Sessel sinkt, blickt an tiefroten Vorhängen vorbei durch große Terrassenfenster auf den nahen Mischwald. Drei Stunden nimmt sich Adolf Dammann Zeit für das Gespräch. »Das kann ich Ihnen zeigen«, ist der Satz, den er in diesen 180 Minuten am häufigsten sagt. Denn Adolf Dammanns ganzer Stolz ist das Archiv in seinem Keller. Tausende Zeitungsausschnitte, Parteipapiere und Pamphlete hat er dort gesammelt – in mehr als vier Jahrzehnten.

»Ich muss mir Gedanken machen, wie ich all das eines Tages der Partei vermache«, sagt er. Das für ihn wichtigste Dokument hat er schon bereitgelegt: eine hellblaue Pappe mit NPD-Logo und der Jahreszahl 1964 – dem Gründungsjahr der Partei. Dammanns Ausweis trägt die Mit-

gliedsnummer 171, er ist heute noch stolz darauf. Damals war er gerade 25 Jahre alt und hatte bereits eine lange rechtsextreme Karriere hinter sich. Sie begann, als er noch zur Schule ging.

Seitdem lebt der Rechtsextremist seine rassistischen Träume von einem »deutschen Volksstaat« – mit allen Konsequenzen. 17 Jahre war der gelernte Bankkaufmann für die »Volksbank Altes Land« in Jork tätig, zuletzt als geschäftsführendes Vorstandsmitglied, bis ihn seine rechtsextremistische Propaganda den Job kostete. Doch unbeirrt machte er weiter braune Politik: als aggressiver Redner bei NPD-Aufmärschen und bis zur Rente auch bei seinem neuen Arbeitgeber, einer Bank in Hamburg.

Dammann gehört zu den rührigsten Anführern der Szene. Niemand sonst hat so viele Aufmärsche und Kundgebungen angemeldet wie er. Alleine im Jahr 1978 waren es

Auch mit »Kameradschaftsanführern« per Du: Adolf Dammann gilt als Strippenzieher in der niedersächsischen NPD.



27 Veranstaltungen. Dammann sagt stolz: »Das kann ich Ihnen zeigen.« Und wieder verweist er auf die Zeitungsausschnitte in seinem Keller.

Sein Verhältnis zur NPD und ihren Führungsgremien ist zwiespältig: »Parteien sind für mich nur Mittel zum Zweck.« Zwar gehörte er viele Jahre dem Landesvorstand an – daneben aber hält er enge Kontakte zu führenden Vertretern der »Kameradschaftsszene«. Zu ihnen zählen die Hamburger Rechtsextremisten Christian Worch und Jürgen Rieger. Dammann gilt als Gründer und Motor des mächtigen NPD-Unterbezirks Stade, der über fünf Landkreise von Cuxhaven bis nach Rotenburg reicht.

»Die Fackel unserer Weltanschauung weitergeben an die nächste Generation«, lautet sein rechtsextremer Auftrag. Diesem Ziel sollen auch die »Schulungsveranstaltungen« für den »Gesinnungsnachwuchs« dienen.

Auf eigene Kosten kaufte er 1978 für damals 65 000 Mark ein später zum »Schulungszentrum« umgebautes Wohnhaus in Sulingen im Kreis Diepholz und vermietet es für monatlich 300 Mark an den NPD-Nachwuchsverband »Junge Nationaldemokraten«. Die Adresse lautete »Kalte Zeit 10«. 21 Jahre lang war »Kalte Zeit 10« Veranstaltungsort für braune »Kameradschafts- und Musikabende«, »Mitgliederversammlungen« und vor allem für »linientreue Ausbildungs- und



Gibt sich auch gerne mal bürgerlich: Dammann als Redner auf dem NPD-Landesparteitag 2007.

Trainingsveranstaltungen«. Damit machte sich Dammann in Parteikreisen »verdient«, band Nachwuchskader an sich und baute seine Macht in der Landes-NPD immer weiter aus. Macht, die ihn auch massive Konflikte mit dem Landesvorstand politisch unbeschadet überstehen ließ.

1999 ging die »Kalte Zeit 10« in Flammen auf – durch Brandstiftung. Kurze Zeit später wurde ein Bekennerschreiben verteilt. »Das kann ich Ihnen zeigen«, sagt Dammann und holt das zwei Seiten lange Schriftstück aus seinem Keller.

»Die »Kalte Zeit« war ein verwahrlostes Bauernhaus, welches von Faschisten gekauft worden war und die meiste Zeit leer stand. Auch als wir ungebetenweise zu Besuch erschienen«, heißt es in dem Bekennerschreiben. Unterschrieben ist es mit »Autonome und antifaschistische

Gruppen«. Die Brandstifter wurden nie gefasst.

Unbeirrt machte Dammann weiter. Er gründete auf eigene Kosten ein neues »Zentrum« in Bargstedt, das er bis vor wenigen Jahren der NPD und anderen rechtsextremen Gruppen zur Verfügung stellte. Geld, sagt Dammann, sei ihm nicht wichtig, sondern nur »Mittel zum Zweck«. Was aber bringt einen Menschen wie ihn dazu, mehr als ein halbes Jahrhundert als Rechtsextremist aktiv zu sein? Dammann hat sofort eine Antwort parat: »Es liegt mir im Blut.« Er selbst nennt sich »politischer Soldat«, für andere, wie die Sprecherin des niedersächsischen Verfassungsschutzes, Maren Brandenburger, ist er »ein unbelehrbarer Rechtsextremist«. |

Kurz und knapp ist das Kommando: »Abmarsch!« Der Neonazi-Aufmarsch setzt sich prompt in Bewegung. Mit verschränkten Armen steht Manfred Börms da und kontrolliert, ob seine Anweisungen befolgt werden.

Vereinzelt brüllen die Extremisten Beschimpfungen zu Gegendemonstranten herüber. Dann bellt Börms »Disziplin wahren!« oder »Nicht provozieren lassen!« in sein Megaphon. Dem verurteilten Straftäter geht es nicht um Gewaltfreiheit, er duldet keine eigenständigen Aktionen. Auch »zugeschlagen« werden soll offenbar nur auf sein Kommando.

Der inzwischen ergraute Anführer gilt in der Szene als Autorität. »Niemand wagt es, Manfred Börms zu widersprechen«, sagen Aussteiger. Diesen Mythos hat der unscheinbare Endfünfziger auf Militanz und Fanatismus gebaut. Junge Neonazis erzählen sich gerne reißerische Geschichten von den »Heldentaten« des Maurermeisters aus Handorf bei Lüneburg. Etlichen gilt er als Vorbild. Als einer, der nicht redet, sondern handelt.

Gehandelt hat Börms allerdings. Bereits Ende der 1970er Jahre bewies der Kandidat zur niedersächsischen Landtagswahl 2008 politisch motivierte kriminelle Energie: Er war an einem Überfall auf ein Waffenlager der NATO beteiligt. 1979 wurde er zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt – unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung.

Militanter Neonazismus bestimmte Börms Leben auch nach seiner Haftentlassung 1985. Er wurde »Gauführer Niedersachsen« der militanten »Wiking-Jugend«. Die 1994 verbotene Organisation verstand sich als Nachfolgerin der Hitler-

Gebieten der Schläger

Nach Manfred Börms Pfeife tanzen hartgesottene Gewalttäter

Jugend. Sie propagierte Strenge, Disziplin und Ordnung der »politischen Soldaten« nach »nationalsozialistischem Vorbild«. Seit dem Verbot engagiert Börms sich in der rechtsextremistischen »Heimatreuen Deutschen Jugend« (HDJ), die Szenekennern als Nachfolgerin der »Wiking-Jugend« gilt.

Auch in der NPD machte Börms rasch eine rechtsextremistische »Karriere«. Heute bekleidet er Ämter im Unterbezirk Lüneburg, im Landesvorstand Niedersachsen und im Bundesvorstand. Auch innerhalb der Partei bleibt er sich treu: Bundesweit

Börms in seinem Element: Bei Neonazi-Aufmärschen dirigiert er die »Ordner«, unter ihnen einschlägig verurteilte Gewalttäter.



leitet er das »Referat Ordnung«. Dahinter steckt der berühmte NPD-»Ordnerdienst«. Der soll für »Disziplin und Sicherheit bei Kundgebungen und Demonstrationen des nationalen Widerstandes« sorgen und durch »entschlossenes, sicheres und diszipliniertes Auftreten anderen Kameraden Beispiel und Vorbild sein«, schreibt die NPD-Postille »Deutsche Stimme«.

Die so genannte »Schutztruppe« gibt es seit Ende der 1960er Jahre. 2003 übernahm Börms ihre Leitung – und baute sie zu einer zunehmend aggressiv auftretenden Schlägertruppe um. Von den Männern verlangt Börms Unterordnung und Fanatismus. In einem »Meldeblatt für Interessierte« heißt es: »Der Bewerber erkennt die Grundlage unserer nationalistischen Weltanschauung an. Er ist bereit, nach diesen Grundsätzen sein Leben auszurichten.«

Innerhalb der Partei hat Börms nicht nur Freunde. Er widmet seinen Ordnern mehr Aufmerksamkeit als der übrigen Partei, sagen Kritiker. Aber sie wispeln den Widerspruch eher, als dass sie ihn aussprechen – schließlich machen gerade die Schläger Börms sehr mächtig. Die zum Teil einschlägig verurteilten Gewalttäter scheinen ihm treu ergeben – trotz oder gerade wegen seiner Strenge.

Streng ist der Neonazi selbst mit seiner Familie. Die Aussteigerin Tanja Privenau war lange eng mit den Börms befreundet. Ehefrau Ute, die ebenfalls für die NPD kandidiert hat und an »Heimatabenden« Gleichgesinnte um sich sammelte, durfte es trotz politischen Engagements und sechs Kindern nie zu viel sein, »ihren Manfred auch abends spät noch zu bekochen«. Gutdeutsch, versteht sich: Börm esse für sein Leben gerne Fleisch und Bratkartoffeln.

Einzig bei seinen inzwischen den Kinderschuhen entwachsenen Töchtern und Söhnen soll er dann und wann Schwäche zeigen. Zwar habe er alle sechs stramm neonazistisch erzogen und zur HDJ geschickt, berichtet Privenau. Zugleich aber habe er insbesondere den Töchtern »eine Art Doppelleben« gestattet: Sie durften die in der HDJ typischen langen Röcke und weißen Blusen gegen in der Szene verpönte Jeans und bauchfreie Tops tauschen und so in die Disko gehen.

In der Öffentlichkeit sieht man Börm selten lächeln. Eher unscheinbar steht der Strippenzieher am Rande der Aufmärsche aggressiver, meist junger Neonazis und dirigiert »Ordner«. Trotz seines kühlen Auftretens kann der Fanatiker offenbar immer noch gefährlich werden. Das mussten Gegendemonstranten im Dezember 2004 in Steinburg nahe Itzehoe erleben: Mit ihnen lieferten sich Börm und seine »Ordner«

zum Auftakt des Landtagswahlkampfes in Schleswig-Holstein eine regelrechte Straßenschlacht.

Mit Tablets und Tischen als Schutzschilden, mit Stühlen und Flaschen zum Schlagen stürmten die Rechtsextremisten auf die etwa 60 Menschen zu. Die Situation eskalierte, **bis ein Zivilpolizist zur Warnung aus scharfer Waffe in die Luft feuerte. Filmaufnahmen zeigten später, dass Börm die »Ordner« noch per Handzeichen lenkte, während er selbst mit Steinen warf.** |



Eher unscheinbar steht Börm am Rande von Demonstrationen. Doch ein Wort genügt: Niemand in der Szene wage es, ihm zu widersprechen, sagen Insider.

Die Adresse zeugt von Wohlstand: die Auguste-Baur-Straße in Hamburgs Villenvorort Blankenese. In der zweistöckigen Jugendstilvilla mit dem nicht mehr ganz frischen Anstrich ist Jürgen Riegers Anwaltskanzlei.

Auf dem Schreibtisch stapeln sich Gerichtsakten. Der 62-Jährige ist der »Staranwalt« der rechten Szene. Zu seinen Klienten gehörten der vom RAF-Terroristen zum Neonazi gewandelte Horst Mahler und der Holocaustleugner Ernst Zündel. Rieger ist Überzeugungstäter: Er teilt die Ansichten seiner braunen Mandanten bis hin zu deren Verehrung für Hitler.

»Adolf Hitler ist mit Sicherheit der größte Staatsmann, den wir im letzten Jahrhundert gehabt haben«, sagte er in einem Interview. Auch Rieger selbst hat als Anwalt im Prozess die Existenz der Gaskammern in Konzentrationslagern geleugnet. Das brachte ihm eine Verurteilung wegen Volksverhetzung ein. Rieger will das Urteil anfechten. Der Spross einer Hamburger Arztfamilie sorgt sich um den Untergang der »arischen Rasse«, liebt germanische Bräuche, und er ist fanatisch in seinem Hass auf Menschen anderer »Rassen«.

Beim Pressefest der NPD in Sachsen im Jahr 2006 brüllte er vor mehreren hundert Neonazis unter lautem Beifall **Sätze wie diesen:** »Die Neger haben einen Intelligenzquotienten von durchschnittlich 85 – und das ist etwa die Hälfte zwischen Schwachsinn und normalbegabt.«

74 Nicht zuletzt wegen Aussagen wie dieser bescheinigt ihm die Sprecherin des nieder-

Gefährliches »Multitalent«

Rechtsanwalt Jürgen Rieger gilt als fanatischer Rassist

sächsischen Verfassungsschutzes, Maren Brandenburger, einen »geradezu obsessiven Rassismus«.

Doch Rieger ist mehr als ein fanatischer Hetzer. Der Vizechef des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, Manfred Murck, bezeichnete ihn als »gefährliches Multitalent«. Zum »Multitalent« wird Rieger vor allem, weil er offenkundig über erhebliche finanzielle Mittel verfügt. Zu deren Herkunft gibt es mehr Fragen als

Antworten. Er selbst sprach 2005 in einem Interview von »Grundstücksspekulationen«. Rieger war fast 20 Jahre lang Mitglied des Grundeigentümergebietes im noblen Blankenese, bis 1995 auch in dessen Vorstand. Ein anderer Teil seines Vermögens stammt offenbar aus Hinterlassenschaften verstorbener Altnazis – von Menschen, die wollen, »dass ihr Vermögen der Bewegung« zugute kommt, wie Rieger es formuliert. Seit Ende der 1970er Jahre setzt der Anwalt dieses Geld für seine Zwecke ein. 1978 ließ er zwei von ihm dominierte Vereine am Rande der Lüneburger Heide einen Bauernhof kaufen. Dort gründete er das Schulungszentrum »Hetendorf 13«, das jahrzehntlang ein

Gilt als fanatischer Rassist: der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger.



brauner Szenetreffpunkt war. 1998 wurden die Vereine verboten, später das Anwesen enteignet.

Rieger aber scheint entschlossen, wieder einen Treffpunkt für die norddeutsche Szene zu etablieren. Zunächst kaufte er ein Kino in Hameln, dann die ehemalige Bundeswehrliegenschaft Heisenhof in Dörverden. Er versuchte sich am Erwerb der Stadthalle in Verden und scheiterte offenbar nur knapp beim Kauf des »Hotels am Stadtpark« in Delmenhorst. Der bekennende »Neuheide« will »Rassezüchtung« betreiben, »nordische Menschen mit nordischen Menschen« paaren. Denn Blondinen seien intelligenter als Brünette, weiß er zu berichten. Er selbst ist brünett.

Jahrzehntelang agierte Rieger in der rechtsextremen Szene als Einzelgänger. Das änderte sich im September 2006, als er in die NPD eintrat. Kurze Zeit später wollte er sich beim Bundesparteitag der NPD in Berlin zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden wählen lassen. Doch Rieger hatte seine Macht offenkundig überschätzt und wurde mit einem Beisitzerposten abgespeist. Seit Januar 2007 ist er Landesvorsitzender der NPD in Hamburg.

Dass er kein harmloser Spinner ist, belegt er nicht nur durch seine fanatischen Reden auf Parteitagern sondern auch vor laufender TV-Kamera.

Ganz deutlich gab er da seine Gewaltphantasien für die Zeit nach der von ihm so sehnsüchtig herbeigewünschten »nationalen Revolution« preis:



Braune Sammelleidenschaft: Unter anderem besitzt Rieger Wehrmachtfahrzeuge.

»So warten Sie es doch ab, wenn der erste Reporter umgelegt ist, der erste Richter umgelegt ist. Dann wissen Sie, es geht los.«

Als der Reporter nachhakte, wen Rieger denn umgelegt sehen wolle, drohte dieser unverhohlen und öffentlich: »Reporter, Richter, Polizisten, Sie!«

Seit kurzem steht zum ersten Mal Riegers Job auf dem Spiel: Die Staatsanwaltschaft Mannheim hat Anklage wegen Volksverhetzung erhoben. Sie wirft dem Neonazi vor, als Verteidiger Ernst Zündels in neun Fällen den Holocaust abgestritten oder verharmlost zu haben – und zugleich hat die Staatsanwaltschaft ein Berufsverbot beantragt. |

In der Öffentlichkeit den Hitler-Gruß zu zeigen oder »Sieg Heil« zu rufen, ist in diesem Lande bei Strafe verboten. Weil sie aber gern den rechten Arm zum »Deutschen Gruß« emporrecken, brauchen Neonazis schützende Mauern, die ihr verbotenes und menschenverachtendes Treiben verbergen.

Deshalb sind immer wieder Schlagzeilen zu lesen, die von der Sorge um ein künftiges »Tagungs- und Schulungszentrum« der Rechtsextremisten berichten. Tatsächlich ist der Immobilienbesitz der Neonazis nur schwer zu überblicken. Häusern sieht man von außen nicht an, ob drinnen braune Parolen gegrölt oder Kader geschult werden.

Sicher ist: In Georgsmarienhütte bei Osnabrück verfügt die NPD seit mindestens zehn Jahren über ein Gebäude, das sie nach Gutdünken für ihre Zwecke nutzen kann – einen heruntergekommenen 1970er-Jahre-Bau. Das ehemals weiße Backsteinhaus dient als »Tagungs- und Schulungszentrum«. Hier wird menschenverachtende Skinhead-Musik gespielt, und es gibt Konzertabende einschlägig vorbestrafter Liedermacher wie Frank Rennicke. Durchreisende »Berufsdemonstranten« aus dem rechtsextremistischen Lager erhalten hier ebenso Quartier wie »Kameradschaftskader« aus anderen Bundesländern, die für die NPD im Wahlkampf Flugblätter ungeben in Hausbriefkästen stopfen.

In Wilhelmshaven verfügt die NPD über Räume in einem Einfamilienhaus, in dem ebenfalls »Gruppen- und Schulungsabende« veranstaltet werden. Anderenorts

Nichts als Pokerspiele?

Neonazis bekunden häufig Interesse an Immobilien

ist die Partei auf gleichgesinnte Gönner angewiesen. In Eschede nahe Celle lebt der Landwirt Joachim Nahtz. Er gehört zum Urgestein der Szene in Norddeutschland und stellt den Extremisten seine Ländereien regelmäßig für »Zelt- und Pfingstlager« sowie »Sonnwendfeiern« zur Verfügung.

Ohne solche Gönner haben es Rechtsextremisten in Niedersachsen schwer, geeignete Räume für ihre Treffen zu finden. Seriöse Gastwirte gehen auf Abstand, wenn die NPD bei ihnen anklopft. Bestenfalls

finanziell notleidende Gastronome auf dem Lande sind bereit, ihre oft schäbigen Hinterzimmer (Bier-)Umsatz verheißenden Neonazi-Runden zur Verfügung zu stellen.

Lügen gehören in Extremistenkreisen offenbar auch bei der Raumbeschaffung zum Geschäft.

Für seinen Landesparteitag im März 2007 mietete sich der Landesverband der NPD unter Angabe falscher Daten in einer Gastwirtschaft in Ostfriesland ein. Als der Gastwirt von der wahren Identität

Die NPD-Fahne wehte nicht lange über Melles altem Bahnhof.

Ob Rieger das Gebäude tatsächlich erworben hat, ist nach wie vor unklar.



seiner Gäste erfuhr, bewies er Zivilcourage und setzte die NPD-Mitglieder mit Hilfe der Polizei kurzerhand an die Luft. Die Neonazis machten ihrer Verärgerung mit einer »Spontandemo« in Oldenburg Luft und lieferten sich dort eine Rauferei mit der Polizei. Strafanzeigen wegen Landfriedensbruchs und Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte waren die Folge.

Weil das braune Parteivolk fast flächendeckend ohne Raum dasteht, scheinen Kader der NPD erpicht darauf, eigene Immobilien zu erwerben. Der nach Spendenbetrügereien chronisch klammen NPD fällt es allerdings zunehmend schwer, als liquide und damit als ernstzunehmender Geschäftspartner aufzutreten. Dennoch ist in vielen Kommunen die Sorge groß, dass in ihrer Stadt oder Gemeinde ein rechtsextremistisches »Schulungszentrum« entstehen könnte. Manches Ratsmitglied würde den Rechtsextremisten in Frage kommende Gebäude lieber mit kommunalem Geld vor der Nase wegkaufen, als tatenlos der Entstehung eines braunen Schandflecks zuzusehen.

Mit Hilfe einer beispiellosen Spendensammlung in der Bevölkerung legte die Stadt Delmenhorst 2006 rund drei Millionen Euro auf den Tisch, um dem Hamburger Neonazi Jürgen Rieger das »Hotel am Stadtpark« mit seinen mehr als 100 Zimmern wegzuschnappen. Das gelang zwar – jetzt aber sitzt die Stadt auf einer schwer nutzbaren Immobilie, die monatlich mindestens 15 000 Euro verschlingt.

Zudem ist bis heute unklar, ob Rieger den



Teurer Leerstand: Drei Millionen Euro ließ sich die Stadt Delmenhorst das »Hotel am Stadtpark« kosten, um es dem Neonazi Rieger wegzuschnappen.

Millionenpreis wirklich auf den Tisch gelegt hätte oder ob es sich um ein raffiniert eingefädelt Pokerspiel gehandelt hat.

Mit dem Ziel, den Preis künstlich hochzutreiben und am Ende feixend den Mehrerlös zwischen Verkäufer und vermeintlichem braunem Bieter aufzuteilen.

Die Idee ist nicht neu. Sie stammt aus dem NPD-Kreisverband Jena. Der wusste schon im Jahre 2005 um die Furcht in deutschen Rathäusern. Auf seinen Internetseiten bot der Kreisverband Immobilienverkäufern folgenden »Service« an: »Gegen Zahlung einer Parteispende stellen wir Ihnen schriftlich aus, ein gesteigertes Interesse am Erwerb Ihrer Immobilie zu haben. Ebenfalls in diesem »Service« enthalten ist eine Mitteilung an die örtliche Presse. Damit haben Sie die besten Chancen, dass Ihre Immobilie zu Höchstpreisen von der Stadt gekauft wird.« Lügen, bluffen und Kasse machen: Niemand weiß genau, wie oft die NPD und ihre Handlanger bereits

auf dem Immobilienmarkt mit der Angst Geschäfte gemacht haben.

In Melle jedenfalls hat man sich 2007 nicht ins Bockshorn jagen lassen – und den Spieß einfach umgedreht. Dort hat Rieger nach Informationen der Meller Kreiszeitung tatsächlich seine Unterschrift unter einen Kaufvertrag gesetzt. Er könnte jetzt Eigentümer eines abgetakelten Bahnhofsgebäudes werden. Die Stadt hat sich am Immobilienpoker nicht beteiligt. Der Kaufpreis beträgt rund 700 000 Euro. Rieger behauptet, vom Vertrag zurücktreten zu können. Mit dieser Meinung steht er allerdings ziemlich alleine. Zudem ist längst nicht jeder davon überzeugt, dass der nach eigener Aussage wohlhabende Rieger die Summe tatsächlich aufbringen kann. Beim Poker gibt es nun einmal kein Rücktrittsrecht – und mancher hat schon alles verloren. |

Braune Weisheiten

Der »Kampf um die Köpfe« ist der NPD ein zentrales Anliegen. Dabei verhält sie sich wie ein Drogendealer: Mit rechter Musik und Mode werden künftige Konsumenten »angefixt«, mit regelmäßigen Schulungen »Erstkonsumenten« zu abhängigen »Dauerkunden« erzogen.

Die Fortbildungen sollen nicht nur auf Auseinandersetzungen mit dem »politischen Gegner« vorbereiten. Sie sollen auch den Zusammenhalt in der Szene fördern. Die NPD in Niedersachsen verfolgt dieses Konzept seit Jahrzehnten. Erfahrung hat das der heute 38 Jahre alte Peter von der Birn*. Anfang der 1990er Jahre spielte er eine führende Rolle in der NPD-Nachwuchsorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) in Norddeutschland. Mehrfach nahm er in dieser Zeit an Kaderschulungen der NPD in Hetendorf nahe Celle teil. »Das war sehr praxisnah«, berichtet Peter von der Birn. »Wir haben zum Beispiel gelernt, was zu tun ist, wenn ein »Kamerad« verhaftet

Kader vermitteln ihrem Nachwuchs zweifelhaftes Wissen

wird.« Die Referenten von damals sind die Parteigrößen von heute – wie der niedersächsische NPD-Vorsitzende Ulrich Eigenfeld.

DochnichtnurdieReferentenhabenim rechtsextremen Lager »Karriere« gemacht. Auch mancher Teilnehmer stieg in der Hierarchie ganz nach oben. Zu ihnen gehört der aus Hildesheim stammende NPD-Aktivist Holger Apfel. Heute sitzt er als Fraktionsvorsitzender der NPD im sächsischen Landtag und ist für seine dreisten Hass Tiraden gegen Andersdenkende berüchtigt. Beim niedersächsischen NPD-Parteitag in Scharzfeld gab er im April 2007 eine Kost-



Wissenswertes? Die radikale NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« lehrt den rechten Umgang mit der Presse.

probe: »Aus einer türkischen Salami wird auch dann kein Deutschländer-Würstchen, wenn sie sechs Wochen in einem deutschen Kühlschrank gelegen hat«, hetzte er gegen die ihm verhasste Integration ausländischer Mitbürger. Gelernt hat Apfel sein rhetorisches Handwerk vor allem in der Schulungsstätte »Kalte Zeit 10« des NPD-Funktionärs Adolf Dammann in Sulingen im Landkreis Diepholz.

Dammann kaufte das ehemalige Bauernhaus 1978. Mehr als zwei Jahrzehnte lang stellte er das Gebäude der NPD und anderen rechtsextremistischen Organisationen als »Schulungsstätte« zur Verfügung. Zu den Teilnehmern der »Fortbildungsveranstaltungen« gehörte Jan Zobel, der Ende der 1990er Jahre aus der Szene ausgestiegen ist. Mehrfach drückte Zobel dort die Schulbank – im gleichen Kursus saß Holger Apfel. »Ein besonders strebsamer Aktivist«, erinnert sich Zobel. 1999 ging die »Kalte Zeit 10« durch Brandstiftung in Flammen auf – die Schulungen wurden in Dammanns Haus in Bargstedt fortgesetzt.

NPD-Urgestein Adolf Dammann leitet den Nachwuchs an.



Ideologischer Unterricht hat bei der NPD Niedersachsen eine lange Tradition: In den 1970er Jahren gab die JN ein »Pressehandbuch« heraus, seit 1977 erhalten Parteifunktionäre zudem per Rundbrief einen »Leitfaden« für den Umgang mit der Presse

Das Motto lautet: Aufmerksamkeit erregen – um jeden Preis. Nichts fürchtet der NPD-Funktionär mehr, als keine Beachtung zu finden.

Wörtlich heißt es in dem Rundbrief an die Gesinnungsfreunde: »Grundsätzlich solltet Ihr gegen Zeitungsredaktionen nur in Ausnahmefällen aktiv werden. Ansonsten besteht nämlich die Gefahr, dass sie gar nichts mehr über uns berichten. Und das Totgeschwiegen-Werden ist ja heute unser Hauptproblem.«

Pech für die NPD, dass Zeitungs-, Radio- und Fernsehredaktionen berichten wollen, was interessiert. Daher zitieren sie in der Regel Politiker, die inhaltlich etwas zu sagen haben. Trotz aller Schulungen verbreiten NPD-Politiker nichts als Hetzparolen und Phrasen. Für Schlagzeilen sorgen Kader und Mitläufer bestenfalls durch skandalöse Sprüche – und durch Straftaten. |



Ein ehemaliger Rechtsterrorist als »Lehrer«: Auf dem Heisenhof in Dörverden sprach NPD-Aktivist Peter Naumann über »Methoden der Observation«.

Das Geschehen in der »Eilenriedehalle« in Hannover wirkt grotesk: Umrahmt vom Fahnen schwenkenden Parteienwachstums, schmettern der niedersächsische NPD-Vorstand und aus Dresden, Schwerin und Berlin angereiste Redner das »Lied der Niedersachsen«.

Das unbeholfene Zucken der Mundwinkel bei manchem auf dem Podium zeigt, dass nicht jeder textsicher ist. Aber darauf kommt es der NPD an diesem sonnigen Nachmittag des 15. September 2007 gar nicht an. Die karge fensterlose Halle ist Schauplatz eines Spektakels, das die NPD »Wahlkampfauftakt« nennt. Die Kader wollen Geschlossenheit demonstrieren, nachdem sie zuvor jahrelang interne Grabenkämpfe ausgefochten haben.

Vier Monate vor der Landtagswahl in Niedersachsen wittert die NPD-Führung um den Spitzenkandidaten Andreas Molau Morgenluft: Es ist ein knappes Jahr her, dass die NPD im Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern mit mehr als sieben Prozent den Sprung ins Landesparlament geschafft hat. Die Strippen im Schweriner Landtagswahlkampf zogen damals zwei gewiefte und politisch skrupellose Taktiker: der NPD-Landesvorsitzende Stefan Köster und sein Parteikompagnon Peter Marx. Beide sollen nun auch im niedersächsischen Wahlkampf für die rechtsextreme Partei die Fäden ziehen.

Das »Lied der Niedersachsen« wird an diesem Septembernachmittag nicht nur wegen der bevorstehenden Landtagswahl besonders laut gesungen: Niedersachsen ist auch das Stammland der rechtsextremen Partei. Am Sonnabend, 28. November

Sie sind nicht »die Niedersachsen«

In ihrem Stammland ist die NPD chancenlos – aber gefährlich

1964, stellte – im nur wenige Kilometer von der heutigen »Eilenriedehalle« entfernten »Döhrener Maschpark« – der Zementfabrikant Friedrich Thielen die entscheidende Frage: »Wer ist für die Gründung der neuen Partei?« Einen Augenblick herrschte gespannte Ruhe: Dann erhoben sich die rund 600 versammelten Männer in ihren schwarzen Anzügen und applaudierten. Das war die Geburtsstunde der NPD. Und schon damals war sie ein Sammelbecken für – teils verbotene – nationale, neonazistische und radikal-nationalistische Splittergruppen.

Drei Jahre später, bei den Landtagswahlen 1967, machten rund 7,1 Prozent der Wähler in Niedersachsen ihr Kreuzchen bei der NPD.

Zehn Abgeordnete kamen in den Landtag. Die Freude darüber währte nicht lange. Missgunst und Zwietracht waren schon damals ständige Begleiter der Rechtsextremisten.

Kurze Zeit später verließen drei Abgeordnete die NPD-Fraktion. Ein Jahr später erreichte die Partei bei den Kommunalwahlen landesweit nur noch 5,2 Prozent. Statt erhoffter 200 schickte sie



Verbotener Gruß: Beim NPD-Wahlkampfauftakt im September 2007 machen einige Neonazis keinen Hehl aus ihrer Gesinnung.

117 Rechtsextremisten in die Rathäuser und Kreistage. Ein unaufhaltsamer Abstieg hatte begonnen.

Heute kommt die NPD landesweit auf gerade einmal 18 Abgeordnete in Kommunalparlamenten. Laut Spitzenkandidat Andreas Molau sieht sich die Partei beim Wahlkampfauftakt in der »Eilenriedehalle« dennoch »im Aufwind«. Der Extremist will jede Zwietracht in den eigenen Reihen übertünchen. Doch der politische Spaltpilz findet im Sumpf der NPD Niedersachsen Nahrung im Überfluss. Mancher Spitzenfunktionär guckt in der »Eilenriedehalle« vermutlich deshalb so angestrengt, weil er in der Tasche die Faust ballt gegen manchen, der da mit ihm auf der Bühne steht.

Im Zentrum der Kritik steht der NPD-Landesvorsitzende Ulrich Eigenfeld. Er ist wie stets in Anzug und Krawatte gekleidet

und gilt als Vertreter des formal bürgerlichen Flügels der NPD. Dem Ex-Eisenbahner werden finanzielle Mauseheleien und Eigenmächtigkeiten vorgeworfen, die wenige Monate zuvor beinahe zum Scheitern des NPD-Landesparteitages in Scharzfeld geführt hätten.

Besonders verübelt wird ihm das Redeverbot, das er gegen einen der prominentesten »Kameradschaftsanführer« in Niedersachsen verhängte: Dieter Riefling aus Hildesheim. Riefling, selbst nicht NPD-Mitglied, war über Jahre regelmäßig mit provozierenden Ansprachen bei Veranstaltungen der NPD aufgetreten. Offenbar aus Angst, Riefling könnte das von Eigenfeld sorgsam gepflegte, oberflächlich bürgerliche Image zur Landtagswahl 2008 zerstö-

ren, hängte Eigenfeld ihm einen Maulkorb um. Später knickte er ein und nahm das Redeverbot zurück. Das zeigt, wie groß der Einfluss der als besonders gewaltbereit und fanatisch geltenden »Kameradschaften« auf die NPD ist.

Sie haben in Adolf Dammann, dem Vorsitzenden des mächtigen Unterbezirks Stade, einen einflussreichen Fürsprecher. Im Landtagswahlkampf spielen Mitglieder der »Kameradschaften« eine Schlüsselrolle. Ohne sie wäre der 630 Mitglieder zählende Landesverband kaum in der Lage, wie angekündigt mehr als eine Million Wahlzeitungen zu verteilen, Infostände in Fußgängerzonen zu besetzen oder nennenswert viele Plakate zu kleben. Auch bei Aufmärschen stellen die »Kameraden« das

Gros der Teilnehmer. Viele von ihnen haben mittlerweile ein NPD-Parteibuch.

Alle Versuche des »bürgerlichen Lagers«, sich in der NPD von diesem Gedankengut abzusetzen, verfehlen beim Wähler offenbar ihre Wirkung.

Keines der renommierten Meinungsforschungsinstitute bescheinigt der Partei ernstzunehmende Aussichten, Ende Januar 2008 in den Landtag von Hannover einzuziehen.

Vielleicht klingt deshalb das »Lied der Niedersachsen« beim Wahlkampfauftakt in der »Eilenriedehalle« weniger nach gesundem Selbstbewusstsein als nach angstvollem Pfeifen im Walde. |

Grotesk anmutende Inszenierung:

Fahnen schwenkend zieht der NPD-Nachwuchs in die »Eilenriedehalle« ein.



Die NPD wurde 1964 in Hannover als Sammlungsbewegung des »nationalen Lagers« gegründet. In ihr vereinigten sich teilweise verbotene, rechtsextremistische Splittergruppen mit der damaligen »Deutschen Reichspartei« (DRP). Die DRP stand in der Tradition der 1952 verbotenen »Sozialistischen Reichspartei«, einer Nachfolgeorganisation von Hitlers NSDAP.

Von 1966 bis 1968 verbuchte die Partei unter den Vorsitzenden Fritz Thielen und Adolf von Thadden bei Landtagswahlen Erfolge. Sie zog in sieben Landtage ein: Niedersachsen, Hessen, Bayern, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Bremen. Bei den Bundestagswahlen 1969 scheiterte sie mit 4,3

Auf dem absteigenden Ast

Die NPD zählt heute bundesweit nur noch knapp 7000 Mitglieder

Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde. In der Folgezeit verlor die rechtsextreme Partei an Bedeutung. Das betrifft Wahlergebnisse wie Mitgliederzahlen. Kam die NPD bundesweit einst auf knapp 30 000 Mitglieder, sind es heute noch knapp 7000.

In den 1980er Jahren traten im rechtsextremen Spektrum mit der DVU und den Republikanern Konkurrenten auf den Plan. 2005 aber schlossen DVU und NPD den so genannten »Deutschland-Pakt«: Man kam

überein, sich in den Bundesländern nicht gegenseitig Konkurrenz zu machen. Nun tritt bei Landtagswahlen nur jeweils eine der beiden rechtsextremen Parteien an. Die Republikaner lehnen eine Zusammenarbeit mit der NPD weiter ab – die Folge ist ein flächendeckender Bedeutungsverlust der »Reps«.

In den vergangenen Jahren nahm die NPD regelmäßig an Wahlen teil. In Sachsen errang sie im September 2004 einen Stimmenanteil von 9,2 Prozent und zog mit zwölf Abgeordneten erstmals wieder in einen Landtag ein. 2006 kam sie bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern auf 7,3 Prozent und stellt seither sechs Abgeordnete.

Fadenscheinig einig: Hinter den Kulissen sind sich Niedersachsens NPD-Kader und »Kameradschaftsanführer« alles andere als wohl gesonnen.





Und tschüss: Die NPD ist auf dem absteigenden Ast.

Ideologisch strebt die NPD die Schaffung einer »Volksgemeinschaft im natürlichen ethnischen Sinne an«. Nach Einschätzung des niedersächsischen Verfassungsschutzes führen Geschichtsverständnis und programmatische Äußerungen führender Parteivertreter zu dem Schluss, dass der Begriff »Volksgemeinschaft« im Sinne des historischen Nationalsozialismus interpretiert werden muss. Geleitet von diesem Ansatz erhebe die NPD unter anderem die Forderung nach einer »Rückführung von Ausländern in ihre Heimatländer«, schreiben die Verfassungsschützer in ihrem Jahresbericht 2006.

Parteikader lassen auch öffentlich keinen Zweifel an ihrer Ablehnung des demokratischen Systems der Bundesrepublik

und ihrer Verehrung für das »Dritte Reich«.

So nennt der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt als Ziel, die Demokratie »abzuwickeln«. Das Stelenfeld des Holocaust-Mahnmals in Berlin empfahl er, als »Fundamente einer neuen Reichskanzlei« zu nutzen. Voigt, der seit 1996 Parteivorsitzender ist, zeichnet verantwortlich für die wachsende Radikalisierung der Partei. Er bemüht sich auch, Mitglieder neonazistischer »Kameradschaften« stärker einzubinden. |

Die alte und neue Garde: Der Landesvorsitzende Ulrich Eigenfeld (links) bemüht sich, die bürgerliche Fassade aufrechtzuerhalten. Bundesvorstandsmitglied und »Kameradschaftsanführer« Thorsten Heise (rechts) steht für die gewaltbereite Szene.



NPD-Kandidaten versprechen viel im Wahlkampf. Vor allem wollen sie »Anwalt der kleinen Leute« sein. Dafür versprechen sie vollen Einsatz im Landesparlament, in Kreistagen oder Rathäusern.

Aber einmal gewählt, machen NPD-Kommunalpolitiker vor allem durch Unwissenheit und Passivität auf sich aufmerksam. Sie »schwänzen« wichtige Ausschusssitzungen hinter verschlossenen Türen, weil diese ihnen kein Forum für ihre Propaganda bieten.

Die Ratsversammlung in Bad Lauterberg im Harz ist ein Beispiel: Elf Punkte umfasst die Tagesordnung an diesem Novemberabend. Es geht um Straßenbeleuchtungen, Sitzbänke und den »Schierker-Feuerstein-Platz«. Auch Michael Hahn hat das Papier vor sich auf dem Tisch, daneben einen weißen Zettel. Auf ihm vermerkt der 37-Jährige fein säuberlich das Datum: »22. November 2007«. Dabei bleibt es, mehr hält er an diesem Abend nicht für notierenswert.

Er hebt gerne mal den Arm. Ansonsten fällt Michael Hahn vor allem durch Ignoranz und Inkompetenz auf – oder gar nicht.



Das große Versagen nach der Wahl

NPD-Abgeordnete fallen vor allem durch Unwissenheit auf

Hahn sitzt seit der jüngsten Kommunalwahl für die NPD im Stadtrat. 3,7 Prozent der Stimmen erhielt seine Partei am 10. September 2006 in dem rund 12 000 Einwohner zählenden Städtchen. Das Sitzungsprotokoll braucht an diesem Abend keinen einzigen Redebeitrag von Hahn festzuhalten. Nur einmal ist seine Stimme zu vernehmen – als ein SPD-Ratsmitglied sich weigert, dem Rechtsextremisten zur Begrüßung die Hand zu geben. Da protestiert der NPD-Mann laut und vernehmlich.

Im Wahlkampf hat er noch »Fundamentalopposition« und »engagiertes Eintreten für die Sorgen der Bürger« versprochen. Zu merken ist davon heute nichts. Nicht nur an diesem Abend, berichtet der SPD-Fraktionsvorsitzende in Bad Lauterberg, Heinz Kalamorz: »Von Aktivität kann man eigentlich nicht sprechen. Ich habe noch nicht erlebt, dass Herr Hahn einen Antrag eingereicht oder größere Wortbeiträge gebracht hat.« Nur einmal in den 14 Monaten seiner Amtszeit als Kommunalparlamentarier ergriff Hahn bislang das Wort – das war an jenem Abend, als die Ratsversammlung eine Resolution gegen Rechtsextremismus verabschiedet hat.

Da riss er den Arm hoch und stimmte dagegen. Mühsame Fleißarbeit in den

kommunalen Ausschüssen dagegen ist seine Sache nicht. Der NPD-Vertreter nimmt nicht einmal an den Sitzungen des Verwaltungsausschusses teil. Dort werden nicht-öffentlich wichtige Personal- und Sachentscheidungen vorbereitet. Für den CDU-Fraktionsvorsitzenden Horst Tichy ist klar: »Wer sich so verhält, macht deutlich, dass er sich für das Geschehen in der Kommune nicht interessiert.«

Michael Hahn in Bad Lauterberg ist kein Einzelfall. Im Verdener Kreistag sitzt der ehemalige **Chirurg Rigolf Hennig für die NPD. Schon der konstituierenden Sitzung im Herbst 2006 blieb der 73-Jährige selbstverschuldet fern: Wegen Volksverhetzung verbüßte er eine Haftstrafe. Erst fünf Monate später nahm er erstmals an einer Sitzung teil.** Wie sein Kollege Hahn aus

Bad Lauterberg blieb er weitgehend stumm. Außerhalb des Kreistages aber bringt er Sätze wie diesen: In Bergen-Belsen habe es etwa 3000 Tote gegeben. Diese Menschen seien überwiegend verhungert. Und zwar nur deshalb, weil britische Tiefflieger die Nahrungsmitteltransporte bombardiert hätten. Tatsächlich ermordeten die Nazis in dem ehemaligen Konzentrationslager zwischen 1940 und 1945 mehr als 70 000 Menschen auf zum Teil bestialische Art.

Nach Ansicht des früheren stellvertretenden Präsidenten des Landtages in Hannover, Ernst-Henning Jahn (CDU) aus Wolfenbüttel, sind Äußerungen wie die von Rigolf Hennig an Zynismus kaum zu überbieten. Jahn hat sich intensiv wissenschaftlich mit dem Thema Konzentrationslager auseinandergesetzt. Er spricht von »empörender Geschichtsfälschung«. Ihm will nicht einleuchten, dass solche Äußerungen straffrei bleiben.

Skandalöse Äußerungen von NPD-Mitgliedern in der Öffentlichkeit auf der einen, Unwissenheit und Ignoranz in der täglichen Parlaments- und Ausschussarbeit auf der anderen Seite: Das hat bei den Rechtsextremisten

Methode, wie auch die sechs NPD-Abgeordneten im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns beweisen. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (SPD) bekommt deren Aggressivität und Respektlosigkeit gegenüber demokratischen Institutionen besonders zu spüren.

Vor allem der NPD-Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs (»Ein Hitler wird leider nur alle 1000 Jahre geboren.«) greift zu Formulierungen, die sich offenkundig an den Hetzreden führender NS-Politiker im »Dritten Reich« anlehnen. So nannte er Landtagspolitiker »Banditen« und wollte den »ganzen Saustall mit eisernem Besen ausfegen«.



Verbale Entgleisungen: Im Schweriner Landtag kassiert Pastörs' Fraktion die meisten Ordnungsrufe.

Pastörs – auch er nennt sich gern »Anwalt der kleinen Leute« – ließ sich auf Kosten des Steuerzahlers ein Abgeordnetenbüro einrichten. Ein Büro, in dem man sich in »die Reichskanzlei der 1930er Jahre zurückversetzt fühlt«, berichten Augenzeugen. Für kein anderes Abgeordnetenbüro musste die Landtagsverwaltung so viel Aufwand bei der Beschaffung der Einrichtung treiben wie für das von Pastörs mit seinen »ausgefallenen« Wünschen.

Keiner anderen Fraktion im Schweriner Landtag gelten so viele Ordnungsrufe wie der NPD. Sechsmal wurden Abgeordnete bereits wegen sprachlicher Anleihen beim NS-Regime (»Hier spricht die Stimme des Blutes.«) oder anderer verbaler Entgleisungen von der weiteren Teilnahme an der Sitzung ausgeschlossen. Praktische Arbeit in den Parlamentsausschüssen dagegen scheuen die NPD-Parlamentarier offenkundig. Dort ziehen sie es vor, zu schweigen.

Dafür überziehen sie das Parlament mit einer Flut von Anfragen. Bis Dezember 2007 waren es 365. Das Ziel ist offenbar, die Arbeit der Gremien zu behindern. Vermutlich haben die Schweriner NPD-»Politiker« mittlerweile selbst den Überblick über die von ihnen eingeforderten Antworten verloren. Bis Mai 2007 stellten sie ihre Anfragen als »Erfolge« ihrer Arbeit auf ihre Internetseiten. Seither gab es keine Aktualisierung mehr. Der Hamburger Politologe Markus Birzer hat die »Arbeit« der NPD-Abgeordneten in Kommunalparlamenten Mecklenburg-Vorpommerns wissenschaftlich untersucht. Im Ergebnis bescheinigt er den Rechtsextremisten vor allem zwei Dinge: Inkompetenz und Ignoranz. |

Wäre die Angelegenheit nicht so ernst, könnte die Geschichte durchaus als Stoff für einen Thriller erhalten. Anfang des Jahrtausends unternahm die deutsche Politik den vergeblichen Versuch, die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) zu verbieten.

Nur drei Jahre später hatten sich Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat gehörig blamiert. Das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht wurde eingestellt. Der »Aufstand der Anständigen« im Kampf gegen den Rechtsextremismus war, wie der Chemnitzer Politikwissenschaftler Lars Flemming feststellte, zum »Aufstand der Unfähigen« geraten. Die NPD durfte weiterbestehen.

Was war geschehen? Anfang dieses Jahrtausends wurde das Vorhaben, nach dem Verbot der »Sozialistischen Reichspartei« 1952 und der »Kommunistischen Partei Deutschlands« im Jahr 1956 zum dritten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine Partei verbieten zu lassen, auf den Weg gebracht. Eine Reihe fremdenfeindlicher Anschläge hatte zuvor in Deutschland dafür gesorgt, dass sich die Menschen rechtsextremistischen Gruppierungen zunehmend entgegenstellten.

Die demokratischen Parteien, in deren Reihen immer wieder die Forderung nach einem NPD-Verbot laut geworden war, nahmen diese Entwicklung auf. **In Umfragen sprach sich die Mehrheit der Deutschen für ein Verbot der NPD aus. Diesem Wunsch wollte sich offenbar keine der politischen**

Vom Staat unterwandert

Das Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens blamiert Demokraten

Parteien entgegenstellen. Eilig stellten Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat ihre Verbotsanträge zusammen, die sie bereits im Januar 2001 beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe einreichten. Das Verfahren war auf den Weg gebracht.

Fast genau ein Jahr später platzte die politische Bombe. Nach und nach wurde bekannt, dass in den Führungszirkeln der NPD zahlreiche Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörden saßen. Die

so genannten V-Leute waren entweder vom Verfassungsschutz in die NPD eingeschleust worden, oder es handelte sich um langjährige NPD-Mitglieder, die von der Behörde bezahlt wurden, um im Gegenzug Informationen über das Innenleben der Partei weiterzugeben.

Für das Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht bedeutete diese brisante Information das Ende. Aus Sicht einiger Richter war es unmöglich, festzustellen, in welchem Ausmaß der Verfassungsschutz das Treiben der NPD beeinflusst hatte. Immerhin konnten zahlreiche belastende Beweise allein durch die V-Leute gewonnen werden. Aber konnte man ausschließen, dass sie das Verhalten der Partei

Lauter dumme Esel? Neonazis machen sich häufig über Demokraten lustig.



beeinflusst haben? Haben die V-Leute ihre Darstellungen vielleicht übertrieben, um bei der Behörde Eindruck zu machen? Und was hätte es bedeutet, wenn die Geheimdienstmitarbeiter die Partei erst zu verfassungsfeindlichem Verhalten angestiftet hätten, um damit selbst die Gründe für ein Verbot zu schaffen?

Der Verdacht, die Partei sei zumindest teilweise staatlich gesteuert, konnte bei einigen Verfassungsrichtern nicht ausgeräumt werden.

Das Verbotungsverfahren wurde im März 2003 eingestellt. Zwar verbuchte die NPD diese Einstellung in der Öffentlichkeit als Erfolg. Als echter Gewinner konnte sie sich dennoch nicht fühlen.

Schließlich hatte sich herausgestellt, dass die NPD in hohem Maße von Spitzeln unterwandert war.

Aber auch der Staat hat verloren und sich blamiert. Zwar wird ein Verbot der rechtsextremen Partei immer wieder diskutiert. Die Sorge aber, dass ein erneutes Scheitern des Verfahrens vor dem höchsten deutschen Gericht der NPD propagandistischen Rückenwind verschaffen könnte, lässt vor allem in der CDU viele Politiker zögern. |



Neonazistischer Zynismus: Die Extremisten wissen die Freiheiten, die die Demokratie gewährt, bis an die Grenzen des Erträglichen auszunutzen.

Es ist ein Schwachpunkt einer Gesellschaft, wenn rechtsextremes Gedankengut kursiert und immer wieder Menschen anderer Hautfarbe, anderen Aussehens oder anderer politischer Einstellung Opfer brutaler Überfälle werden. Absoluter Schutz wäre nur durch absolute Kontrolle möglich – das wäre das Ende der freiheitlichen Gesellschaft.

Aber nicht nur der staatliche Sicherheitsapparat, sondern auch die Zivilgesellschaft ist gefordert, sich rechter Gewalt entgegenzustellen und den Betroffenen zur Seite zu stehen. Auch wird regelmäßig nach politischen und juristischen Konsequenzen gerufen. Wäre es nicht möglich, die Ausprägungen des Rechtsextremismus schlicht zu verbieten?

Postkarten und mehr: Bundesweit ist der zivilgesellschaftliche Protest gegen rechts bunt und vielfältig.



Die Kraft des Wortes

Ist es sinnvoll, die NPD zu verbieten?

In den vergangenen Jahren wurde immer wieder über ein Verbot der rechtsextremen NPD diskutiert. Im Jahr 2003 ist ein Verbotsverfahren zwar gescheitert, dennoch sind viele der Meinung, dass es sinnvoll wäre, einen neuen Versuch zu wagen. Schließlich gilt die NPD als verfassungsfeindlich, antisemitisch und antidemokratisch. Sie propagiert einen »völkischen Staat« und die angebliche Überlegenheit der »weißen Rasse«. Sie hat Verbindungen in die mili-

tante Neonazi-Szene. Und das menschenfeindliche Auftreten ihrer Vertreter in den Landtagen Sachsens und Mecklenburg-Vorpommerns dient gewiss nicht dazu, im Ausland ein gutes Licht auf Deutschland zu werfen. Könnte ein Verbot dieses Problem lösen?

Befürworter eines neuen Verbotantrages bringen das Argument vor, mit dem Verbot entfele eine der wichtigsten Finanzierungsquellen der NPD. Nach Aussage des SPD-Politikers Sebastian Edathy **bezieht die rechtsextremistische Partei mehr als die Hälfte ihres Geldes aus der staatlichen Parteienfinanzierung: »So erhält der militante Neonazismus in Deutschland über die NPD staatliche Finanzmittel, und das Parteienprivileg wird dazu missbraucht, wöchentlich Aufmärsche von Neonazis anzumelden.«** Nach einem Verbot könnte die Partei nicht mehr gewählt werden und wäre damit der Chance beraubt, ihre menschenverachtenden Parolen auch in Parlamenten zu verbreiten. Die NPD könnte nicht mehr so tun, als sei sie »eine ganz normale Partei«. Keine NPD – kein Problem?

Diesen Argumenten widersprechen die Gegner eines Verbots: Auf diese



Aufklärung hilft: Ausstellungen zeigen, wie Rechtsextremisten arbeiten und wie man sich ihnen entgegenstellen kann.

Weise werde die Auseinandersetzung mit der NPD behindert. Die Partei wäre nicht mehr greifbar, ihre Anhänger gingen in den Untergrund, was die Arbeit der Sicherheitsbehörden erschweren würde. Es wäre auch denkbar, dass gerade eine illegale Bewegung auf rechtsextrem gesinnte Menschen besonders anziehend wirken könnte. Der Reiz des Verbotenen dürfe nicht unterschätzt werden. Vielleicht würden sich rechte Gesinnungsgenossen einer verbotenen NPD ja erst recht zuwenden?

Dieser Ansatz geht einher mit dem wohl wichtigsten Argument gegen ein Verbot. Zwar wäre es möglich, die Partei verschwinden zu lassen. Das rechte Gedankengut aber ließe sich auf diese Weise nicht beseitigen. Ganz im Gegenteil: Ein Verbot würde die Szene unter Umständen weiter zusammenschweißen und so zu deren Radikalisierung beitragen.

»Der Ruf nach dem Verfassungsgericht ändert

nichts in den Köpfen der Menschen, die fremdenfeindlichen oder nationalistischen Parolen auf den Leim gehen«, sagt Frank Richter, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in Nordrhein-Westfalen. Aber welche Alternative zum Verbot gibt es?

Paul Spiegel, der 2006 verstorbene, frühere Präsident des Zentralrats der Juden, riet dazu, das Problem demokratisch zu lösen und der NPD bei den Wahlen schlicht die Stimme zu versagen: »Das Verbot«, meinte Spiegel, »wird am besten ausgesprochen durch die Wähler.« Der Politikwissenschaftler Eckhard Jesse sieht das genauso: »Die NPD ist zwar durch und durch antidemokratisch, wird aber gleichwohl demokratisch gewählt. Wer den Stimmenanteil

der Partei mindern will, muss sich in der Sache mit der Partei auseinandersetzen.«

Seiner Ansicht nach ist die demokratische Auseinandersetzung mit den Extremisten zu suchen, um sie argumentativ zu entlarven – ohne staatliche Repression, allein mit der Kraft des Wortes. Die Nichtwahl dieser Partei würde sie von staatlichen Finanzierungsquellen abschneiden und ihr die Möglichkeit versagen, ihre dumpfen Parolen auf dem parlamentarischen Weg zu verbreiten. |





4. Braune unter uns

**Wie Neonazis
sich in den Alltag
schleichen**

Heidekreis nennt sich der Landkreis Soltau-Fallingb. Und er hat noch mehr zu bieten als eine malerische Landschaft mit niedlichen Heidschnucken. Vogel-, Heide- und Serengetipark sind weit über die Kreisgrenzen hinaus bekannt und beliebt. »Braun ist die Heide« will hier kaum jemand hören.

Durch neonazistische Umtriebe falle die Region nicht auf, da sind sich Polizeisprecher Peter Hoppe in Soltau und Maren Brandenburger vom Verfassungsschutz in Hannover einig. Rechtsextreme Umtriebe machen sie nur in wenigen Orten aus. Soltau-Fallingb. ist ein niedersächsischer Landkreis wie jeder andere – er ist nur ein Beispiel.

Nur ein schlechter Faschingsscherz? In ihrem Internetauftritt zeigen die »Snevern Jungs« Ku-Klux-Klan-Kutten.



Nicht brauner als anderswo

Ein Landkreis wie jeder andere: Soltau-Fallingb. gilt als unauffällig

Christian Pfeiffer vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen hatte Kommunalpolitiker aller Fraktionen Mitte 2006 in Alarmstimmung versetzt: In kaum einer anderen Region sei der Anteil rechts-extrem eingestellter Jugendlicher so hoch wie hier. Laut Pfeiffers Studie dachte hier 2005 jeder fünfte Neuntklässler fremdenfeindlich, knapp sieben Prozent seien gar rechtsextrem eingestellt. Pfeiffer: »Was es in der Heide an braun gefärbter Tradition gibt, trägt offenkundig dazu bei, die Jugendlichen auf Kurs zu bringen.«

Auch Polizei und Verfassungsschutz fällt immerhin vor allem Schneverdingen mit seinen »Snevern Jungs« auf. Die marschieren bei NPD-Demos mit, einige wollen für die Partei in den niedersächsischen Landtag einziehen.

Die »Snevern Jungs« feiern »Karneval« mit Kutten des Ku-Klux-Klan, im Sommer zeigt der ein oder andere auch öffentlich eine Tätowierung der verbotenen Neonazi-Organisation »Blood&Honour« oder »AJAB« für »All Jews are bastards«.

Doch nicht deshalb gilt den Verfassungsschützern die »Kameradschaft« als besonders gefährlich, sondern weil sie sich daheim auch gerne bürgerlich und harmlos gibt. Ihr Anführer Matthias Behrens lässt sich mit seinen Gesinnungsgenossen häufig bei Blutspenden, Müllsammelaktionen, Skat- oder Kegeltournieren und auch auf Volksfesten blicken. Seriös in Schlips und Kragen besucht er öffentliche Sitzungen der Schneverdingen Ratsversammlung oder des Fallingb. Kreistages.

»Die braune Jauche parfümiert sich«, schimpfte ein Grünen-Abgeordneter im Februar 2007, als er Behrens unter den Zuschauern des Jugendhilfeausschusses ausmachte. Gelockt hatte den NPD-Landtagskandidaten vermutlich die Tagesordnung: Die Abgeordneten befanden über die Förderung eines Projektes gegen Rechtsextremismus.

Nicht jeder Politiker im Landkreis reagiert so deutlich wie der Grüne. Auf Einladung des damaligen SPD-Bürgermeisterkandidaten und heutigen Bürgermeisters setzte sich die Soltauer Juso-Arbeitsgemeinschaft gegen Rechtsradikalismus noch Mitte 2006 mit den »Snevern Jungs« an einen Tisch und diskutierte. Die lokale Presse titelte anschließend »Gelungener Dialog« und zitierte eine SPD-Politikerin, die die Neonazi-Kader lediglich als »Ultra-konservative« einsortierte. Auch als die Grünen wenige Wochen später zur Diskussion »Was tun gegen Rechtsextremismus?« nach Schneverdingen luden, ließen sie

dabei einige interessierte »Snevern Jungs« zuhören.

Im August 2007 liefen die »Kameraden« einmal mehr beim beliebten »Heidelauft« mit. Der Vorsitzende des Sportvereins sah »keine rechtliche Handhabe«, die Extremisten nicht mitmachen zu lassen. Neben juristischen Bedenken schien Angst im Spiel: »Wer weiß, was die sonst machen?« Noch 2006 standen die »Snevern Jungs« auf der Ergebnisliste. Als sei die Neonazitruppe ein Verein wie jeder andere. Damals hatte der Verfassungsschutz die »Kameradschaft« längst öffentlich rechtsextremistisch genannt.

In Schneverdingen tut man sich nicht nur schwer, Neonazis von Volksläufen auszuschließen. Ebenso schwer fällt es den Verantwortlichen offenbar, für Aufklärung über Rechtsextremismus zu sorgen. Ein Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften und Initiativen

wollte Ende November 2007 eine solche Veranstaltung in Schneverdingens Gesamtschule organisieren. Anfang November habe er im Kreishaus um Genehmigung gebeten, berichtet Gewerkschaftsfunktionär Charly Braun, und bis zum letzten Werktag vor dem Termin sei darüber nicht entschieden worden. »Die Entscheidungsträger sitzen das offensichtlich aus«, schimpft Braun. »Nazis aus-



Extremismus völkisch bieder: Viele »Ludendorffer« bringen Kind und Kegel zum alljährlichen Ostertreffen mit.

sitzen wird aber nicht funktionieren.« Entnervt mietete der erklärte Antifaschist einen Ersatzraum in einer Gaststätte.

Sich gegen rechts zu engagieren, scheint auch in Munster nicht einfach. Ihr »Rock gegen rechts«-Konzert jedenfalls mussten Schüler und Jusos im März 2006 fürs Erste absagen: Dem Ordnungsamt war aufgefallen, dass dem Sportheim ein zweiter Fluchtweg fehlt. Renate Knapp, SPD-Fraktionschefin im örtlichen Stadtrat, nannte die Begründung »fadenscheinig«. Für sie steckte hinter der Absage Angst vor militanten Neonazis, die einen »Konzertbesuch« angedroht hatten.

Schmierfinke: Die »Autonomen Nationalisten Soltau« verschandeln nicht nur Hauswände mit ihren Parolen.



Auch Knapps Parteifreund Dieter Möhrmann regte sich auf: Offenbar sei es engagierten Jugendlichen in Niedersachsen kaum möglich, Konzerte gegen rechts durchzuführen. Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD im Landtag ist auch Fraktionschef im Kreistag Soltau-Fallingbostels. Anlass für seinen Frust: Ebenfalls aus Furcht vor ungebetenen Besuchern war wenige Wochen zuvor im Landkreis Schaumburg ein Konzert abgesagt worden. In Munster erklang »Rock gegen rechts« doch noch – allerdings erst vier Monate später und auf einem Privatgelände.

Dabei hat der traditionsreiche Militärstandort Aufklärung über Rechtsextremismus durchaus nötig: Unter militanten Neonazis ist die Stadt offenbar beliebt.

Die »Snevern Jungs« sind nicht die einzigen, die im Internet vom örtlichen Panzermuseum und der dort gezeigten »deutschen Militärgeschichte« schwärmen.

In Munster sammelt zudem »Snevern Jung'« und NPD-Landtagskandidat Roman Greifenstein Jugendliche um sich. Einige seiner etwa zehn Anhänger seien erst 14 oder 15 Jahre alt, berichtet Verfassungsschützerin Brandenburger. Ihnen bietet Greifenstein mehr als Museumsbesuche: Von ihm angeführt sollen die »Freien Kräfte Munster« Wehrsport treiben – ganz in der Nähe des örtlichen Truppenübungsplatzes und getarnt als »Survival-Wochenenden«. Greifenstein scheint ein »Waffennarr« zu sein: Bereits 1996 wurde er verurteilt, weil er einen Menschen mit einer Pistole bedroht hatte. Inzwischen ist die Liste der Urteile gegen den Mittdreißiger lang; neben Verstößen gegen das Waffengesetz enthält sie Schuldsprüche wegen Bedrohung und gefährlicher Körperverletzung.

Neben »Snevern Jungs« und »Freien Kräften Munster« kennt der Verfassungsschutz im Landkreis die »Autonomen Nationalisten Soltau« (ANS). Nicht von ungefähr greift die braune Szene mit »autonom« einen von Linksextremisten besetzten Begriff auf.

In ihrer Aufmachung erinnert die Propaganda »autonomer Nationalisten« an die der linken Szene, die Rechtsextremisten kleiden sich auch ähnlich.

Polizeisprecher Hoppe nennt die ANS »ein paar rechts angehauchte Hansels, die viel Unsinn machen«. Verfassungsschützerin Brandenburger nimmt sie weniger auf die leichte Schulter. Ihre Behörde gehe von zehn bis 15 Personen aus, die gewaltbereiter seien

als »Kameradschaften« wie »Freie Kräfte Munster« oder »Snevern Jungs«.

In Soltau und Bomlitz bringen die ANS dann und wann über Nacht hunderte Aufkleber und Plakate an. Sie verschonen weder Verkehrsschilder noch Strommasten, Häuserwände oder Buswartehäuschen mit ihren Parolen wie »Anti-Antifa-Netzwerk« und »Good Night Left Side«. Auch Sticker und Flugblätter der NPD und ihrer radikalen Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« streuen die ANS eifrig. Offenbar ist der Draht der »rechts angehauchten Hansels« zur organisierten Szene ein sehr kurzer.

Anfang September 2007 titelte die Lokalpresse »Nazi-Aufkleber an jeder Bomlitzer Ecke«. Beim Bürgermeister wurden die Neonazis dann sehr persönlich: »Linke

Marschiert auch gerne mit der NPD: Roman Greifenstein gilt als Anführer der »Freien Kräfte Munster«.



haben Namen und Adressen – kein Vergessen, kein Vergessen« musste Michael Lebid an seiner Haustür lesen. Der SPD-Politiker will sich nicht einschüchtern lassen: »Ich bin Anfeindungen gewöhnt.« In seiner rund 7000 Einwohner zählenden Industriegemeinde habe man den Extremisten lange »kein Forum bieten und das Thema nicht hochkochen« wollen: Ohne viel Aufhebens habe ein »lockeres, aber gut funktionierendes Bündnis aus Bürgern« die Sticker und Plakate stets umgehend entfernt. »Aber irgendwann reicht es«, meint Lebid. »Wir reißen den Dreck nicht nur ab, wir prangern seine Verursacher auch öffentlich an.«

Ganz anders als die »autonomen« Neonazis kommt der »Bund für Gott-erkenntnis (Ludendorff) e.V.« daher. Die auch »Ludendorffer« genannten Anhänger des Bundes treten betont gesittet auf. Mit Kind und Kegel reisen sie nach Dorfmark bei Bad Fallingbostal. Seit mehr als 30 Jahren tagen sie alljährlich zu Ostern dort – im örtlichen »Deutschen Haus«. Dort diskutieren sie Themen wie die »multikulturelle Gesellschaft« oder amüsieren sich an einem »Volkstumsabend«. Die Frauen spazieren gerne in langen Röcken durch den 3500 Einwohner zählenden Ort, an der Hand haben sie Mädchen mit adrett geflochtenen Zöpfen und Jungen in Knickerbockern.

Schon mit seinem Namen huldigt der »Bund« Mathilde Ludendorff. Die 1966 gestorbene Witwe des Hitler-Weggefährten Erich Ludendorff unterteilte die Menschheit in »Licht- und Schachtrassen« und warnte vor einer »Vermischung«. Sie propagierte das »Recht des Stärkeren« und

Kommt offenbar ins Schwitzen: Nach dem Heidelauf entblößt ein »Snevern Jung« seine neonazistischen Tätowierungen.

wollte in Juden die Drahtzieher einer »Weltverschwörung« ausgemacht haben. Ihre Anhänger verstecken bis heute hinter ihrer völkisch-biedereren Fassade derlei antisemitische und rassistische Überzeugungen.

Eine Erkenntnis, die noch älter ist als die Extremistentreffen in Dorfmark: Schon 1961 verboten die Innenminister der Länder den »Bund für Gotterkenntnis« als verfassungsfeindlich, doch wegen Verfahrensfehlern

hoben bayerische Verwaltungsrichter das Verbot 1977 wieder auf. Im Heidekreis störten die »Tagungen« der Rechtsextremisten jahrzehntelang offenbar kaum jemanden. Jedenfalls fanden sich erstmals 2007 etwa 100 Menschen zu einer Mahnwache ein.

Schneverdingen, Munster, Soltau, Bomlitz, Dorfmark – und der Kreis Soltau-Fallingb. hat noch mehr solcher Städte und Dörfer. Doch schon bald will man den braunen Umtrieben den Nachwuchs nehmen: Zusammen mit der Polizei habe das Jugendamt ein Präventionsprogramm erarbeitet, berichtet Hermann Norden, Chef der CDU-Mehrheitsfraktion im Kreistag. Neben Veranstaltungen an Schulen werde es erlebnispädagogische Angebote geben, die Jugendliche in ihrer Persönlichkeit stärken und sie weniger anfällig für rechtes Gedankengut machen. Und auch die Leiter der Jugendabteilungen örtlicher Vereine wolle man gegen rechts schulen.



Nicht erst seit Christian Pfeiffers Studie beobachtet man braune Umtriebe »sehr sensibel«, befindet Norden. Der Christdemokrat will Extremisten »weder dulden noch verharmlosen«. Zugleich mahnt er, »gelassen zu bleiben«. Schließlich sei in Soltau-Fallingb. Rechtsextremismus nicht weiter verbreitet als in den Nachbarlandkreisen. Manfred Ostermann, der parteilose Landrat, sieht das genauso.

Lars Klingbeil, SPD-Fraktionsvize im Kreistag, verweist auf Aufklärungsveranstaltungen und auf die Resolution gegen Rechtsextremismus, die der Kreistag im März 2007 einstimmig verabschiedet hat. Seit der Pfeiffer-Studie habe sich bereits viel getan. Und bei wohlfeilen Worten werde es nicht bleiben, verspricht auch Klingbeil mit Blick auf das Präventionsprogramm.

Peter Rabe, Vorsitzender des Kreispräventionsrates und ehemaliger SPD-Landtagsabgeordneter, räumt eine »gewisse Massierung« rechtsextremer Umtriebe ein. Im selben Atemzug betont auch er, »aber nicht mehr als in unseren Nachbarkreisen Rotenburg, Celle oder Lüneburg«. Engagement gegen rechts vermisst er im Heidekreis nicht: »Als wachsame Demokraten

zeigen wir Neonazis, dass wir sie nicht unter uns dulden.«

Überhaupt scheint sich die Aufregung um die Studie von Pfeiffers Kriminologischem Institut weitgehend gelegt zu haben. Soltau-Fallingbostels traurige Spitzenwerte hätten sich nicht zuletzt aus der Art der Datenerhebung ergeben, sagen viele Kommunalpolitiker. Denn die Studie vergleiche ihre ländlich geprägte Heide vor allem mit städtischen Regionen. Die Politik scheint mit den Fachbehörden weitgehend einig, dass es in der Heide nicht brauner zugeht als andernorts in Niedersachsen.

Was die »wachsamen Demokraten« in Soltau-Fallingb. tröstlich finden mögen, könnte andernorts im Land »wachsame Demokraten« gehörig erschrecken. Niedersachsens Kultusminister Bernd Busemann hat jedenfalls bereits erkannt, dass sich Rechtsextremismus unter jungen Leuten nicht »auf überschaubare Kleingruppen und einzelne Täter beschränkt«. Und der CDU-Politiker meint, dazu trage eine »vielfach eher wegschauende, tolerierende oder gar unterstützende Erwachsenenwelt« bei. |

Das Thema ist tabu. Kaum jemand spricht über Rechtsextremismus in Walsrode. Auch nicht die Bürgermeisterin.

Silke Lorenz ruft tagelang nicht zurück. Erst auf schriftliche Anfrage reagiert die Parteilose – mit »derzeit kein Kommentar«. Persönlich erlaubt sie sich den Hinweis, dass sie »rechtsextremistische Aktivitäten in Deutschland für deutlich problematisch« hält. Kein Wort über ihre Stadt.

Walsrode liegt im Landkreis Soltau-Fallingb. Der Heidekreis gilt Polizei und Verfassungsschutz in Niedersachsen keineswegs als braune Hochburg. Lediglich zwei »Kameradschaften« in Schneverdingen und Munster sowie Soltaus »Autonome Nationalisten« halten Hannovers Schlapphüte für erwähnenswert. Walsrode gilt ihnen eher als weißer Fleck in dem Landkreis, der in Sachen Rechtsextremismus ohnehin nicht auffällt. »Einzelpersonen sind allerorten aktiv«, sagt Behördensprecherin Maren Brandenburger, »und organisierte Strukturen sind uns in Walsrode nicht bekannt«. Die örtliche Polizei sieht das genauso: Es gebe »ein paar unorganisierte Rechtsextremisten«, sagt Sprecher Peter Hoppe in Soltau.

Frank Petersen* würde jetzt vielleicht lachen, »wenn das alles nicht so traurig wäre«.

Er nennt die 25000-Einwohner-Stadt einen »klaren Schwerpunkt« der braunen Szene im Landkreis. Und in seinem Job kriegt er viel mit, kennt zahlreiche Jugendliche und auch ihre Eltern.

Seinen Namen will

Nur langsam bröckelt die Mauer des Schweigens

Kein Problem mit rechts? Walsrode zwischen Angst und Aufmucken

er nicht veröffentlicht sehen und auch nicht, wo er arbeitet: »Walsrode ist klein.« In seinen Augen sind die Neonazis hier »zwar chaotisch, aber keineswegs unorganisiert«. Und gewaltbereit seien sie auch. Ihren harten Kern schätzt Petersen auf zehn bis 15 Personen. Er selbst habe viele Monate gebraucht, »um zu kapieren, was an Walsrodes Schulen abgeht«: Rechtsextremismus sei fast allgegenwärtig.

Schon viele Viert- und Fünftklässler kennen die Hetzmusik von Rechtsrockbands oder die Namen von Typen wie Veit

Wichmann*, berichtet Petersen. Veit Wichmann ist einschlägig vorbestraft, er schlägt zu – für Geld, aber auch für seine rechtsextreme Gesinnung. Oder einfach, weil ihm gerade nicht passt, wie der Typ vor ihm Auto fährt. Schon zur Schule nahm Wichmann einen Baseballschläger mit. Damit wolle er an der Bushaltestelle »den Russen die Knie zertrümmern«, soll er frank und frei eingeräumt haben. Klar, dass er irgendwann von der Schule flog. Heute hat der 25-Jährige bereits reichlich Knasterfahrung.

Manfred Köster* scheint ein guter Kumpel von Veit Wichmann zu sein. Jedenfalls sitzt er gerne unter den Zuschauern, wenn vor Gericht wieder einmal gegen Veit Wichmann verhandelt wird. Er feixt, wenn es gut läuft für den Angeklagten. Köster gilt als weniger gewalttätig als Wichmann,

Braune im Anmarsch: Demonstrativ geschlossen reisten die Neonazis nach Walsrode, als im örtlichen Jugendzentrum über Rechtsextremismus aufgeklärt werden soll.



auch als intelligenter – und als ein langjähriger Anführer der örtlichen Neonazi-Szene. Trotzdem wird sein Name in und rund um Walsrode noch leiser geflüstert als Wichmanns. Denn Manfred Köster ist auch Sohn eines honorigen Unternehmers aus Hamwiede, dieser Ortsteil Walsrodes zählt gerade mal 220 Seelen. »Seine betuchten Eltern hauen ihn aus allem raus«, sagen Einheimische.

Anfang 2006 verwarf das Landgericht Verden die Berufung Kösters: Das Amtsgericht hatte den damals 22-Jährigen wegen Verstoßes gegen das Versammlungsrecht zu 800 Euro Geldstrafe verurteilt. Nach Überzeugung der Richter hatte er 2004 in Verden an einer illegalen NPD-Aktion teilgenommen: Neonazis wollten eine Aufklärungsveranstaltung über Rechtsextremismus stürmen.

Neben einem Baseballschläger fand die Polizei in Kösters Auto fünf Axtstiele. Die wollte der Angeklagte – nach eigenen Angaben – mitnichten als Waffen einsetzen, sondern in der Firma seines Vaters nutzen. Das Gegenteil konnte die Staatsanwaltschaft nicht beweisen. Schon damals hatte Köster mehrere Strafverfahren hinter sich. So wurde er 2003 wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu einem Jahr und drei Monaten Freiheitsstrafe verurteilt, die die Richter auf drei Jahre zur Bewährung aussetzten.

Charly Braun ist einer der wenigen, die öffentlich sagen: »Klar, sind die Neonazis auch in Walsrode unterwegs.« Der Wahl-Hannoveraner ist im Heidekreis geboren und engagiert sich in der »Vereinigung der



Unübersehbar prangen Hakenkreuze nicht nur an Schulen.

Verfolgten des Nazi-Regimes«, die der Verfassungsschutz mancherorts als linksextremistisch einschätzt. In Walsrodes Jugendzentrum organisiert er mit einem Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften und Initiativen Vorträge über braune Umtriebe oder zeigt Filme über Rechtsextremismus. **Die Veranstaltungen sind stets gut besucht. Aber nur wenig später sind auch mal die Fensterscheiben des »Juze« eingeschlagen oder mit Neonazi-Parolen zugeschmiert.**

Schmierereien sind in der rechtsextremen Szene bekanntlich beliebt. In seiner Heimat dokumentiert Charly Braun sie akribisch. So beschmierten Rechtsextremisten Ende 2006 die Berufsbildende Schule mit

Hakenkreuzen und dem Zeichen von Hitlers SS. Das war nur wenige Tage, nachdem sich an der Schule eine »Antifaschistische Arbeitsgruppe« gegründet hatte. Bereits im Juni 2006 prangten neonazistische und antisemitische Parolen am Gebäude der Zeugen Jehovas. Zwischen Hakenkreuz und Davidstern war dort »Juden raus« zu lesen.

Nur gut einen Monat später überfielen vier junge Rechtsextremisten an einem See in Walsrode fünf Jugendliche. Eher zufällig waren zunächst zwei Neonazis dort, binnen Minuten hatten sie zwei Gesinnungsgenossen herzitiert. Sie sprühten Pfefferspray, traten auf die Jugendlichen ein und grölten »Heil Hitler«.

Der Richter stellte später klar, dass die gefährliche Körperverletzung sich gegen »politische Gegner« gerichtet habe: Die angegriffenen Jugendlichen hätten »punkig« ausgesehen. Zwei Täter waren bereits mehrfach gefährlicher Körperverletzung oder Verwendens von Zeichen verfassungsfeindlicher Organisationen schuldig gesprochen worden. Deshalb verurteilte das Amtsgericht Walsrode Ende März 2007 Christoph Tensing* zu einem Jahr und Friedrich Geißner* zu elf Monaten Haft ohne Bewährung. André Karchmanns* und Richard Kanters* Freiheitsstrafen wurden auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt.



Auch aus Hamwiede reisen junge Neonazis nach Verden, um eine GEW-Veranstaltung gegen rechts zu stören.

Richard Kanter war 2004 an Manfred Kösters Seite, als dieser bei der illegalen NPD-Aktion in Verden mitmachte. Rechts-extremisten wie er sind nicht die einzigen Jugendlichen, die in Walsrode auf Kösters Kommando hören: Bei »Germania Walsrode« trainiert der Mittzwanziger 15- und 16-Jährige. Dabei darf Köster zu den Spielen der ersten Mannschaft nicht mal mehr als Zuschauer.

Der Vereinsvorsitzende sieht darin keinen Widerspruch. »Unsere Jugendabteilung hat entschieden, dass er Trainer bleibt«, sagt Gerd Meine. »Zuschauer-**verbot**« scheint ihm zudem ein hartes Wort, die Vereinsspitze habe Köster »mündlich nahe gelegt«, den Spielen einstweilen fernzubleiben. Im Übrigen, **stellt Meine klar, sei der Jugendtrainer »unter Alkoholeinfluss aggressiv gegen Zuschauer« geworden. Von rechtsradikalen oder fremdenfeindlichen Äußerungen sei ihm nichts** zu Ohren

gekommen. Auch Köster habe schließlich eine zweite Chance verdient. Jugendliche trainieren zur Resozialisierung? »Solange er Fußball spielt, kann er nichts anstellen«, befindet Meine. Dann fällt ihm noch ein, dass in Kösters Jugendmannschaft »auch junge Kurden spielen«.

Manfred Kösters Vater, der Unternehmer, kommt zu fast jedem Spiel der Kicker von »Germania Walsrode«. Seine Firma sponsert häufig Trikots und soll sich auch sonst nicht lumpen lassen. In seinem »Germanen-Echo« gratulierte der Verein seinem Gönner zum Ehejubiläum. Für das Layout der Publikation zeichnet dessen Frau verantwortlich. Sie soll sich auch gelegentlich für ihren längst volljährigen Sohn entschuldigen.

Vielleicht ja auch bei Kösters ehemaligem Lehrer, doch der ist in dieser Angelegenheit leider nicht zu sprechen. Nicht einmal die Gründe für sein Schweigen mag er nennen. Der Mann wohnt in Walsrode, er hat Frau und Kinder.

Aus anderer Quelle war zu erfahren, dass Manfred Köster zusammen mit

Veit Wichmann und Richard Kanter eines Abends, weit nach zehn und offensichtlich angetrunken, in des Lehrers Privathaus Einlass begehrte. Dieser solle gefälligst Dateien von Kösters Handy rausrücken, die er einst in der Schule einkassiert habe. Zu dieser Zeit saß Köster längst nicht mehr bei ihm im Unterricht, es galt offenbar lediglich, eine alte Rechnung zu begleichen. Der Lehrer rief die Polizei. Die verwies die Ruhestörer des Grundstücks, doch vom Bürgersteig aus machten die drei weiter.

Nur Tage später war das Auto des Lehrers gründlich demoliert. Die Täter hatten offensichtlich Steine aus einem Brunnen gefischt, eine ganze Reihe geparkter Autos unversehrt gelassen, um ausschließlich am Wagen des Lehrers Heck- und Windschutzscheibe zu zerstören. Natürlich gerieten Manfred Köster, Veit Wichmann und Richard Kanter unter Verdacht. Doch die drei feierten zur Tatzeit unter den Augen Dutzender Zeugen ein Volksfest. Weder für die Pöbeleien vor des Lehrers Haustür noch für die Sachbeschädigung an seinem Auto sollen sich aufmerksame Bürger als Augen- oder Ohrenzeugen gefunden haben. Am Ende wurden beide Verfahren eingestellt.

Weder Frank Petersen noch seine Berufskollegen wollen sich »Ansprechpartner gegen Rechtsextremismus« in Walsrode nennen. »Da geht schnell was kaputt.« Es gehe ihm nicht um politisches Porzellan, stellt er klar. Er meint es wörtlich. Schließlich zielen die örtlichen Neonazis

gerne mal auf Fensterscheiben von Häusern oder Autos. Und er fügt hinzu: »Zum Glück wohne ich nicht in Walsrode.« Zudem fehle ihm Fachkompetenz: »Learning-by-doing reicht bei weitem nicht aus.« Dabei braucht die Stadt nach seiner Überzeugung dringend Experten, »die am besten regelmäßig von außerhalb kommen«.

Manfred Kösters Heimatort Hamwiede kam Ende Oktober 2007 in den Medien überregional groß raus. Nicht wegen fremdenfeindlicher oder gar rechtsextremistischer Übergriffe, versteht sich.

Walsrode gilt schließlich als weißer Fleck auf der braunen Landkarte, in dem sich nach Darstellung der Behörden einzelne Rechtsextremisten unorganisiert tummeln.

In Walsrodes kleinem Ortsteil ging es um nichts weniger als um Terrorverdacht gegen mutmaßliche Islamisten.

Diesen Verdacht hatte der Anruf eines einzigen »aufmerksamen« Bürgers ausgelöst. Ein Großeinsatz der Polizei war die Folge. Am Ende stellte sich heraus, dass sich lediglich eine offensichtlich muslimische, weil verschleierte Frau und ihr Mann den Flecken in der Heide für ihre Flitterwochen ausgesucht hatten. Der Polizei blieb nichts, als sich bei dem – völlig unverdächtigen – Paar zu entschuldigen. Walsroder wie Frank Petersen würden über »aufmerksame« Bürger wie jenen Anrufer vielleicht lachen, »wenn das alles nicht so traurig wäre« . |

Weggewischt? Heute darf sich Walsrodes Berufsbildende Schule »Schule ohne Rassismus« nennen.



Gerd Bückler leitet die Clearingstelle zur Prävention von Rechtsextremismus beim Landespräventionsrat. Die Clearingstelle berät auch Entscheidungsträger in Kommunen und Landkreisen und vermittelt ihnen Ansprechpartner.

Eine Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen bescheinigt dem Landkreis Soltau-Fallingb. ostel auffallend viele Jugendliche, die fremdenfeindlich oder gar rechtsextrem eingestellt sind. Kommunalpolitiker halten dem entgegen, die Studie vergleiche die ländliche Region vornehmlich mit städtischen Gebieten. Denkt man tatsächlich auf dem Land generell brauner als in der Stadt?

Nein. Allerdings scheinen es Rechtsextremisten auf dem Land leichter zu haben, ihr Biedermann-Image aufrecht zu erhalten. In kleinen Orten kennt oft jeder jeden – und das womöglich von Kindesbeinen an. Daher tun sich gerade dort viele Menschen schwer, zu sagen: »Du bist ein Neonazi, mit dir wollen wir nichts zu tun haben.«

Was meinen Sie mit Biedermann-Image?

Sich in den bürgerlichen Alltag zu integrieren wie es zum Beispiel die »Snevern Jungs« versuchen, wenn sie im heimischen Schneverdingen Müll sammeln oder Skat kloppen.

Vor Ort sagen viele: Die tun keinem was, die benehmen sich immer ordentlich.

Viele Extremisten schwingen ihre hetzerischen Reden andernorts und geben vor der eigenen Haustür den netten Nachbarn. Das ist nicht nur in Schneverdingen so.

Wie soll man denn mit so einem »netten Nachbarn« umgehen?

In der Regel rate ich, ein möglichst breites Bündnis aus Politik, Vereinen und Verbän-

»Sind das noch unsere Jungs?«

Gerd Bückler vom Landespräventionsrat fordert Kommunen zu offensivem Umgang auf

den zu schmieden und Öffentlichkeit herzustellen. Das zeigt den Neonazis, dass ihre Saat nicht auf fruchtbaren Boden fällt, dass sie auf Widerstand stoßen.

Die Extremisten ausgrenzen?

Ihre unbelehrbaren Kader auf jeden Fall.

Mal ein konkretes Beispiel: Was soll ein Vereinsvorstand tun, der erfährt, dass sein Jugendtrainer ein Rechtsextremist ist?

Da gibt es keine Patentrezepte, das muss man im Einzelfall entscheiden. Generell rate ich, zunächst zu gucken, wie tief der Mann oder die Frau in der Szene steckt. Kommt man zu der Überzeugung, dass die Person ein »Wackelkandidat« ist, sollte man sie ansprechen und ihr sehr deutlich sagen: »Wenn du damit weiter machst, fliegst du bei uns raus.« Manche Fehlgeleitete kann man so in ihre Schranken weisen.

Und wenn die Person nicht »fehlgeleitet« ist, sondern aus Überzeugung handelt?

Ein Rechtsextremist hat als Jugendtrainer in einem Sportverein nichts verloren. Also muss er gehen.

Ist das überhaupt möglich, solange er sich im Verein nichts zuschulden kommen lässt?

Wenn die Vereinssatzung einen Ausschluss nicht hergibt, finden sich oft andere Mittel

und Wege. Ich habe beispielsweise mal einem Verein, der unter seinen Trainern einen Rechtsextremisten hatte, geraten, ihm eine Art »Cheftrainer« vor die Nase zu setzen. Damit hatte der Trainer de facto nichts mehr zu sagen. Nach zwei Monaten ist er gegangen – auf eigenen Wunsch.

Gerd Bückler leitet die Clearingstelle zur Prävention von Rechtsextremismus beim Landespräventionsrat.



Wie kommen Rechtsextremisten in solche Positionen?

Das passiert in der Regel in Gegenden, in denen jahrelang weggeschaut und die heimische Szene verharmlost wurde – nach dem Motto: »Das sind doch unsere Jungs.« Da gilt es zunächst aufzuklären, welche Auffassungen diese »Jungs« vertreten, dass sie beispielsweise bei neonazistischen Veranstaltungen oder gar bei rechtsextrem motivierten Gewalttaten mit von der Partie sind. Und dann müssen sich die Menschen vor Ort fragen: »Sind das tatsächlich noch unsere Jungs?«

Gerade in Orten, in denen jeder jeden kennt, scheint auch viel Angst im Spiel – unterschwellig oder ausgesprochen: »Wenn ich den braunen »Kameraden« aus dem Verein schmeiße, sind morgen vielleicht meine Reifen zersto­chen – oder Schlimmeres.«

Viele Leute haben Angst, das stimmt. Wenn ich Kommunalpolitiker, Vereinsvorsitzende oder Schulleiter berate, höre ich auch mal: »Sie haben gut reden, Sie fahren gleich wieder weg nach Hannover.« Und die Leute haben ja grundsätzlich recht. Die hohe kriminelle Energie und vor allem die hohe Gewaltbereitschaft in Teilen der Szene sind ein Riesenproblem. Aber gerade deshalb muss man den Kampf gegen antidemokratisches Denken und Handeln offensiv angehen.

Die »Öffentlichkeit« wird kaum nachts Autos bewachen.

Nur im übertragenen Sinne natürlich: Viele Extremisten weichen durch klare öffentliche Identifizierung und Beobachtung zurück – und trauen sich nicht mehr, mit



Unter den »14 Words« posieren die »Snevern Jungs« in ihrem Internetauftritt. »14 Words« steht in der Szene für einen rassistischen Ausspruch des Rechtsextremisten David Eden Lane: »We must secure the existence of our people and a future for white children.« (»Wir müssen das Bestehen unseres Volkes und die Zukunft unserer weißen Kinder sichern.«)

mehr oder minder versteckten verbalen Drohungen oder Sachbeschädigungen zu agieren.

Gibt es neben der Angst vor »Racheaktionen« auch die Angst um den »guten Ruf« des Ortes? Einige Kommunalpolitiker scheinen den Rechtsextremismus in ihrer Gemeinde lieber zu verschweigen oder zu verharmlosen: Sie fürchten, ihr Ort sei sonst schnell als »braune Hochburg« verschrien – mit negativen Folgen für Tourismus und Wirtschaft. Dabei ist der offensive Umgang mit den Problemen die einzig erfolgversprechende Strategie. Zumal NPD und »Kameradschaften« immer geschickter um Sympathien buhlen...

... indem sich Kader wie die »Snevern Jungs« in den bürgerlichen Alltag einbringen? Genau. Auf ihre Art sind solch »nette Braune von nebenan« oft gefährlicher als

rechte Skinheads in Springerstiefeln und mit Baseballschlägern. Diese »Nachbarn« wollen ihre letztlich menschenverachtende Einstellung in die Mitte der Gesellschaft tragen. Und leider haben sie damit bislang zu viel Erfolg. |

Hier finden
kommunale Entscheidungsträger Hilfe:
Clearingstelle zur Prävention von
Rechtsextremismus
Am Waterloo­platz 5a
30169 Hannover
Telefon: 0511/1205259
E-Mail: info@lpr.niedersachsen.de

»Wir erobern die Städte vom Land aus« heißt eine Parole der NPD. Vielleicht weil sich offenbar gerade auf dem Lande die Menschen – aus Sorge um den Ruf des Ortes oder um die Sicherheit der eigenen Familie – schwer tun, gegen den Rechtsextremismus vor der eigenen Haustür offensiv zu kämpfen. Und gegen seine Anführer.

Zum Beispiel in der Gemeinde Süplingen bei Helmstedt. Da lebt Adolf Preuß, und er ist beliebt im Dorf. Mit seinem Traktor ist der 66 Jahre alte Landwirt in der 1900 Seelen zählenden Gemeinde stets zur Stelle, wenn man ihn braucht. Und gebraucht wird seine Hilfe oft: beim Schützenfest, bei der Feuerwehr, oder wenn im Frühjahr das alte Holz der Kirchengemeinde abgefahren werden muss.

Die andere Seite des Adolf Preuß: Der Landwirt ist aktiver Rechtsextremist – und niemandem im Dorf ist das verborgen geblieben. Denn schließlich sitzt er seit 1968 für die NPD im Gemeinderat. Doch nicht nur in der Politik sammelt der NPD-Mann Erfahrung, sondern auch in Süplingens evangelischer Kirchengemeinde. Seit 1988 ist Preuß Mitglied im Kirchenvorstand, bei der jüngsten Vorstandswahl erzielte er das zweitbeste Ergebnis.

Viele Jahre nahm kaum jemand Anstoß an den braunen Umtrieben des Landwirts, obwohl er offen für seine extremistischen Ideen wirbt. Er verteilt im Ort Flugblätter der NPD, lädt Gesinnungsfreunde zu Schulungen auf seinen Hof ein und sorgt wie nebenbei noch dafür, dass im einzigen Zeitungskiosk des Ortes neben

»Wir erobern die Städte vom Land aus«

In manchem Dorf agieren Neonazis weitgehend ungestört

seriöser Presse auch die rechtsextremistische »Nationalzeitung« vertrieben wird.

Leute wie Adolf Preuß seien eine unterschätzte Gefahr, nicht nur in Süplingen, sagte die Sprecherin des niedersächsischen Verfassungsschutzes, Maren Brandenburger, als der »Fall Adolf Preuß« im Frühjahr 2007 Schlagzeilen machte.

Dennoch waren es zunächst wenige, die deutlich auf Distanz zu dem NPD-Funktionär gingen.

Der kürzlich verstorbene stellvertretende Bürgermeister Olaf-Locarno Tornow, dem in Süplingen der Supermarkt gehörte,

Adolf Preuß ist NPD-Mann – und beliebt in seinem Dorf.



beklagte gar eine schlimme Heuchelei im Ort: Seit der Kommunalwahl habe man im Gemeinderat zwischen Preuß und den anderen einen Stuhl frei gelassen, um sich nach außen abzugrenzen. »Und in nicht-öffentlicher Sitzung hockt man dann wieder zusammen«, sagte der FDP-Politiker. »Das geht doch nicht.«

Die evangelisch-lutherische Landeskirche in Braunschweig, zu der die Kirchengemeinde Süplingen gehört, lud zur Gemeindeversammlung, um das Thema offen zu diskutieren. Doch ihre Handlungsmöglichkeiten schienen begrenzt: Die bloße Mitgliedschaft in der NPD reichte nicht aus, um Preuß aus dem Kirchenvorstand zu entfernen, hieß es zunächst. Die Reaktionen in der Kirchengemeinde waren geteilt. Vor allem ältere Gemeindeglieder sagten, sie verstünden »die ganze Aufregung nicht«.

Ende November 2007 ging die Kirchenleitung einen Schritt weiter. Offenbar um Adolf Preuß argumentativ unter Druck zu setzen und ihn zum Verzicht auf seinen Sitz im Kirchenvorstand zu drängen, lud sie ihn zum »Gespräch«. 15 »Fragen zum christlichen Bekenntnis« wurden ihm gestellt. Fragen wie diese: »Wie wird man Mitglied in unserer evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig: durch die Taufe oder durch die Zugehörigkeit zur deutschen Rasse?« NPD-Mitglied Preuß sagte dazu, er werde sich nicht unter Druck setzen lassen. Weder werde er aus

der Partei austreten noch den Sitz im Kirchenvorstand aufgeben. Mitte Dezember 2007 schloss die Probstei Preuß aus dem Kirchenvorstand aus. Ob er bei der nächsten Wahl erneut antritt, ist offen. Der Sprecher der Landeskirche, Michael Strauß, räumt ein: »Wir haben das Problem zu lange schleifen lassen.«

Während Preuß in Süplingen seit langem NPD-Politik macht, ließ sich die NPD im kleinen Scharzfeld nur einen Tag lang blicken – allerdings mit geballter Kraft. Dabei ist das »Restaurant Dorfgemeinschaftshaus« kein sonderlich einladender Ort. Vergilbte Gardinen an kleinen Fenstern und ein verwittertes Dach aus Eternit zeugen davon, dass der Bau aus dunklen Holzbohlen schon bessere Zeiten gesehen hat.

Doch war das schäbige Gebäude in dem Herzberger Ortsteil Scharzfeld am 15. April 2007 Schauplatz eines Ereignisses, das die Region im Südharz verändern sollte. Denn dorthin hatte die NPD an diesem sonnigen Frühlingstag – von Polizei und Verfassungsschutz offenbar unbemerkt – rund 100 Delegierte zu ihrem 48. Landesparteitag eingeladen. Erst spät am Vormittag erschien die örtliche Polizei – und mit ihr Scharzfelds CDU-Bürgermeister Gerhard Walter. Der wollte nach eigenen Angaben im Dorfgemeinschaftshaus nur mal »nach dem Rechten sehen«.

Auf die Frage eines Reporters, ob er denn gar nichts dagegen habe, dass die rechtsextremistische NPD in seinem Ort tage, antwortete er, er könne doch gar nichts dagegen haben, wenn eine legale Partei eine Versammlung abhalte – und es

sonst keinen Ärger gebe. Einer Journalistin, die den Bürgermeister filmen wollte, griff er rüde in die Kamera und sprach Drohungen aus. Viel Zeit verging, bis der Rathauschef das »Parteitagsgelände« der NPD wieder verließ. Zuviel Zeit, meint mancher im Landkreis Osterode.

Nach Medienberichten über das Verhalten des Bürgermeisters musste dieser Kritik einstecken. Vor allem die örtliche SPD, die Grünen und der Deutsche Gewerkschaftsbund warfen ihm mangelnde Distanz zu den Rechtsextremisten vor und forderten seinen Rücktritt. Unvermittelt war der Südharz in den Schlagzeilen – und mit ihm die zahlreichen Aktivitäten der rechtsextremistischen »Kameradschaften« in der Region. Aktivitäten, die viele offenbar lieber verdrängen, als sie zur Kenntnis zu nehmen und zu bekämpfen. Wenig später beschäftigte Scharzfeld auch den Landtag in Hannover.

Die CDU-Landtagsabgeordnete Regina Seeringer stärkte ihrem Parteifreund Walter den Rücken – und warf den Medien vor, die Tourismusregion fälschlich als Hochburg der Neonazis zu bezeichnen.

Genau das aber ist die Gegend zwischen Osterode und Goslar. Szenekenner wie Gerd Bückner vom Landespräventionsrat schätzen die Zahl der dort aktiven Rechtsextremisten auf bis zu 50. Schulleiter in Bad Lauterberg berichten von gewaltvollen Übergriffen auf ihre Schützlinge



Von hinten sehen sie vermutlich besser aus: Beim NPD-Parteitag in Scharzfeld jedenfalls wollten sich die Delegierten nicht von vorne ablichten lassen.

und Anwerbeversuche durch Rechtsextremisten. Nun erst wurde auch bekannt, dass sich die Freiwillige Feuerwehr aus dem Lauterberger Stadtteil Barbis schon zwei Jahre zuvor an den Bürgermeister gewandt hatte, nachdem bei Osterfeuern Neonazis ihre Mitglieder bedroht hatten. Und auch die NPD machte nicht nur durch den Parteitag klar, wie wichtig ihr die Region ist: Gleich vier ihrer ersten 20 Listenkandidaten für die niedersächsische Landtagswahl Ende Januar 2008 sind in Bad Lauterberg zu Hause.

Weil sie die Umtriebe der Neonazis nicht mehr tatenlos hinnehmen wollen, gründeten engagierte Bürger um den Grünen-Politiker Fritz Vokuhl ein überparteiliches Bündnis »Bunt statt braun«. Im September 2007 folgten rund 1500 Menschen in Bad Lauterberg einem Protestaufruf der IG Metall. Rund 20 Betriebe stellten ihre Mitarbeiter stundenweise frei, damit sie gegen die Rechtsextremisten auf die Straße gehen konnten. In der Gemeinde Süplingen ist dagegen bislang niemand gegen die Aktivitäten des Neonazis auf die Straße gegangen. |

»Die Juden passen nicht zu den Deutschen und haben heute noch zu großen Einfluss«, »überhaupt sollte Deutschland wieder einen starken Führer haben« – Aussagen, die wie Parolen von Ewiggestrigen klingen. Und doch teilt sie ein großer Teil der Gesellschaft.

Das ist das Ergebnis der Studie »Vom Rand zur Mitte« der Psychologen und Soziologen Oliver Decker und Elmar Brähler von der Universität Leipzig. Die repräsentative Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung hat rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft untersucht. Das Ergebnis bereitet Sorgen: Rund ein Drittel der Bevölkerung teilt rechtsextreme Ansichten. Jeder dritte Deutsche ist danach nationalistisch eingestellt, zwei von fünf denken fremdenfeindlich, jeder Fünfte antisemitisch, knapp jeder zehnte Deutsche befürwortet gar eine rechtsautoritäre Diktatur. Für Oliver Decker sind das keine überraschenden Ergebnisse. »Dass die Ausländerfeindlichkeit so hoch ist, war uns aus anderen Studien bekannt.«

Auch die repräsentative Langzeitstudie »Deutsche Zustände« des Bielefelder

Leute wie du und ich? Die NPD lädt zum Sommerfest.



Der Menschenfeind wohnt nebenan

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen

Soziologen Wilhelm Heitmeyer kommt zu dem Ergebnis: Fremdenfeindliche und antisemitische Einstellungen sind weit verbreitet.

So waren 2006 knapp 60 Prozent der Bundesbürger der Ansicht, dass in Deutschland zu viele Ausländer leben; knapp 36 Prozent waren dafür, Ausländer in ihre Heimat zurückzuschicken, wenn Arbeitsplätze knapp werden; knapp 15 Prozent fanden, dass Juden zu viel Einfluss hätten.

Unter anderem für diese Einstellungen hat Heitmeyer den Begriff »gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« geprägt. Denn wer Gruppen wie Ausländern, Juden oder Homosexuellen feindlich gegenübersteht, sei schlicht Menschen feindlich gesinnt – und das nur, weil diese bestimmten Gruppen angehören. Viele Befragte, die fremdenfeindlich oder antisemitisch denken, ordnen sich nicht einmal politisch

rechts ein, sondern in die politische Mitte. Zugleich sehen sich viele Bürger, die sich noch vor wenigen Jahren rechts sahen, heute in der Mitte. Heitmeyers Fazit: »Die Mitte der Gesellschaft rückt nach rechts.«

Das könne der Nährboden für rechtsextreme Parteien werden – oder dazu führen, dass die demokratischen Parteien die rechtsextremen Tendenzen in der Gesellschaft aufgreifen. Denn die Mitte gelte als »normal«, warnt Heitmeyer. Gelten Fremdenfeindlichkeit oder Antisemitismus erst als »normal«, werden sie nicht einmal mehr thematisiert – geschweige denn problematisiert.



Nationalstolz ist auch bei vielen Deutschen angesagt, die ihn sich nicht offen ans Revers heften.

Als eine Ursache für diese verhängnisvolle Entwicklung nennt Heitmeyer, dass immer mehr Menschen sich orientierungslos fühlen – aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen und damit verbundener Risiken. So wachse die Kluft zwischen Arm und Reich, genau wie die Angst vor Arbeitslosigkeit

und sozialem Abstieg. Hinzu kämen weitere Zukunftsängste und das Gefühl politischer Ohnmacht. Wer sich ohnmächtig fühle, suche dafür oft Schuldige – und grenze diese dann aus. Neben dem subjektiven Empfinden sind Bildung und Alter wichtige Faktoren: Menschen mit niedrigem Bildungsniveau neigen eher zu Vorurteilen als gebildete, und ältere eher als junge.

Auf dem Land denken die Menschen tendenziell menschenfeindlicher als in der Stadt. Dafür hat Heitmeyer mehrere Ursachen ausgemacht. Beispielsweise denke

»Gute Heimreise« ist eine der zynischen Parolen der NPD, um Fremdenfeindlichkeit anzustacheln.



Trauriger Ausblick: Migranten sehen Neonazis an ihrem Fenster vorbeimarschieren.

man in ländlichen Regionen oft konservativer und habe weniger Kontakt zu anderen Gruppen – wie zu Ausländern.

Anders als oft behauptet, sinkt laut der Studie die Fremdenfeindlichkeit

mit steigendem Ausländeranteil. Auch die »Landflucht« trägt zur »gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« bei, weil diese in Gebieten größer sei, aus denen Menschen abwandern.

Dieses Stadt-Land-Gefälle hat Heitmeyer auch in Niedersachsen nachgewiesen. Im Vergleich zu ihren Nachbarn in Schleswig-Holstein denken die Niedersachsen »feindseliger«, aber im Vergleich zu denen in Mecklenburg-Vorpommern sind sie weniger »menschenfeindlich«. Unter allen Bundesländern liegt Niedersachsen laut Heitmeyer im Mittelfeld.

Ein deutliches Stadt-Land-Gefälle haben auch Decker und Brähler in ihrer Erhebung festgestellt. Nach ihren Ergebnissen können auch autoritäre Erziehung sowie Aggressions- und Gewalterfahrungen in der Kindheit rechtsextreme Ein-

stellungen bedingen. Immerhin zieht eine rechtsextreme Einstellung nicht zwingend auch rechtsextrêmes oder gewalttätiges Handeln nach sich. Ein Grund zur Entwarnung ist das aber nicht. Rechtsextremismus dürfe nicht mehr als Randphänomen, sondern müsse als gesamtgesellschaftliches Problem betrachtet werden, mahnt Decker. Politische Bildung dürfe sich nicht auf Kinder und Jugendliche beschränken, sondern müsse Erwachsene einbeziehen. Sonst könnten aus den Parolen der Ewiggestrigen die politischen Leitlinien von morgen werden. |

Mit ihrer Studie »Vom Rand zur Mitte« erregten Oliver Decker und sein Kollege Elmar Brähler von der Universität Leipzig Anfang 2006 Aufsehen. Die Wissenschaftler hatten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung untersucht, wie verbreitet rechtsextreme Einstellungen unter den Bundesbürgern sind.

In Ihrer Studie kommen Sie zu dem Ergebnis, dass ein großer Teil der Deutschen rechtsextreme Ansichten teilt. Hat dieses Ergebnis Sie überrascht?

Die Ergebnisse unserer Studie stimmen mit denen anderer überein. Auch der Bielefelder Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer stellt in seiner Langzeitstudie »Deutsche Zustände« eine hohe Ausländerfeindlichkeit in der Bevölkerung fest. Was mich überrascht hat, waren die klaren Statements. Erfahrungsgemäß antworten viele Befragte sozial erwünscht. Sie sind also offenbar davon ausgegangen, dass ihre Antworten genau das sind: sozial erwünscht oder zumindest konsensfähig.

Geht ein Rechtsruck durch die Gesellschaft? Nein, so kann man das nicht sagen. Latenter Rechtsextremismus ist kein neues Phänomen. Die Forschungen gehen bis in die 1930er Jahre zurück. Das Thema bricht immer wieder auf, wenn die Gesellschaft sich verändert. Aber dass ein Drittel der Gesellschaft ausländerfeindlich ist, dass Antisemitismus und Chauvismus wieder weit verbreitet sind – darin steckt Zündstoff.

Kritiker Ihrer Studie behaupten, Fragen und Antworten seien missverständlich und pauschalisierend formuliert. Beispielsweise könnte man den

Prinzip »Sündenbock«

Rechtsextremismus ist viel mehr als ein Jugendphänomen

Satz »Deutschland solle seine Interessen gegenüber dem Ausland durchsetzen« auch als Nein der Bundesrepublik zum Irakkrieg verstehen. Ist die Kritik berechtigt?

Wir haben die Daten statistisch geprüft: Es gab keine Ausreißer. Alle, die bei vermeintlich eindeutigeren Aussagen zustimmten, haben auch hier zugestimmt. Und alle, die niedrige Zustimmungswerte hatten, haben auch dieser Aussage nicht zugestimmt. Die Überprüfung zeigt, dass die Fragen richtig verstanden wurden.

Es gab nicht nur Kritik an der Art der Erhebung, sondern auch an der Analyse der Ergebnisse – zum Beispiel zum Thema Nationalismus.

Ich kenne die Kritik: In Frankreich oder den USA gebe es auch starken Nationalismus, in diesen Ländern sei üblich, was wir hierzulande kritisieren. Aber heißt das auch, dass dieser Nationalismus »normal« ist? Nationalismus hat auch eine gesellschaftliche Funktion. Die eigene Nation erfährt eine Aufwertung, die mit einer Abwertung anderer Nationen verknüpft wird. Das muss man inhaltlich diskutieren. Das ist keine wissenschaftliche Diskussion mehr, sondern eine politische.

Aber Nationalismus bedeutet doch noch längst keine Ablehnung der Demokratie? Der Wunsch nach einem starken Führer

muss nicht den Wunsch nach einem rechtsextremen Führer bedeuten, dessen Partei ist nachgeordnet. Trotzdem kann das als latent antidemokratische Einstellung verstanden werden. Wer eine Diktatur befürwortet, lehnt eine Demokratie ab. Und die Ergebnisse unserer Studie zeigen leider, dass es viele Menschen gibt, die so denken.

Sie sehen einen Zusammenhang zwischen autoritärer Erziehung und rechtsextremen Einstellungen.

Menschen, die in ihrer Kindheit mit Autorität und Aggressionen konfrontiert werden, neigen eher zum klassischen Prinzip des »Sündenbocks«. Minderheiten und Schwächere werden ausgegrenzt. Einige Probanden unserer Studie berichten, dass sie in ihrer Kindheit geschlagen wurden und ihnen das »nicht geschadet« habe. Sie sind sich sicher, dass aus ihnen »etwas Vernünftiges« geworden ist. Lässt man

Oliver Decker hat untersucht, wie verbreitet rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft sind.



diese Probanden in Gruppen diskutieren, fällt auf, wie stark das zusammenhängt: Rechtsextreme Einstellungen werden wie im Affekt geäußert. So werden in der Diskussion über den historischen Nationalsozialismus Täter und Opfer vertauscht.

Aber die Erziehung ist nicht an allem schuld...

... natürlich nicht. Ein weiterer Faktor ist die Angst vor wirtschaftlichem Abstieg. In einer globalisierten Welt öffnen sich auch die Arbeitsmärkte. Und diese Prozesse werden von vielen nicht als soziale, sondern als ethnische verstanden. Motto: »Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg.«

Sie stellen in Ihrer Studie auch fest, dass viele rechtsextrem eingestellte Bürger die großen Volksparteien wählen – und nicht Parteien wie die NPD. Ist das nicht beruhigend?

Viel besser wäre, wenn es diese Einstellungen nicht gäbe. Die größte Gefahr liegt aber darin, dass die demokratischen Parteien vorherrschende Einstellungen in der Gesellschaft aufzugreifen pflegen. Beispiele sind die öffentlichen Diskussionen um den »Asylkompromiss« oder die doppelte Staatsbürgerschaft. Solche Diskussionen lassen nationale und rassistische Einstellungen »normal« werden. Und was als »normal« empfunden wird, wird nicht mehr in Frage gestellt.

Was ist Ihr Fazit: Wie wird sich die Gesellschaft entwickeln?

Ich mag keine Prognose abgeben, ich würde dazu gerne eine Langzeitstudie durchführen. Fest steht, dass die Gesellschaft ein großes rechtsextremes Potenzial hat – und dieses Potenzial ist das Produkt zahlreicher

falscher politischer Weichenstellungen. Es ist höchste Zeit, endlich gegenzusteuern.

Wie denn?

Ein Anfang ist, das Problem öffentlich wahrzunehmen. Die Programme gegen Rechtsextremismus sind richtig und gut – aber sie richten sich fast ausschließlich an Jugendliche. Und Rechtsextremismus ist kein reines Jugendphänomen, daher muss es auch um politische Erwachsenenbildung gehen. Und die Älteren sind viel schwieriger zu erreichen. |

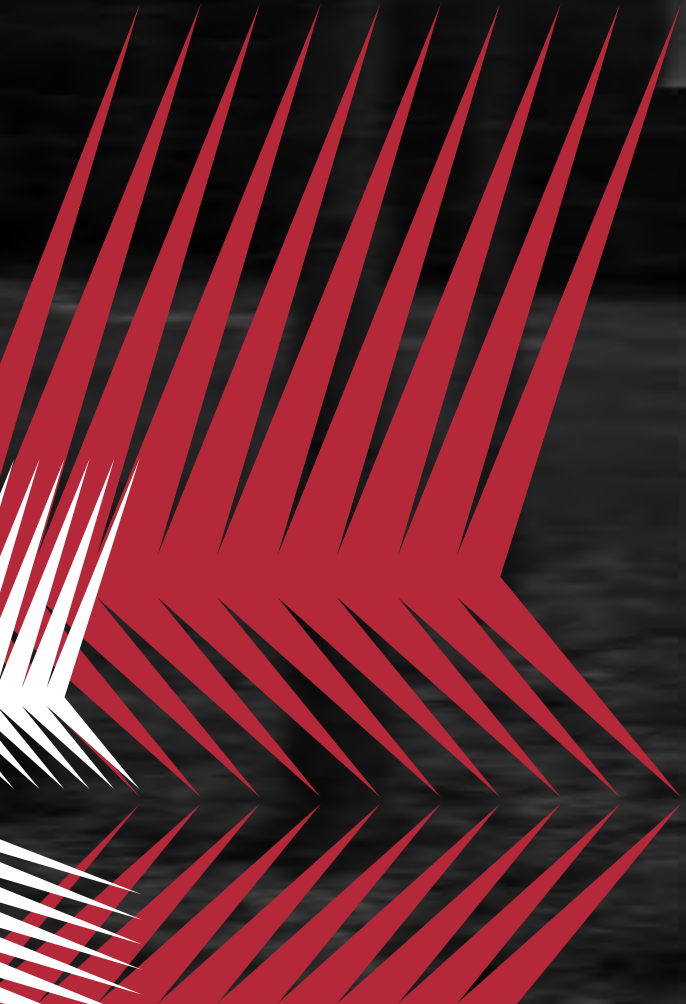


Ein ganz normales Sommerfest? Rechtsextremisten reisen oft mit der ganzen Familie zu den einschlägigen Veranstaltungen.



Keiser
Böhmer
Bauern

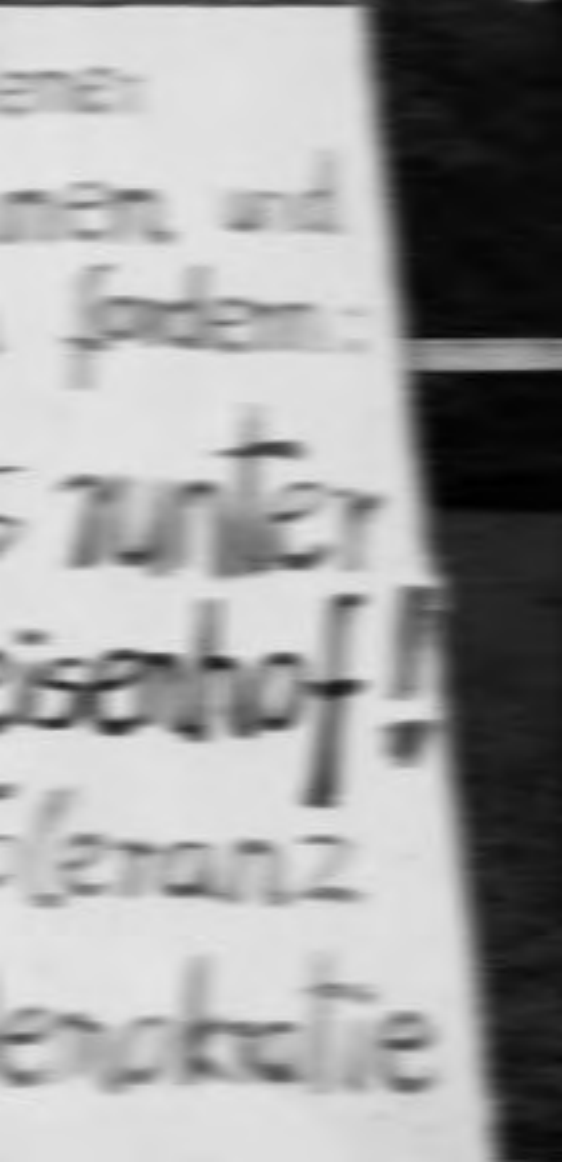
Keiser
Böhmer
Bauern
Nazis
von He
für Te
und D





5. Gegensteuern

Was gegen
rechts wirkt



In Niedersachsen wollen immer mehr Menschen den rechtsextremistischen Umtrieben vor ihrer Haustür Einhalt gebieten. Das glaubt Gerd Bückner. Der Leiter der Clearingstelle zur Prävention von Rechtsextremismus beim Landespräventionsrat arbeitet seit 2004 an der Vernetzung aller, die sich gegen rechts engagieren wollen – von der Handvoll Bürger eines Dorfes über Jugendzentren, Vereine oder Schulen bis zu Organisationen wie Landeskirche oder Sportjugend.

Ende 2006 hat Berlin Bückners Arbeit gehörig durcheinander gewirbelt, als das Bundesfamilienministerium seine Programme gegen Rechtsextremismus neu

»NPD« mal anders gedeutet: Der Protest gegen rechts ist vielfältig.



Auf dem Wege der Besserung?

Landespräventionsrat spinnt an einem großen Netz gegen rechts

sortierte: »Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« nannte das Familienministerium Ende 2006 sein 19 Millionen Euro schweres Programm. Praktischerweise ist inzwischen in aller Kürze von »Vielfalt tut gut« die Rede. Das Programm fördert bundesweit 90 »lokale Aktionspläne« (LAP). Die meisten setzen sich gegen Rechtsextremismus ein, andere wollen »interethnische Konflikte« in ihrer Kommune lösen. Die örtlichen Träger werden nicht komplett vom Bund finanziert, sondern müssen auch selber Geld zuschießen. Aus Berlin fließen immerhin bis zu 100 000 Euro pro Jahr. Das Programm läuft zunächst bis ins Jahr 2010. Wie es danach weitergeht, ist offen.

In Niedersachsen haben sich 25 Bewerber gemeldet, noch mehr waren es nur in Sachsen.

»Das zeigt, dass sich die Niedersachsen der Probleme bewusst sind«, sagt Bückner. Berlin belohnte das Engagement und gibt nun Geld für fünf »lokale Aktionspläne« statt wie geplant

für drei. Es fließt in die Landkreise Verden und Nienburg, die im »Weser-Aller-Bündnis: Engagiert für Demokratie und Zivilcourage« (WABE) zusammenarbeiten. Daneben fördert der Bund Aktionspläne in den Städten Braunschweig und Lüneburg sowie den Landkreisen Goslar und Osterode. Die Träger der Aktionspläne entscheiden dann, welche Projekte vor Ort gefördert werden.

Mit »Vielfalt tut gut« unterstützt der Bund zudem landesweit tätige Organisationen. In Niedersachsen fiel die Wahl auf die Arbeitsstelle Rechtsextremismus



»Wehret den Anfängen« bleibt aktuell – auch in Niedersachsen.

und Gewalt (ARuG) in Braunschweig. Die ARuG arbeitet schon seit langem auch mit Bückners Clearingstelle zusammen. Ihr Leiter sitzt im Fachbeirat der Clearingstelle, gemeinsam mit Vertretern aus Bremens Jugendbildungsstätte Lidice-Haus, Hannovers »ARPOS-Institut – Sozialwissenschaft für die Praxis«, der hannoverschen evangelischen Landeskirche, der Landesstelle



Gegen rechts: Vielerorts, wo Neonazis einen Aufmarsch anmelden, regt sich Protest.

Jugendschutz, der Aussteigerhilfe Rechts des Landes, dem Landeskriminalamt und dem Verfassungsschutz sowie dem Landesamt für Soziales und Jugend. Diese Organisationen sind – ergänzt um Sportjugend und Landesjugendring – die Partner der ARuG, um »kompetente Konzepte für Demokratie und Toleranz« zu entwickeln. Auch diese Arbeit wird Berlin mindestens bis Ende 2009 fördern.

Neben den 19 Millionen Euro für »Vielfalt tut gut« hat Berlin weitere fünf Millionen bereitgestellt. Sie sollen nicht die Prävention fördern, sondern in Krisenfällen helfen. In Niedersachsen geht daher bald ein »Mobiles Interventionsteam« an den Start. Seine Einsätze werden beim Landespräventionsrat koordiniert. Wie es sich konkret zusammensetzt, werde je nach

Ausgangslage entschieden, sagt Bückner. Der Netzwerker gegen rechts hat insgesamt rund 50 Fachleute in petto, die im Bedarfsfall mitmachen könnten.

Wenn künftig etwa ein Bürgermeister erfährt, dass die NPD in seinem Dorf ihren Parteitag veranstalten will, könnte er das Interventionsteam anfordern. Bislang



hat Bückner in vergleichbaren Fällen seine Experten einzeln zusammengetrommelt. Als beispielsweise die NPD Mitte November 2007 in Georgsmarienhütte aufmarschierte, beriet seine Clearingstelle die Stadt. Mit Erfolg: »2500 friedliche Gegendemonstranten sind ein gutes Ergebnis«, meint Bückner.

Es geht also voran mit der Arbeit gegen Rechtsextremismus in Niedersachsen? »Als Jürgen Rieger 2004 den Heisenhof in Dörverden gekauft hat, hätte ich mich gefreut, wenn wir so weit gewesen wären«, sagt Bückner.

Niedersachsen leistete heute fundierte Arbeit, um rechtsextremen Umtrieben und Einstellungen vorzubeugen.

Wunschlos glücklich ist Bückner nicht. Er und seine Kollegen setzen sich für eine bessere Beratung von Opfern rechtsextremer Straftäter ein. Helfen würde Niedersachsens Präventionsexperten auch, sich dauerhaft mit ihren Kollegen in den Nachbarländern zu vernetzen. »Die Rechtsextremisten agieren länderübergreifend«, sagt Bückner. Und leider seien auch sie »verdammt gute Netzwerker«. |

Großeinsatz: Bei rechtsextremen Aufmärschen versuchen die Beamten, Neonazis und Gegendemonstranten voneinander fern zu halten.

Als Ende Juni 2004 bekannt wurde, wer hinter dem Kauf des Dörverdener Heisenhofs steckte, war die Aufregung groß. Bis dahin hatte sich niemand etwas unter der ominösen »Wilhelm-Tietjen-Stiftung für Fertilisation Ltd.« mit Sitz in London vorstellen können. Das änderte sich schlagartig, als der Name ihres »Direktors« an die Öffentlichkeit gelangte: Jürgen Rieger.

Damals kündigte der Hamburger Rechtsextremist an, auf dem Anwesen an der Bundesstraße 215 zwischen Verden und Nienburg Fruchtbarkeitsforschung nach Rieger-Art betreiben zu wollen: »In anderthalb Jahren, vielleicht auch früher, wird sich da was tun.«

Seither hat sich in der Tat eine Menge getan, allerdings ganz und gar nicht im Sinne des Rassisten Rieger. Bürger und Behörden in der Region haben dem Rechtsanwalt so viele Stolpersteine in den Weg gelegt, dass er bislang kaum ein Bein an die Erde bekommen hat. Geht die Rechnung auf, kann er den Heisenhof abschreiben. Nutzen darf er ihn derzeit nicht, seine von ihm dort einquartierten Gesinnungsgenossen mussten wieder ausziehen.

Während die staatlichen Instanzen ein noch nicht beendetes juristisches Tauziehen mit Rieger eingingen, zeigte die Bevölkerung ihm und seinem Gefolge demonstrativ die rote Karte. In Dörverden und Verden entstanden Bündnisse gegen rechts, unter deren Dach sich ganz vielfältige Gruppen sammelten. Vereine und Verbände, Feuerwehren und Gewerkschaften,

Eine Region wehrt sich

Verden zeigt, wie wehrhaft Demokraten sein können

Kirchen und Parteien, Arbeiter und Akademiker – das gesamte Spektrum der Bevölkerung war vertreten.

An sieben Sonntagsspaziergängen zum Heisenhof beteiligten sich mehrere tausend Menschen. Der Aktionstag »Verden ist bunt« zog rund 5000 Besucher an. Schüler brachten »Kontrast« heraus, ein Magazin kontra Rassismus. Schulprojekte befassten sich mit Rechtsextremismus, der zudem auf zahlreichen Informationsveranstaltungen thematisiert wurde. Und als nicht auszuschließen war, dass Rieger die Verdener Stadthalle kaufen wollte, gingen in kurzer Zeit fast 240 000 Euro Spenden ein. Damit konnte ein eigens gegründeter

»Vielfalt tut gut« – nicht nur in Verden.

In dem Landkreis ist die Arbeit gegen rechts besonders intensiv.



Verein die »Stadthalle für alle« retten. Verden wehrte sich auf breiter Front dagegen, als brauner Landkreis verschrien zu werden.

Ein Engagement, das bundesweit Anerkennung fand. 2005 würdigte der damalige Bundesinnenminister Otto Schily die Verdener Initiativen als »Botschafter der Toleranz«. Eine Klasse der Dörverdener Haupt- und Realschule bekam gleich mehrere Auszeichnungen, darunter den »Schülerfriedenspreis 2005« aus der Hand des niedersächsischen Kultusministers Bernd Busemann. Die Jugendlichen hatten unter anderem bei einem Sonntagsspaziergang auf mehr als 100 Schildern die Namen von Opfern rechter Gewalt genannt.

Trotz aller Aufklärung über die Ziele der braunen Populisten gelang zweien von ihnen im September 2006 der Sprung in die Kommunalparlamente. Bislang sind Daniel Fürstenberg im Gemeinderat Dörverden sowie Rigolf Hennig im Verdener Stadtrat und im Kreistag allerdings nicht weiter aufgefallen.

»Wer die gewählt hat, müsste eigentlich ziemlich enttäuscht sein«, meint Werner Meincke vom Verdener Bündnis für Demokratie und Toleranz.

Der pensionierte Lehrer ist zuversichtlich, dass die NPD bei der niedersächsischen Landtagswahl am 27. Januar 2008 außen vor bleibt. Mit der Konjunktur-

belegung nehme die Zahl der Protestwähler ab, prophezeit er. Sein Mitstreiter Detlef Rakebrand ist weniger optimistisch: »So lange der Aufschwung bei den Leuten unten nicht ankommt... Aber ich lasse mich gern eines Besseren belehren.«

Das Bündnis will seine »Verden geht zur Wahl«-Aktion in Zusammenarbeit mit den demokratischen Ratsparteien wiederholen, Jugendliche planen eine Podiumsdiskussion zur Landtagswahl.

Zwar sind die Neonazis seit einiger Zeit aus dem Verdener Stadtbild verschwunden und unterstützen mit ihrem Lautsprecherwagen NPD-Aktionen in anderen Regionen, doch Rakebrand traut dem Frieden vor der eigenen Haustür nicht: »Das ist die Ruhe vor dem Sturm. Man sieht sie nicht, aber sie sind noch da.«

In Dörverden erinnerten Kinder an die zahlreichen Opfer rechter Gewalt.



Jürgen Rieger und seine Gesinnungsgenossen haben bisher kaum einen Fuß auf den Heisenhof bekommen.

Deshalb ist weiterhin Prävention angesagt. Die Städte und Landkreise Verden und Nienburg haben im Kampf gegen den Rechtsextremismus das »Weser-Aller-Bündnis: Engagiert für Demokratie und Zivilcourage« (WABE) gegründet. Es ist bereits zum zweiten Mal mit Geld vom Bund ausgestattet worden, um Projekte zur Immunisierung von Kindern und Jugendlichen gegen menschenverachtende Parolen auf den Weg zu bringen. Einschließlich der kommunalen Zuschüsse standen im vergangenen Jahr 140 000 Euro zur Verfügung, die in so genannte Mikroprojekte fließen. Sie finden in Kindergärten und Schulen, in Vereinen und Jugendorganisationen statt.

Dazu gehört aber auch ein Angebot für gefährdete Jugendliche in Langwedel, das von WABE-Mitarbeiter Wilfried Hanisch betreut wird. Mal kommen zwei, mal 15 junge Menschen zu den Treffen. Angeregt haben es betroffene Mütter, die sich in einem Gesprächskreis zusammengefunden haben.

Nachdem es 2005 in Langwedel zu einer Schlägerei zwischen zwei Jugendgruppen gekommen war, erklärten die jun-

gen Neonazis vom Heisenhof den Flecken zu ihrem »Kampfgebiet«. Abends grasten sie systematisch Treffpunkte nach gelangweilten Jugendlichen ab oder tauchten in einem Gartenhaus auf, in dem ein junger Neonazi aus Langwedel Gleichaltrige um sich geschart hatte. »Im Augenblick sieht es aus, als hätten sie sich zurückgezogen«, meint Christiane Morré, die Gleichstellungsbeauftragte der Gemeinde. Sie ist zugleich Mitglied der lokalen Arbeitsgruppe Jugendhilfe, die eng mit dem landkreisweiten Netzwerk gegen den Rechtsextremismus verwoben ist.

Für die besorgten Initiativen ist der Kampf noch längst nicht ausgestanden. WABE hat auch für das nächste Jahr Fördermittel beantragt. Hanisch: »Wir gehen davon aus, dass sie bewilligt werden.« Vielleicht entwickeln sich dann noch mehr Gruppenangebote für gefährdete Jugendliche. »Die sollten wir überall haben«, sagt Werner Meincke.

In den vergangenen Jahren hat es in Verden mehrfach Gerichtsverhandlungen gegen Neonazis gegeben, mal wegen Körperverletzung, mal wegen Volksverhetzung.

Vor einem Jahr ging ein Reichsbahnwaggon in Flammen auf, der auf dem Berufsschulgelände als Mahnmal an die Zwangsarbeiter des NS-Regimes stand.

Die Tat wurde nie aufgeklärt. Es blieb der Verdacht, dass die Brandstifter der rechtsextremen Szene angehören. |

Das Ganze erinnert an die Karriere eines süchtigen Rauchers: Mit ein paar Zigaretten fängt es an, und schon ist Wahrheit geworden, was als Warnung auf der Schachtel steht: »Rauchen kann sehr schnell zur Abhängigkeit führen«.

Mit dem Einstieg in die rechtsextreme Szene ist es ähnlich: Ein paar neue »Freunde«, ein paar Rechtsrockkonzerte, ein paar gezielte Tabubrüche – schon beginnt das braune Gift zu wirken. Das Ende vom Lied ist ein Gruppenzwang, der zerstörerisch wirken kann wie die Nikotinsucht eines Kettenrauchers.

In einem Punkt haben es Raucher sogar leichter: Auf vielen Schachteln ist zu lesen, wo es Hilfe gibt: »Ihr Arzt oder

»Volksverräter« nennen die Neonazis ihre politischen Gegner – und »Verräter« jeden »Kameraden«, der raus will aus der Szene.

Der Weg aus der Szene ist steinig

Trotz zahlreicher Ausstiegshilfen bleibt Eigeninitiative gefragt

Apotheker kann Ihnen helfen«. Menschen, die in die rechtsextreme Szene abgerutscht sind, haben es da erheblich schwerer. Denn wer sich auf die Suche nach Ausstiegshilfen macht, sieht sich schnell einem verwirrenden Angebot zum Teil konkurrierender Programme gegenüber, die je nach Bundesland unterschiedlich aussehen.

In Niedersachsen gibt es die zentrale Anlaufstelle »Aussteigerhilfe Rechts«, die beim Justizministerium angesiedelt ist. Ihr Vorteil im Vergleich zu anderen Bundesländern: Bei der Aussteigerhilfe arbeiten Sozialpädagogen, die zudem Erfahrung im Umgang mit Rechtsextremisten haben. Der Nachteil: Das Projekt ist in erster Linie für bereits straffällig gewordene Szeneangehörige gedacht. Wer diese Stufe in seiner rechtsextremen »Karriere« noch nicht erreicht hat, wird dem Konzept nach wenig Hilfe erfahren – wenngleich man versucht, in Einzelfällen zu helfen. Unklar ist zudem, wie lange es diese Aussteigerhilfe noch geben wird. Ihre Existenz ist lediglich bis Ende 2008 gesichert.

Für potenzielle Aussteiger ohne kriminelle Karriere ist in Niedersachsen die Arbeitsstelle gegen Rechtsextremismus und Gewalt (ARuG) in Braunschweig eine Anlaufstelle. Auch wenn sie kein eigenständiges Aussteigerprogramm hat, finden Ausstiegswillige hier Ansprechpartner, die ihnen eine kompetente Erstberatung bieten, Hilfsangebote machen und den Kontakt zu anderen Helfern herstellen.

Seit etwa sieben Jahren wird in Bund und Ländern an Konzepten für Ausstiegswillige gewerkelt. Mit unterschiedlichem Erfolg. Zunächst gab es Telefon-Hotlines, meist unterhalten von den Landesämtern für Verfassungsschutz, die potenziellen Aussteigern den Erstkontakt erleichtern sollten. Ein wenig erfolgreiches Konzept, wie beispielsweise der Vizechef des Ham-





Moment der Besinnung: War der Weg in die Szene der rechte? Doch Wenden ist schwierig.

burger Landesamtes für Verfassungsschutz, Manfred Murck, für seinen Zuständigkeitsbereich einräumt. Kaum Szeneabtrünnige, sondern vor allem Journalisten hätten von der Hotline Gebrauch gemacht, um sich auf schnellem Wege über die Ausstiegskonzepte zu erkundigen, sagt der Verfassungsschützer.

In Hamburg gibt es seit März 2001 ein Ausstiegskonzept, für das die Behörde für Inneres die Federführung hat, und an dessen Umsetzung Verfassungsschutz, Polizei und auch die Behörde für Bildung und Sport gemeinsam arbeiten.

Die Nachfrage hält sich in Grenzen: Die Zahl der konkreten Fälle lasse sich etwa an den Fingern zweier

Hände abzählen, sagt Murck. In den meisten Fällen habe sein Amt für Ausstiegswillige vor allem Hilfe zur Selbsthilfe leisten müssen, beispielsweise durch Unterstützung bei der Job- und Wohnungssuche. Vor allem habe man ihnen jedoch »das Gefühl geben müssen, dass sie nicht allein sind«, sagt der Beamte. Ernsthaftige Bedrohungen durch die früheren »Kameraden« hatten die meisten Aussteiger nicht zu befürchten. Das sei auch darauf zurückzuführen, dass das Landesamt einen eher leisen Ausstieg aus der Szene empfehle und von öffentlichen Bekundungen abrate.

Einem weit verbreiteten Gerücht tritt Murck vehement entgegen: dass die Verfassungsschutzbehörden Ausstiegswillige vor dem endgültigen Ausstieg eine Zeit lang als Informanten benutzten. »Ich halte es für unmoralisch und kontraproduktiv, jemanden, der aussteigen will, als V-Mann in die Szene zurückzuschicken oder ihn dort zu lassen«, sagt Murck. »Das wäre ein Missbrauch des Aussteigerprogramms.«

Doch hält sich das Gerücht in Szenekreisen offenbar hartnäckig. Anders ist kaum zu erklären, dass die Erfolgsbilanz vergleichbarer bundesweiter Programme ernüchternd ausfällt. Bei der Ausstiegshilfe des Bundesamtes für Verfassungsschutz haben veröffentlichten Zahlen zufolge in den vergangenen fünf Jahren 230 potenzielle Aussteiger den Kontakt mit dem Amt gesucht – von ihnen wurden lediglich 130 bis zum endgültigen Ausstieg begleitet.

In der öffentlichen Aufmerksamkeit eine weit größere Rolle als die staatlichen Ausstiegskonzepte spielt das Programm

der nicht-staatlichen Organisation »Exit« in Berlin. Zwar erhält »Exit« staatliche Förderung, die Konzepte aber entwickelt die Organisation selbst.

Sie setzt vor allem auf die Eigeninitiative der Ausstiegswilligen, deren Beweggründe genau geprüft werden, bevor sie in das Programm aufgenommen werden.

»Exit« hilft bei Umzug, Arbeitssuche und Behördengängen. Darüber hinaus kümmere sich die Organisation um die psychischen Probleme jener, die aus einer fast abgeschotteten Welt falscher »Kameradschaft« und brutaler Unterdrückung ausbrechen wollen, sagt »Exit«-Chef Bernd Wagner.

Seit der Gründung vor sieben Jahren hat »Exit« den Ausstieg von etwa 230 Ex-Neonazis begleitet. Der Nachteil des Programms: Weil »Exit« keine staatliche Organisation ist, bleiben Schutzkorridore wie Namenswechsel und Zeugenschutz für »Exit«-Aussteiger unerreichbar. Zudem fehlt Geld. Nicht jeder hält es deshalb für eine gute Idee, dass ein Land mit massiven Extremismus-Problemen wie Mecklenburg-Vorpommern die Betreuung von Ausstiegswilligen gleich ganz der Organisation überlassen hat.

Zu den Kritikern gehört der Leiter des Regionalzentrums für demokratische Kultur West-Mecklenburg, Karl-Georg Ohse. Er arbeitet seit Jahren professionell gegen Rechtsextremismus und beklagt vor allem

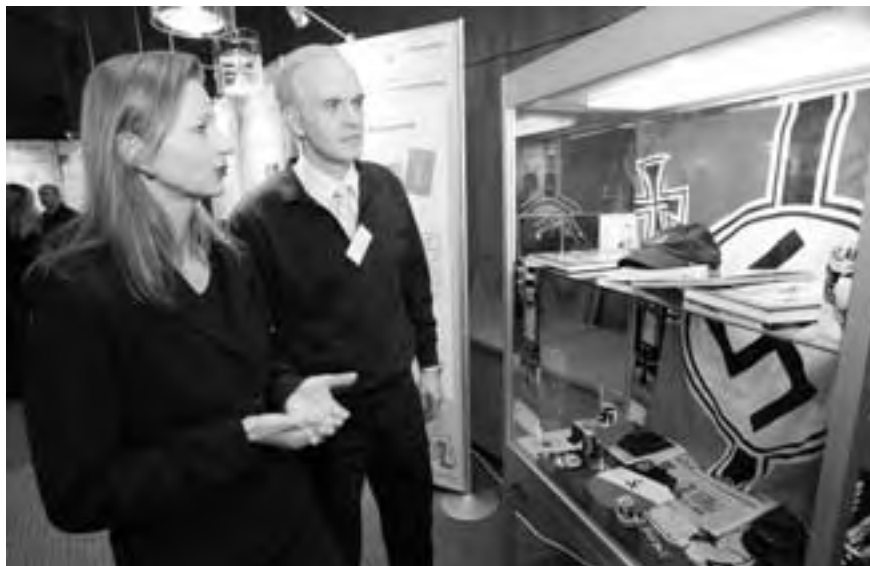
die mangelnde Abstimmung zwischen den Bundesländern bei der Betreuung von Aussteigern: »Wenn ein Aussteiger den Wohnort wechseln muss, damit er vor der Verfolgung durch seine Ex-Gesinnungsgenossen geschützt werden kann, gibt es immer wieder Probleme: Ein Bundesland will nicht die Kosten des anderen übernehmen.«

Kritisch gegenüber den bestehenden Konzepten ist auch der langjährige Mitarbeiter der Jugendbildungsstätte Lidice-Haus in Bremen, Andrea Müller. Nach jahrelanger Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus weiß er:

»Aussteiger sind immer auch Umsteiger. Man muss ihnen ein neues Leben in einem demokratischen Bewusstsein ermöglichen, damit sie eine Chance haben, ihre Einstellungen zu ändern.«

Genau das aber sei in vielen Ausstiegskonzepten nicht ausreichend umsetzbar.

Der Ausstieg wird also niemandem leicht gemacht. Nüchtern betrachtet bleibt nur, die Konsequenz der Warnung auf der Zigarettenschachtel umzuformulieren: »Rechtsextremismus fügt Ihnen und Ihrer Umgebung erheblichen Schaden zu. Fangen Sie gar nicht erst damit an.« |



Aufklärung ist der beste Schutz: Maren Brandenburger, Sprecherin des Verfassungsschutzes in Hannover, informiert über Rechtsextremismus.

Anlaufstellen:

Bundesweit:

EXIT-Deutschland
Postfach: 87 03 16
13162 Berlin
Telefon: 09 00/ 123 123 88
Telefax: 0 12 12/68 886 66 00
E-Mail: info@exit-deutschland.de

ZDK Gesellschaft
Demokratische Kultur gGmbH
Mühlenstraße 47
13187 Berlin
Telefon: 030/912 0793
Telefax: 030/91 20 7945
E-Mail:
info@zentrum-demokratische-kultur.de

Bundesamt für Verfassungsschutz
Telefon: 02 21/7 92 62
E-Mail: aussteiger@verfassungsschutz.de

Niedersachsen:

Justizministerium
Aussteigerhilfe Rechts
Postfach 452
30004 Hannover
Telefon: 01 78/747 47 20
E-Mail:
info@aussteigerhilferechts.niedersachsen.de

Hamburg:

Landesamt für Verfassungsschutz
Johanniswall 4
20095 Hamburg
Telefon: 040/24 44 43
Telefax: 040/33 83 60
E-Mail:
poststelle@verfassungsschutz.hamburg.de

Schocktherapie in der Zelle

Im Knast klärt ein Ex-Neonazi Schüler über seine einstigen »Kameraden« auf

Neonazis nennen sich gern »Kameraden«. Doch in der Szene wird gelogen und betrogen, geschlagen und hintergangen. Viele Aussteiger berichten, wie sehr sie unter der falschen »Kameradschaft« gelitten haben.

Auch unter den 230 Inhaftierten in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Celle ist solch ein Aussteiger, der jahrelang als Neonazi aktiv war. Während der Haft ist er ausgestiegen – jetzt berichtet er Schülern über seine Erfahrungen. Eine Art Schocktherapie in der Zelle.

Etwas mulmig ist ihnen schon zumute, den 15 und 16 Jahre alten Schülern der neunten Klasse der Realschule Wietze, als sie vor der dicken Mauer der JVA die gelben Besucherausweise in Empfang nehmen. In wenigen Minuten werden sie mit einem ehemaligen Neonazi zusammentreffen, der wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt ist. Vor der stählernen Gefängnistür beschreibt die 15-jährige Nadja ihre Sorge: »Ich habe schon Angst. Er war ja früher ein Nazi. Und wenn der meine schwarzen Haare sieht, dann kann ich mir gar nicht vorstellen, dass es keine Probleme gibt.«

Probleme gibt es keine – aber einen langen und einschüchternden Weg, der jetzt vor den Realschülern liegt. Die Sicherheitsvorschriften in der JVA Celle sind aus gutem Grund besonders streng: Von den 230 Häftlingen verbüßen mehr als die Hälfte lebenslange Haftstrafen. Zu ihnen gehört Michael Strehlow, der seit mehr als zehn Jahren in Celle einsitzt. Nach Taschenkontrolle, Leibesvisitation und mehr als einem Dutzend Gittertüren und Stahltoren erwartet er die Schüler in einem Gruppenraum. Sie sind verblüfft: Michael Strehlow trägt keine Anstaltskluft, sondern ein grünes Sweatshirt und schwarze Jeans. »Ihr könnt mich alles fragen, was ihr wollt, egal wie abwegig die Fragen sind«, begrüßt der 35-Jährige mit den drei Messingringen im rechten Ohr die Realschüler.

Strehlow ist wegen Mordes inhaftiert – einer Beziehungstat, die nicht in Zusammenhang mit seiner rechtsextremistischen Gesinnung steht. Deshalb ist sie an diesem Tag auch nicht Thema. Vielmehr wollen die Schüler wissen, wie er ins braune Milieu gerutscht ist. Strehlow gibt bereitwillig Auskunft. Neonazi sei er seit seiner Kindheit gewesen, berichtet er. Damals lebte er in der Nähe von Magdeburg, Deutschland war zu dieser Zeit noch geteilt.

Sein Großvater, ein überzeugter Nazi, habe ihn mit der NS-Ideologie »infiziert«. Er sei es gewesen, der ihn mit Leuten zusammengebracht habe, die schon im »Dritten Reich« für die politische »Nachwuchsausbildung«

Eingesperrt, aber ausgestiegen:

Michael Strehlow klärt Schüler über die Szene auf.



verantwortlich waren. Sie hätten ihn zum Neonazi erzogen, sagt Strehlow. »Für mich war es völlig normal, so zu denken.« Als er 13 Jahre alt war, starb sein Großvater. »An seinem Grab habe ich damals geschworen, in seinem Sinne weiterzumachen.«

Nach der Wende machte Strehlow in Kreisen seiner braunen »Kameradschaft« Karriere.

Man entdeckte sein Talent, Nachwuchs zu werben. Bundesweit sei er Anfang der 1990er Jahre unterwegs gewesen, um neue Gesinnungsgenossen zu ködern, sagt er. »Ich war taktisch sehr gut geschult und habe große Überzeugungskraft gehabt.«

Den damaligen Umgang mit den neuen »Kameraden« empfindet er heute als zynisch. Die meisten seien reines »Kanonenfutter« gewesen. Man habe sie bewusst zu Schlägereien mit Andersdenkenden oder zur Hatz auf Ausländer angestiftet. »Es war nicht schlimm, wenn der ein oder andere junge »Kamerad« dabei auf der Strecke blieb.« Erst im Gefängnis ist Michael Strehlow zur Einsicht gekommen.

Viel psychologische Betreuungsarbeit sei dafür nötig gewesen, sagt er, ein jahrelanger Prozess. »Es gab vorher nicht viele Menschen, die sich für mich interessiert haben.« 2005 sagte er sich endgültig vom braunen Gedankengut los – mit einem demonstrativen Akt: Im Gefängnishof vergrub er seine Reichskriegsflagge, die er lange Zeit wie einen Schatz in seiner acht

Quadratmeter großen Zelle gehütet hatte. »Ich habe vor allem nach einem gesucht – nach Anerkennung«, sagt Strehlow rückblickend. »Aber bekommen habe ich sie nie wirklich.«

Vor seinen ehemaligen Gesinnungsgenossen hat er noch heute Angst. Deshalb will er über konkrete Personen und Orte von damals nicht sprechen. »Sollte ich das tun, wäre mein Leben nicht viel wert, wenn ich eines Tages die Gefängnismauern verlasse.« Das wird noch einige Jahre dauern. Bis dahin will er etwas Sinnvolles tun – und andere davor bewahren, wie er in die Szene zu geraten. Die Gefängnisleitung unterstützt ihn, sie weiß, dass viele Neonazis im Laufe ihrer rechtsextremistischen »Karriere« mit dem Gesetz in Konflikt geraten.

»Michael Strehlow kann Schülern sehr deutlich vermitteln, wie sich eine langjährige Haftstrafe auf einen Menschen auswirkt«, sagt Anstaltsleiter Werner Cordes. Zudem sei er in der Lage, sich auszudrücken und bei den Schülern einen bleibenden Eindruck zu hinterlassen. Durch den Kontakt würden die Schüler nachhaltig begreifen, welche schlimmen Folgen ein Hineinrutschen in die rechtsextreme Szene habe. Die Schüler bestätigen den Anstaltsleiter. »Ich finde es gut, dass er das macht«, sagt Nadja. »Ich glaube, das hilft uns allen sehr, so etwas nicht zu machen.« Trotz ihrer dunklen Haare hat sie nach dem Besuch keine Angst mehr vor diesem Haftinsassen. |

Wenden erlaubt:

Nicht einmal hinter Gittern ist der Weg aus der Szene versperrt.



WESER-KURIER

Kein Informationsträger in Bremen und dem niedersächsischen Umland reicht weiter als die Titel der Bremer Tageszeitungen AG: Etwa 500 000 Menschen lesen täglich WESER-KURIER, Kurier am Sonntag, Bremer Nachrichten und Verdener Nachrichten mit den Regionalausgaben Die Norddeutsche, Osterholzer Kreisblatt, Wümme-Zeitung, Achimer Kurier, Regionale Rundschau, Syker Kurier und Delmenhorster Kurier.

Sie informieren ihre Leser aktuell und zuverlässig über lokale und regionale Themen ebenso wie über Weltpolitik und Wirtschaft. Sie bieten mehr als die bloße Nachricht, sie liefern auch die Hintergründe politischer und gesellschaftlicher Ereignisse. Auf diese Weise erfüllen die Bremer Tageszeitungen ihren Auftrag, demokratiefördernd und meinungsbildend zu wirken. Sport und Kultur, Unterhaltung und Verbrauchertemen runden das Angebot ab.

Mehr Informationen unter: www.weser-kurier.de

Diese Publikation haben unterstützt:

- * Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARuG), Braunschweig
- * Clearingstelle zur Prävention von Rechtsextremismus beim Landespräventionsrat, Hannover
- * Jugendbildungsstätte Lidice-Haus, Bremen

NDR Info

NDR Info ist das Informationsprogramm des Norddeutschen Rundfunks mit Nachrichten im Viertelstundentakt und einem breit gefächerten Informationsangebot zu den wichtigsten Themen des Tages: Ob Politik oder Kultur, das Neueste aus der Region, Wirtschaft oder Sport – der Hörer erfährt alles Wissenswerte sofort. Kompakt, aktuell und klar strukturiert.

Mit Reportagen und Interviews, Analysen und Hintergrundberichten will NDR Info informieren und bilden. Gleichzeitig ist es Ziel des öffentlich-rechtlichen Radioprogramms, gesellschaftliche Missstände aufzuzeigen, den politischen Diskurs anzuregen und damit zur freien und vielfältigen Meinungsbildung beizutragen.

Weitere Programminfos und Frequenzen unter: www.ndrinfo.de

- * »b mal x« Kommunikation, Bremen
- * BerlinDruck, Achim
- * Buchbinderei Düdden & Runge, Bremen
- * Grafischer Großhandel
Hubertus Wesseler, Georgsmarienhütte

Impressum

Herausgeber und Verlag:

Bremer Tageszeitungen AG

Redaktion:

Christine Kröger, Stefan Schölermann, Andrea Suhm

Bildredaktion:

André Aden, Christine Kröger

Texte:

André Aden, Mario Assmann, Sven Börchers, Clemens Breuer, Nicole Brückner, Barbara Debinska, André Fesser, Tina Groll, Christine Kröger, Anke Landwehr, Heike Nieder, Werner Ohsenroth, Stefan Schölermann, Andrea Suhm, Per Thomas

Fotos:

Arbeitsstelle gegen Rechtsextremismus und Gewalt, ddp, dpa, DGB-Kulturarbeitskreis SFA, Recherche-Nord, Jörn Breiholz, Hans-Henning Hasselberg, Frank Thomas Koch, Christine Kröger, Udo Meissner, Sonja K. Sancken, Stefan Schölermann

Gestaltung und Titel »Rechtsabbieger«:

© »b mal x« Kommunikation, Bremen

Druck:

BerlinDruck GmbH + Co KG

Weiterverarbeitung:

Buchbinderei Düdden & Runge GmbH

© Bremer Tageszeitungen AG

Bremen, im Januar 2008

ISBN 978-3-938795-05-7





FLUCHT
KRIEG AUS
Südtirol
KONTAKT

30 Jahre
EUROPE

MIGRANTEN
MILITÄR

11.22
Gott
Schmerz
37%

WEDER... WUT LEBA
ELANDE
FLUCHT

Kat...
EL...
EL...

Für Schlagzeilen sorgen Neonazis, wenn sie mit Baseballschlägern und Schlagringen auf Menschen losgehen, die anders aussehen, denken oder handeln als sie. Aber solche Übergriffe sind nur die Spitze des Eisbergs. Rechtsextremismus gehört vielerorts längst zum Alltag: Tag für Tag fürchten sich Nachbarn vor den Schlägern, die die »neuen Nazis« aus den einst so netten Jungs von nebenan gemacht haben. Eltern kämpfen verzweifelt darum, ihre Kinder aus dem braunen Sumpf zu ziehen. Lehrer, Sozialarbeiter und Kommunalpolitiker reagieren oft hilflos.

All das ist das Werk gewiefter Überzeugungstäter, die ihre Netze fast flächendeckend auswerfen. Auch in Niedersachsen. »Rechtsabbieger« zerrt sie an die Öffentlichkeit und zeigt, welchen Schaden sie anrichten. Denn nur wer den Rechtsextremismus im Alltag erkennt, kann rechtzeitig gegensteuern.

WESER  KURIER | NDR Info

ISBN 978-3-938795-05-7

